

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS
LUDWIGSBURG e. V.

Ludwigsburger Geschichtsblätter

Heft 30

1979

Kommissionsverlag J. Aigner, Buchhandlung, Ludwigsburg

HISTORISCHER VEREIN FÜR STADT UND KREIS LUDWIGSBURG
LEIPZIG 1914

Ludwigsburger
Geschichtsblätter

Heft 2

Redaktion: Dr. Paul Sauer

Alle Rechte beim Historischen Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg

Gesamtherstellung: Süddeutsche Verlagsanstalt
und Druckerei GmbH 7140 Ludwigsburg

0 640

Die Buchhandlung Aigner wurde vor 175 Jahren in Ludwigsburg gegründet. Ich habe von der Herausgabe einer Festschrift zu diesem Jubiläum abgesehen und statt dessen durch eine Stiftung das Erscheinen dieses Bandes ermöglicht, da mir die Veröffentlichung des Berichtes über das Schicksal der jüdischen Mitbürger Ludwigsburgs im Dritten Reich wichtiger erschien.

Dem Historischen Verein, der die Herausgabe mitträgt, danke ich sehr, daß dies im Rahmen der Ludwigsburger Geschichtsblätter geschehen konnte.

Ludwigsburg, im Herbst 1979

Hermann Aigner



Inhalt

Vorwort	7
Die Verfolgung der jüdischen Bürger durch das Nationalsozialistische Regime insbesondere in Württemberg (1933-1945)	
Von Paul Sauer	9
Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung	
Von Beate Maria Schüßler	23
I. Das jüdische Bürgertum und seine Bedeutung für die Stadt	23
1. Früheste Zeugnisse	23
2. Jüdische Bürger in öffentlichen Ämtern	23
3. Teilnehmer am Ersten Weltkrieg 1914-1918	24
4. Struktur der jüdischen Gemeinde 1933 und das Verhältnis zum nicht-jüdischen Bevölkerungsteil	26
5. Erste antisemitische Tendenzen	28
II. Die Durchführung der nationalsozialistischen Maßnahmen in Ludwigsburg ..	29
1. Von der <i>Machtergreifung</i> bis zu den <i>Nürnberger Gesetzen</i>	29
a) Die Hetze in der Frühzeit	29
b) Einlieferung in Konzentrationslager	30
c) Boykottaufruf und seine Folgen	30
d) Erste Auswanderungen	36
e) Diffamierende Presseveröffentlichungen	38
2. Vom <i>Reichsparteitag der Freiheit</i> 1935 bis zur <i>Kristallnacht</i>	39
a) Eine <i>Tag- und Nachtpropaganda</i> – die <i>Ludwigsburger Zeitung</i> , ein Spiegelbild	40
b) Auswanderungen	41
c) Schriftwechsel: Jüdische Kultusgemeinde – Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg	45
d) Diffamierung jüdischer Schulkinder	45
e) Das Verhältnis zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung nach 1933	50
f) Feststellung jüdischer Unternehmen im Sommer 1938	52
3. Vom Novemberpogrom 1938 bis zur Auswanderungssperre 1941	55
a) Die <i>Kristallnacht</i>	55
b) Massenverhaftungen nach der <i>Kristallnacht</i>	57
c) <i>Arisierung</i> noch bestehender jüdischer Unternehmen	60
d) Rechtswillkür	62
e) Finanzielle Repressalien und absolute Entrechtung	62
f) Ein möglicher Ausweg: Freitod	65
g) Emigration	65

4. Zwangsverschleppung in die Vernichtungslager des Ostens	70
a) Hetzkampagne in der Presse	70
b) Deportationen aus Ludwigsburg	71
c) Zwangsumsiedlungen	73
d) Deportation nach Südfrankreich – authentischer Bericht	73
e) Schicksal von drei Menschen, die die Greuel der KZ des Ostens überlebten	74
f) Auskünfte von Emigranten über ihre in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen	75
g) Privilegierte Mischehen	76
III. Das Schicksal einer jüdischen Familie	78
1. Der Status der Familie	78
2. Männer, die dieser Familie entstammen	81
3. Das Schicksal eines Emigranten	85
4. Das Schicksal eines Deportierten	91
5. Deportierte und ermordete Familienangehörige	93
IV. Appell der Emigranten an die jungen Deutschen	94
V. Namensliste der 1933 und danach in Ludwigsburg ansässigen jüdischen Bürger	98
Dokumentenanhang	115
Bildnachweis	126

Vorwort

Am 9./10. November 1978 jährte sich zum 40. Male die sogenannte Reichskristallnacht. Damals ging in Ludwigsburg wie in vielen anderen Städten unseres Landes die Synagoge in Flammen auf, wurden jüdische Geschäfte demoliert, jüdische Mitbürger gequält, mißhandelt und wochenlang in Konzentrationslagern festgehalten. Jahrelange bittere Drangsale hatten die deutschen Juden schon vor jener dunklen Novembernacht erdulden müssen. Doch mit ihr kündigte sich, wie wir heute wissen, noch ungleich Schlimmeres an. Der Historische Verein für Stadt und Kreis Ludwigsburg sieht es als seine Verpflichtung an, die furchtbaren Verbrechen, die während der zwölf Jahre der NS-Herrschaft an unseren jüdischen Mitbürgern begangen wurden, in Erinnerung zu rufen. Er hat deshalb, angeregt und unterstützt von seinem Mitglied Hermann Aigner, das Jahreshaft 1978 der Darstellung der Schicksale der Ludwigsburger Juden in den Jahren 1933–1945 vorbehalten. Die aus der Feder von Frau Beate Maria Schüssler stammende Darstellung ist die gekürzte Fassung einer von Professor Dr. Wilhelm Walter betreuten und von der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg 1970 preisgekrönten Zulassungsarbeit für das Lehramt an Volksschulen.

Frau Schüssler hat bei ihren zeitraubenden Quellenstudien, Befragungen und Ermittlungen keine Mühe gescheut, um ein verlässliches Bild von dem Schicksal der Ludwigsburger Juden während der NS-Verfolgungszeit zu gewinnen. Erschwert wurde ihre Arbeit durch das Fehlen beinahe aller einschlägigen Akten der Stadtverwaltung. Diese Unterlagen waren offenbar bei Kriegsende 1945 weitgehend vernichtet worden. Sie nahm daher die Korrespondenz mit 123 ehemaligen jüdischen Bürgern auf, deren Anschriften sie sich unter teilweise großen Schwierigkeiten hatte beschaffen können. 31 ihrer Briefe wurden beantwortet, 15 kamen ungeöffnet zurück. Um das Vertrauen ihrer Informanten nicht zu enttäuschen, entschloß sich Frau Schüssler, im Rahmen ihrer Darstellung von der Nennung der Namen der Briefpartner abzusehen. Die Schilderung des tragischen Schicksalswegs der Ludwigsburger Juden verliert dadurch nichts von ihrer Eindringlichkeit und Unmittelbarkeit, im Gegenteil, das Einzelschicksal erweitert sich durch diese anonym bleibenden Briefzeugnisse zum Schicksal einer ganzen Gemeinde, ja einer ganzen Bevölkerungsgruppe.

Der Arbeit von Frau Schüssler hat unser Vorstandsmitglied Dr. Paul Sauer, der die Arbeit auch zum Druck einrichtete, eine knappe Übersicht über die Verfolgung der Juden in Württemberg 1933–1945 vorangestellt.

Frau Schüssler, Herrn Dr. Sauer und Herrn Aigner, ohne dessen großmütige finanzielle Hilfe aus Anlaß des 175jährigen Bestehens der Buchhandlung Aigner das vorliegende Heft nicht hätte erscheinen können, sei herzlicher Dank gesagt.

Der Historische Verein dankt an dieser Stelle auch Herrn Dr. Willi Müller, der im Februar 1978 sein Amt als Vorsitzender des Vereins niedergelegt hat. Herr Dr. Müller hat neun Jahre lang den Verein geleitet. Er hat dies mit viel Umsicht und stetem Engagement getan. Sein umfassendes Wissen und seine reiche Erfahrung auf dem Gebiete der Heimatforschung kamen dem Verein sehr zugute. Neben der Fülle der

Verwaltungsarbeit, die das Amt des Vorsitzenden mit sich bringt, besorgte Herr Dr. Müller neun Hefte der angesehenen Ludwigsburger Geschichtsblätter.

Fortan wird die Besorgung der Geschichtsblätter in den Händen unserer Vorstandsmitglieder Dr. Alois Seiler und Dr. Wolfgang Schmierer liegen, denen wir für die Erfüllung dieser Aufgabe Glück und Erfolg wünschen.

Dr. Wolfgang Bollacher

Die Verfolgung der jüdischen Bürger durch das Nationalsozialistische Regime insbesondere in Württemberg (1933–1945)

Von Paul Sauer

Mit der Berufung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 hatte die nationalsozialistische Bewegung ihr Ziel, die Übernahme der Regierungsgewalt im Deutschen Reich, erreicht. Hitler und seine Gefolgsleute hatten schon während der sogenannten Kampfzeit nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie, einmal im Besitz der Macht in Deutschland, die Fundamente der bisherigen demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und die Ideologie ihrer Bewegung zur Richtschnur ihres politischen Handelns machen würden. An erster Stelle stand für die neuen Machthaber der Kampf gegen das Judentum. Nach der nationalsozialistischen Ideologie, die auf einem von pseudowissenschaftlichen Denkvorstellungen des 19. Jahrhunderts entlehnten rassischen Antisemitismus beruhte, gehörten die Juden einer geistig wie körperlich minderwertigen Rasse an, deren Bestreben darauf gerichtet war, die hochwertige germanisch-nordische oder *arische* Rasse biologisch zu zerstören und sie damit auch ihrer geistig-schöpferischen Überlegenheit zu berauben. Für den Fortbestand des *arischen* deutschen Volkes bildeten die Juden eine tödliche Gefahr, weil sie nicht nur als eine Art Schmarotzer unter ihm lebten, sondern weil sie sich auch zunehmend mehr mit ihm vermischten. Dieser Gefahr mußte daher raschestens Einhalt geboten werden. Daß die NS-Rassenideologie der Wirklichkeit Hohn sprach, daß die in Deutschland und insbesondere auch in Württemberg lebenden Juden nur eine kleine Minderheit ausmachten, die sich nicht durch die Rasse, sondern durch die Religion von der Bevölkerungsmehrheit unterschied, daß sich die Juden als Deutsche fühlten und ihre Loyalität zu ihrem Vaterland in Frieden und Krieg vielfach unter Beweis gestellt hatten und daß zwischen Juden und Nichtjuden seit langem eine selbstverständliche Lebensgemeinschaft bestand, focht hierbei die Vertreter der nationalsozialistischen Weltanschauung in keiner Weise an. In ihrer ideologischen Verblendung stritten sie auch den allseits anerkannten einzigartigen Beitrag ab, den die deutschen Juden auf den verschiedensten Gebieten der Kultur und des Geisteslebens geleistet hatten.

Schon in der sogenannten Kampfzeit der nationalsozialistischen Bewegung hatte eine in die Abgründe des Niederträchtigen greifende Propaganda die Juden mit Schmutz beworfen und sie ihren nichtjüdischen Landsleuten suspekt gemacht. Nach der Machtergreifung durch Hitler steigerte sich diese Agitation fortwährend. Die diabolische, zentral gelenkte Judenhetze erstickte die Stimmen der Vernunft und des Maßes. Presse und Rundfunk klärten den deutschen Bürger Tag für Tag über den *Volksfeind Nr. 1* auf: *Die Juden sind unser Unglück! Die Juden untergraben die völkische Moral! Der jüdische Untermensch bedroht die Rassenreinheit des deutschen Menschen! Es gibt keine anständigen Juden! Der Jude siegt mit der Lüge und stirbt mit*



Ehrenmal für die jüdischen Gefallenen von 1870/71 auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg

der Wahrheit! Der Jude ist nichts anderes als der Teufel in Menschengestalt! Die Losung sei, von Jude und Judenknecht frei! Wer die Juden unterstützt, schädigt sein Volk! Wer mit Juden verkehrt, ist kein Volksgenosse! Deutsche Frau, verachte den Juden, erzieh' deine Kinder zum Kampf gegen das Judentum!

Parteigenossen war schon vor 1933 jeder Kontakt mit Juden untersagt gewesen. Jetzt wurde dieses Verbot wie selbstverständlich auf die übrigen Volkskreise ausgedehnt. Als Volksfeind galt, wer in einem jüdischen Geschäft kaufte, sich von einem jüdischen Arzt behandeln oder seine Interessen durch einen jüdischen Rechtsanwalt wahrnehmen ließ. Die nationalsozialistischen Zeitungen wurden seit Frühjahr 1933 nicht müde, solche ehr- und pflichtvergessenen Bürger anzuprangern, ihre Namen

oder gar ihre Fotos zu veröffentlichen. Am 1. April fand der sogenannte Judenboykott statt: Jüdische Geschäfte wurden gekennzeichnet, SA-Männer bezogen vor den Eingängen Posten und verwehrten Kauflustigen den Zutritt. An den Schaufenstern, den Litfaßsäulen und den Mauern klebten schreiende Plakate: *Deutscher, wehr dich gegen die alljüdische Lügenhetze! Wer beim Juden kauft, ist ein Feind des Vaterlands!* Der Boykott wurde mit der Greuelpropaganda des internationalen Judentums gegen das neue Regime in Deutschland begründet – eine Behauptung, an der nur richtig war, daß jüdische wie christliche Vereinigungen und politische Verbände im Ausland wiederholt gegen die durch nicht immer zuverlässige Pressemeldungen bekannt gewordenen Gewaltmaßnahmen der nationalsozialistischen Regierung demonstriert hatten. Von einer internationalen jüdischen Verschwörung gegen den Nationalsozialismus konnte keine Rede sein.

Die nächste Willkürmaßnahme traf die jüdischen Beamten: Nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 wurden alle Beamten zwangsweise in den Ruhestand versetzt, die nichtarischer Abstammung waren. Ausgenommen blieben auf ausdrücklichen Wunsch von Reichspräsident von Hindenburg die Weltkriegsteilnehmer und solche Beamte, die bereits seit August 1914 im öffentlichen Dienst tätig waren. Zahlreiche Verwaltungsbeamte, Richter und Hochschullehrer wurden auf die Straße gesetzt. Die Begründung dafür war: Die Beamten, die Hoheitsträger des Staates, durften keine Juden sein. Die Theater wurden *entjudet*. Es sollte verhindert werden, daß jüdische Schauspieler Rollen in deutschen Dramen oder Opern übernahmen. Bekannte Dichter und Künstler wurden verfemt, ihre Werke mit Schmutz beworfen oder totgeschwiegen. Der aus Nordstetten (Horb-Nordstetten) stammende Dichter Berthold Auerbach (1812–1882) war plötzlich kein beliebter Heimatdichter mehr, sondern nur noch *der Macher von Schwarzwälder Dorfgeschichten*.

Jüdischen Ärzten, die bisher in vielen Städten und Landgemeinden eine segensreiche Praxis ausgeübt hatten, wurde die Zulassung zu den Krankenkassen entzogen. In Württemberg wirkten 1933 etwa 100 jüdische Ärzte und Fachärzte, die meist alteingesessenen Familien angehörten. Viele von ihnen standen im Ruf großer Tüchtigkeit und hatten darum auch beträchtlichen Zulauf.

Daß auch die Bauern weiterhin mit jüdischen Viehhändlern Geschäfte machten und diese vielfach nichtjüdischen Händlern vorzogen, betrachtete die Partei als besonders schweren Verstoß gegen die nationalsozialistische Weltanschauung. Es fehlte nicht an gehässigen Kommentaren. Resignierend mußte eine NS-Zeitung feststellen: *Die Bauern haben immer noch nicht begriffen!* Erst allmählich und unter Zuhilfenahme der verwerflichsten Maßnahmen gelang es der Partei, die jüdischen Viehhändler von den Märkten zu verdrängen. Einer ganzen Anzahl jüdischer Händler mußte der Viehwirtschaftsverband Württemberg 1938 die Handelserlaubnis wegen *politischer Unzuverlässigkeit* entziehen. Von einem Haß der bäuerlichen Bevölkerung gegen ihre sogenannten jüdischen Blutsauger, die sie seit vielen Jahren finanziell ausgebeutet haben sollten, war wenig zu verspüren.

Daß man den Juden verbot, die Flaggen des Reiches zu zeigen, den Hitler-Gruß zu entbieten oder mit NS-Emblemen Handel zu treiben, versteht sich von selbst. Harmlose Freundschaften mit jüdischen Bürgern, selbst kleine gesellschaftliche Aufmerksamkeiten galten als anrühlich. Die Juden sollten nicht mehr gegrüßt, sie sollten überhaupt keinen Kontakt mehr zu der übrigen Bevölkerung haben. Es wurde



Die Juden in Württemberg

Warum Staatsfeind Nr. 1?

Es gilt immer noch Württemberg, das das Preußen über 3 Jahrhunderte im Stillsitzen ließen, aber eine Verfassung gab es bereits aus dem Regensburger Reichstag, der die Juden mit anderen Minderheiten in Württemberg einführte, was auch über die Zeit bis zum Reichstag 1848/49 galt. Die Juden wurden in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen.

Die Juden sind in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen.

Juden sind in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen.

Juden sind in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen.

Wie immer - Juda im Hintergrund!



Durch die Kaffe geblieben

Die Juden sind in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen. Sie waren in Württemberg als Staatsbürger anerkannt, aber sie waren nicht gleichberechtigt mit den Deutschen.

Titelseite der NS-Zeitschrift »Flammenzeichen« vom August 1936

eine Ghettoatmosphäre ohne Ghetto geschaffen. Auch den alteingesessenen jüdischen Bürger begannen Freunde und Bekannte zu meiden; sie wagten kaum noch seinen Gruß zu erwidern. Er war fast schutzlos Anpöbelungen von unreifen Jugendlichen oder fanatischen Parteigenossen ausgesetzt und wurde schuldlos immer mehr entrechtet und beruflich diskriminiert. Viele, namentlich junge Juden, haben damals einen seelischen Schock erlitten, der sie zeitlebens belastet. Daß den Juden trotz unzähliger Demütigungen noch Raum zum Leben blieb, ist den meist unbekanntem Bürgern zu verdanken, die sich ein unverdorbenes menschliches Gefühl bewahrt hatten und daher dem propagandistischen Massenterror zu widerstehen vermochten. Es hat sie, wie die Sintflut der Beschimpfungen durch die NS-Presse dokumentiert, zumindest in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft fast überall gegeben. Selbst manche Parteigenossen haben sich den kompromißlosen Rassestandpunkt nicht zu eigen gemacht.

Besonders hart traf die gesellschaftliche Isolierung diejenigen Juden, die sich der mosaikischen Glaubenswelt längst entfremdet hatten. Viele fanden nun im Raum der Synagoge die Gemeinschaft, auf die sie jetzt ungleich mehr als früher angewiesen waren. Die mosaikische Religion hat Kräfte des geistigen Widerstands entbunden, sie hat dem entwürdigten jüdischen Menschen einen Halt gegeben. Eine große Anziehungskraft übte nunmehr der Zionismus auf die durch die nationalsozialistische Machtübernahme aufs tiefste in ihrem Selbstbewußtsein getroffenen Juden aus. Die Mitgliederzahlen der Zionistischen Bewegung stiegen sprunghaft an. Doch war es durchaus nicht so, daß die deutschen Juden in ihrer Mehrheit bereit gewesen wären, ihr Deutschtum unter dem Druck des Regimes preiszugeben. Im Gegenteil, viele haben, solange dies überhaupt möglich war, ihren Anspruch auf die vollen staatsbürgerlichen Rechte und auf die deutsche Heimat vertreten. Sie wollten sich nicht entrechteten, geschweige denn mit Gewalt aus Deutschland verdrängen lassen.

Am 15. September 1935 wurden die sogenannten Nürnberger Gesetze erlassen, die die bereits bestehende Kluft zwischen Ariern und Juden unüberbrückbar machten und die jüdischen Bürger vollends aus der deutschen Lebensgemeinschaft austießen. Im ersten dieser Gesetze, dem sogenannten Reichsbürgergesetz, wurde festgelegt, daß Reichsbürger nur sein konnte, wer deutschen oder artverwandten Blutes war. Juden wurde nur noch die deutsche Staatsangehörigkeit zugebilligt, sie waren fortan Bürger minderen Rechts. Ihr Status ähnelte sehr dem der Schutzjuden des 16. bis 18. Jahrhunderts. Das zweite dieser Gesetze, das *Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*, verbot Ehen zwischen Ariern und Juden. Begründet wurde dieses *Blutschutzgesetz* damit, daß die Reinheit des deutschen Blutes die Voraussetzung für den Fortbestand des deutschen Volkes sei. Sogenannte Rasseschänder hatten künftig mit strengen Strafen zu rechnen.

Im November 1935 wurde den Juden das Wahlrecht aberkannt, ebenso das Recht, bürgerliche Ehrenämter zu bekleiden. Die letzten jüdischen Beamten wurden zwangspensioniert, darunter auch alle, die Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs gewesen waren.

Nach dem unruhlichen Boykott vom 1. April 1933, der den Nationalsozialismus im Ausland sehr in Mißkredit gebracht hatte, nahm die Partei zunächst von weiteren wirtschaftlichen Schikanen gegen die Juden Abstand. Bei der prekären wirtschaftlichen Situation des Reiches und der nur langsam zurückgehenden Arbeitslosigkeit bedurfte man der jüdischen Steuerzahler und der jüdischen Arbeitgeber, auch wenn

man dies nach außen nicht zugab oder zugeben wollte. Bezeichnend war, daß man auf der einen Seite die jüdische Auswanderung propagierte, auf der anderen Seite aber die Auswanderung wohlhabender Juden sehr erschwerte, um einen zu großen Devisenabfluß ins Ausland zu verhindern. Die Staatsräson stand hier wie so oft beim Nationalsozialismus mit der Ideologie im Widerstreit. Trotz wiederholter Verbote der Regierung, Einzelaktionen gegen die Juden zu unternehmen, ging auch in den Jahren nach 1933 der zermürbende Kleinkrieg gegen jüdische Geschäfte, Handels- und Gewerbebetriebe unvermindert weiter. 1937 war das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit gebannt. Jetzt glaubte man, auf die jüdischen Geschäftsleute und Unternehmer verzichten zu können, ohne daß der Wirtschaft ein zu großer Schaden entstand. Man entzog daraufhin folgerichtig jüdischen Unternehmern alle öffentlichen Aufträge, machte ihnen die größten Schwierigkeiten beim Absatz ihrer Waren, hetzte die Arbeiter gegen ihre Brotgeber auf und begünstigte Schikanen, die sich örtliche Parteifunktionäre einfallen ließen. Vielen jüdischen Unternehmern blieb keine andere Möglichkeit mehr, als ihren Betrieb zu verkaufen und auszuwandern. 1938 mußten die jüdischen Firmen als solche gekennzeichnet und in ein besonderes amtliches Register eingetragen werden.

Im Herbst 1938 hatten auch die letzten jüdischen Ärzte und Rechtsanwälte ihre Praxen aufgeben müssen. Um der schlimmsten Not abzuhelfen, erlaubte die Regierung einzelnen Ärzten und Rechtsanwälten unter Vorbehalt des Widerrufs als sogenannte *jüdische Krankenbehandler* bzw. *Rechtskonsulenten* für ihre *Rassegenossen* tätig zu sein. Die Bezeichnungen Arzt und Rechtsanwalt wurden Juden grundsätzlich aberkannt.

Am 28. Oktober 1938 verhaftete man die polnischen Juden, die in Deutschland lebten, und schob sie gewaltsam über die polnische Grenze ab. Rücksicht auf solche Juden, die schon viele Jahre in Deutschland ansässig waren und sich hier eine Existenz aufgebaut hatten, nahm man nicht. In Württemberg traf eine Anzahl Juden dieses Schicksal.

Einen Höhepunkt erreichten die nationalsozialistischen Judenverfolgungen wenige Tage später in der sogenannten Reichskristallnacht. Als Antwort auf das Attentat des polnischen Juden Grynspan auf den Legationsrat vom Rath bei der deutschen Botschaft in Paris ordnete Reichspropagandaminister Dr. Goebbels *spontane Kundgebungen* gegen die deutschen Juden an. Allenthalben gingen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 die Synagogen in Flammen auf, so u. a. in Stuttgart, Stuttgart-Bad Cannstatt, Ludwigsburg, Heilbronn, Ulm, Bad Buchau, Laupheim, Schwäbisch Hall. Jüdische Geschäfte, zum Teil auch Privatwohnungen, wurden in Stuttgart, Heilbronn, Schwäbisch Hall und in anderen Orten zerstört oder demoliert. Zahlreiche Juden wurden verhaftet, etliche von ihnen schwer mißhandelt. Nach einem Bericht des Sicherheitsdienstes Reichsführer SS sind allein in Württemberg 18 Synagogen niedergebrannt und 12 demoliert worden. Insgesamt wurden 878 Juden verhaftet und in die Konzentrationslager Welzheim und Dachau eingeliefert, wo sie oft monatelang festgehalten wurden. Die Zahl der württembergischen Juden, die im Zusammenhang mit der Kristallnacht umgekommen sind, gibt dieser Bericht mit 13 an. Außerdem registriert er zwei Selbstmordversuche. Von einem *spontanen Volksworn* gegen die Juden kann nirgendwo gesprochen werden. Die Ausschreitungen waren von der Partei organisiert und durchgeführt worden. Wie aus den Synagogenbrandprozessen, die nach dem Zweiten Weltkrieg stattfanden, hervorgeht, wurden in


Israel
Dr. Otto Einstein

Kinderarzt Mülkenstr. 245

Stuttgart, Friedrichstraße 1 B.

Fernsprecher: S.A. 21600-412 97

Sprechstunden: Montag bis Freitag 3-5 Uhr

Stuttgart, den 28/II 1939
Rp.  Zur ärztlichen Behandlung
ausschließlich von Juden
berechtigt.

1. Chinin - Pulver - Pillen
- 81 4,05
1 O. P.

2. Dextropur
- 72
1 O. P.

153 P. v. Handwritten
Adlerapotheke D. R. A. M.
Inh. Rudolf Gechter
Stuttgart N, Gymnasialstr. 18 A
Handwritten signature

Rezept eines jüdischen Arztes vom Februar 1939

der Regel den verantwortlichen SA- und SS-Führern telefonisch die entsprechenden Befehle erteilt. Diese sorgten mit ihren rasch zusammengerufenen Mannschaften dafür, daß die Aktionen gründlich durchgeführt wurden.

Die Zerstörung von Gotteshäusern und ihrer Einrichtungen sowie die mutwillige Vernichtung von Kultgegenständen hat dem Regime keinen Ruhm eingetragen. Sogar die NS-Führung sah ein, daß sie zu weit gegangen war. Goebbels mußte noch am 10. November das Ende der Demonstration befahlen. Um das Gesicht nicht gänzlich zu verlieren, um andererseits aber das Maß an Vandalismus voll zu machen, wurde den deutschen Juden der Betrag von 1 Milliarde RM als Sühneleistung auferlegt. Die jüdischen Inhaber von demolierten Geschäften mußten diese selbst wieder instand-

setzen. Die jüdischen Kultusgemeinden hatten auf eigene Kosten die Trümmer ihrer Synagogen beseitigen zu lassen.

Alle diese Maßnahmen wurden durch Gesetze und Verordnungen legalisiert. Gesetze dienten der Durchsetzung schimpflichen Unrechts. Juden durften keine Kinos oder Theater mehr besuchen. Die Führerscheine wurden ihnen entzogen. Alle noch bestehenden jüdischen Geschäfte, Handwerksbetriebe und Industrieunternehmen wurden enteignet – *arisiert* oder *entjudet*, wie es in der Sprache des Nationalsozialismus hieß – oder aber aufgelöst. Die Warenlager jüdischer Firmen mußten zu Schleuderpreisen veräußert werden. Gegen Juden, die sich der Schließung ihrer Geschäfte widersetzen oder die nicht rasch genug die ihnen auferlegten Zwangsmaßnahmen befolgten, wurde rücksichtslos eingeschritten.

Juden konnten künftig ihren Lebensunterhalt nur noch als Hilfsarbeiter verdienen. Sie mußten aber in geschlossenen Gruppen abgesondert von der übrigen Belegschaft oder in eigens für sie eingerichteten Arbeitsräumen beschäftigt werden. Viele ältere Leute, die über keine größeren Sparguthaben verfügten, gerieten in Not. Die öffentliche Fürsorge stellte ihre Leistungen für Nichtarier entweder ganz ein oder beschränkte sie auf ein Minimum. Die jüdischen Stellen sahen sich kaum mehr zu lösenden Problemen gegenüber. Die entsagungsvolle Arbeit der Männer und Frauen, die die israelitischen Gemeinden und zentralen Organisationen leiteten und die später häufig ihren treuen Dienst mit dem Tod in der Deportation besiegelten, sowie das vorbildliche soziale Verantwortungsbewußtsein vieler wohlhabender jüdischer Bürger trugen entscheidend dazu bei, ein Massenelend zu verhindern.

Seit November 1938 war jüdischen Kindern der Besuch deutscher Schulen untersagt. Eigene jüdische Schulen gab es nur in Stuttgart, Ulm, Heilbronn sowie in mehreren Orten, in denen noch größere Judengemeinden bestanden. Viele jüdische Kinder waren auf den von der Partei nur widerstrebend erlaubten Privatunterricht angewiesen, den Eltern oder Bekannte erteilten. Jüdische Studierende waren seit 1933 Schritt für Schritt von den Hochschulen des Landes verdrängt worden. Bereits 1933 hatte man ihre Zahl auf 1,5 Prozent der Studierenden beschränkt, dann hatte man ihnen das Recht genommen, an staatlichen Prüfungen teilzunehmen, und schließlich versagte man ihnen auch die Doktorpromotion. Auf den höheren Schulen war die Behandlung unterschiedlich. Sie war in Privatschulen im allgemeinen besser als in staatlichen. 1937/38 mußten auch die letzten Juden die Oberschulen verlassen. Seit der Kristallnacht durften Juden öffentliche Bibliotheken nicht mehr benutzen. Im Krieg verbot man ihnen sogar den Bezug von Zeitungen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1939 mußten die Juden den Zusatznamen *Israel* bzw. *Sara* annehmen, soweit sie keinen eindeutig jüdisch klingenden Vornamen besaßen. In Ausnahmefällen wurde erlaubt, daß der deutsche Vorname in einen charakteristisch jüdischen geändert werden konnte.

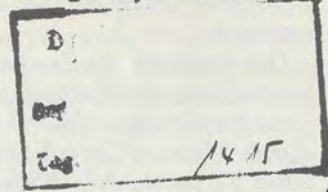
Die Auswanderung der Juden, die bereits seit 1933 sehr hoch gewesen war, wuchs zur Massenflucht an. Anfang 1933 verließen im Monat etwa 200 württembergische Juden die Heimat, um im Ausland, größtenteils unter ungünstigen Bedingungen eine neue Existenz zu begründen. Vielen älteren oder wenig bemittelten jüdischen Bürgern aber war auch dieser Weg versperrt bzw. übermäßig erschwert, da einige der wichtigsten Aufnahmeländer nicht einmal zugunsten der Verfolgten ihre Einwanderungsbeschränkungen lockerten. Doch haben jüdische und christliche Hilfsorganisationen im In- und Ausland durch Auswandererberatung und die Bereitstellung

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Stuttgart

Stuttgart, den 12. Sept. 1939

Nr. II B 2 /2192/39.



2

An die Landräte,
die Polizeidirektoren und
die übrigen Polizeiamtsvorstände,
die Aussendienststellen der
Geheimen Staatspolizei und
das Grenzpolizeikommissariat Friedrichshafen.

Nachrichtlich an den
Polizeipräsidenten in Stuttgart.

Betr.: Massnahmen gegen Juden.

Vorg.: ohne.

Beil.: 0.

Der Reichsführer-~~SS~~ und Chef der Deutschen Polizei
hat nachstehenden Befehl erlassen:

- "1.) Den jüdischen Gemeinden ist mitzuteilen, dass sie sich selbst Luftschutzräume zu bauen haben.
- 2.) Den jüdischen Gemeinden ist weiterhin bekannt zu geben, dass für Juden der Ausgang nach 20 Uhr verboten ist."

Ich bitte, den Vorständen oder sonst verantwortlichen Personen der jüdischen Organisationen diese Anordnungen umgehend zu eröffnen.

Jede Bekanntgabe dieser Anordnungen in Zeitungen und in öffentlichen Erlassen hat gemäss Befehl des Reichsführer-~~SS~~ zu unterbleiben.

Wie mir berichtet worden ist, sind verschiedentlich bereits weitergehende Ausgangsverbote für Juden örtlich erlassen worden. Stellenweise ist den Juden der Ausgang nur für 2 Stunden des Tages gestattet worden. Ich ersuche, die weitergehenden Massnahmen wieder aufzuheben.



gez. B o ö s .

glaubigt:

Kanzleiangestellte.

erheblicher Geldmittel viel Not gelindert und manchem Verfolgten die Ausreise ermöglicht.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs brachte neues Unheil über die noch in Deutschland befindlichen jüdischen Bürger. Gleich nach Kriegsbeginn wurden harte Zwangsmaßnahmen über sie verhängt. Sie durften sich nur von morgens 6 Uhr bis abends 8 bzw. 9 Uhr auf der Straße aufhalten. Ihre Luftschutzkeller hatten sie sich selbst zu bauen. Alle Radioapparate, die im Besitz von Juden waren, wurden entschädigungslos beschlagnahmt und von der Geheimen Staatspolizei zum Teil den Reservelazaretten zur Verfügung gestellt. Haussuchungen nach Hamsterwaren folgten. Schokolade oder Bohnenkaffee, der sich im Besitz von Juden befand, wurde der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt übergeben. Die Abgabe von Genußmitteln oder Kosmetikartikeln an *Nichtarier* wurde bald darauf verboten. Früh ging man auch dazu über, besondere jüdische Lebensmittelkarten auszugeben.

Bereits 1939 hatte man in Württemberg angefangen, Juden mit Zwang umzuquartieren. Im Jahr 1940 setzte man dies in verstärktem Maß fort. Es wurde als unerträglich bezeichnet, daß Nichtjuden mit Juden unter einem Dach wohnten. Ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse wurden Juden bestimmte Häuser oder Wohnblocks zugewiesen. Die bisherigen Behausungen mußten in kürzester Frist und häufig unter Zurücklassung eines Teils des Mobiliars geräumt werden. Da die Partei der Ansicht war, daß es deutschen Volksgenossen nicht länger zugemutet werden könne, mit Juden im gleichen Geschäft zu kaufen, wurden, wo es sich einigermaßen vertreten ließ, Juden bestimmte Geschäfte vorgeschrieben, in denen sie zu festgesetzten Zeiten ihre Einkäufe tätigen konnten.

Seit Ende 1940 wurde damit begonnen, Städte und Dörfer *judenfrei* zu machen und die Juden auf wenige Orte im Land zu konzentrieren: Die jüdischen Gemeinden Buchau, Laupheim, Oberdorf am Pf, Haigerloch usw. erhielten durch zwangseingewiesene Juden aus Stuttgart, Heilbronn und anderen Städten erheblichen Zuwachs. 1941/42 wurden in Tigerfeld Kreis Reutlingen, Eschenau Kreis Heilbronn, Weißenstein Kreis Göppingen, Herrlingen und Dellmensingen, Alb-Donau-Kreis, sogenannte Jüdische Altersheime eingerichtet, in die aus allen Teilen des Landes vorwiegend ältere Juden eingewiesen wurden.

Seit September 1941 mußten die Juden den gelben Davidstern tragen, der sie schon rein äußerlich als Angehörige des verfeimten Volkes auswies und jeder Demütigung in der Öffentlichkeit preisgab. Das Verlassen des Wohnorts wurde sehr erschwert, bald so gut wie unmöglich gemacht. Öffentliche Verkehrsmittel durften Juden nur noch mit besonderen Erlaubnisscheinen benutzen. 1942 wurde ihnen das Betreten von Wartesälen, die Benutzung öffentlicher Fernsprechkzellen und vieles andere untersagt. Ihre Woll- und Pelzsachen hatten sie im Januar 1942 entschädigungslos für Wehrmachtzwecke abzugeben. Schließlich durften sie auch keine elektrischen Haus- und Küchengeräte, keine Fahrräder und keine Schreibmaschinen mehr besitzen, ebenso durften sie keine Hunde, Katzen oder Kanarienvögel mehr halten. Es wurde ihnen verboten, im Verkehr mit Behörden akademische oder berufliche Titel zu führen.

Bis zum Jahr 1941 wollte das nationalsozialistische Regime das sogenannte Judenproblem durch Auswanderung lösen. Mehr als zwei Drittel aller württembergischen Juden gelang es, bis zu diesem Zeitpunkt Deutschland zu verlassen. In den ersten Kriegsjahren erwoگ die nationalsozialistische Führung den sogenannten Madagaskar-Plan: Die Juden im deutschen Machtbereich sollten nach Madagaskar gebracht

und dort angesiedelt werden. Dieser Plan scheiterte aber an den realen Möglichkeiten. Nach Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion drang Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, mit seiner Forderung nach einer Endlösung der Judenfrage durch: Die Juden sollten nach dem Osten deportiert, zu schwerster Zwangsarbeit herangezogen und so allmählich ausgerottet werden. Bald wurde dieser schreckliche Plan durch Vernichtungslager wie Auschwitz und Treblinka *vereinfacht*.

Seitdem am 22. Oktober 1940 rund 6500 Juden aus Baden, der Pfalz und dem Saarland in einer sogenannten wilden Aktion nach Südfrankreich abgeschoben worden waren, mußten auch die württembergischen Juden mit einer Zwangsverschleppung außer Landes rechnen. Nachdem in Berlin die Entscheidung gefallen war, das Reichsgebiet möglichst rasch judenfrei zu machen, ordnete die Staatspolizeileitstelle Stuttgart im November 1941 die Deportation von 1000 Juden an. Es gehörte zu dem teuflischen System der Gestapo, daß sie der Jüdischen Kultusvereinigung Württemberg die Vorbereitung und Zusammenstellung des Transports übertrug. Die Kultusvereinigung hatte die Teilnehmer des Transports zu benachrichtigen und einzuberufen, einen Großteil der finanziellen, organisatorischen und technischen Anforderungen zu bewältigen. Die Juden, die zur Deportation eingeteilt waren, erhielten genaue Anweisungen, was sie an Kleidung, Verpflegung und Gebrauchsgegenständen mitnehmen durften. Um ihnen nicht die Illusion zu rauben, daß sie im Osten angesiedelt würden, erlaubte ihnen die Gestapo die Mitnahme von Beilen, Spaten und sonstigem Handwerkszeug. Sogar Fensterglas, einige Öfen und Nähma-



Vor der Deportation: Sammellager auf dem Stuttgarter Killesberg



Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau

schinen durften mitgeführt werden. Streng wurde darauf gesehen, daß die Juden vor der Deportation die sehr detaillierten Vermögenserklärungen ausfüllten, damit die Beschlagnahme ihres Vermögens zugunsten des Reichs erleichtert wurde. Sparbücher und Wertpapiere jeder Art sowie Schmuck mußten zurückgelassen werden. Die Transportteilnehmer wurden meist unter Polizeiaufsicht nach Stuttgart gebracht und bis zum Abgang des Deportationszuges auf dem Killesberg in einem Sammellager untergebracht. Am 1. Dezember 1941 verließ der erste Transport Stuttgart in Richtung Riga. Von den rund 1000 Deportierten haben etwa 40 das Kriegsende erlebt. Im April 1942 folgte ein zweiter Transport nach Izbica bei Lublin in Polen. Auch er war unter der Aufsicht der Gestapo durch die Kultusvereinigung organisiert. Handwerkszeug und Wohnungseinrichtungsgegenstände befanden sich diesmal nicht mehr unter dem Reisegepäck. Wie beim ersten Transport wurden die Juden nach dem Überschreiten der Reichsgrenze der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, ihr gesamtes Vermögen eingezogen. Kein einziger der 350 Verschleppten dieses Transportes hat die Heimat wiedergesehen.

Einer der größten Transporte wurde im August 1942 nach Theresienstadt in der Tschechoslowakei zusammengestellt. Theresienstadt galt als Vorzugslager: Von der Gestapo wurde es in bitterer Ironie als das jüdische Altersheim des Reichs bezeichnet, und man hatte alten Leuten nahegelegt, sich durch einen sogenannten Heimeinkaufsvertrag dort einen Platz auf Lebenszeit zu sichern. Viele schlossen solche Verträge ab in der Hoffnung, dadurch wenigstens einen Teil ihres Vermögens sinnvoll anlegen und vor dem direkten Zugriff der Gestapo retten zu können. Bei ihrem Eintreffen in

Theresienstadt sahen sie, daß sie schändlich betrogen worden waren. In der kleinen Stadt, die von der tschechischen Bevölkerung geräumt worden war, brachte man zeitweise 80 000 Juden unter. Die sanitären Verhältnisse waren verheerend. Schmutz, Raumnot und Nahrungsmangel charakterisierten das Lager, dem man im Unterschied zu anderen Konzentrationslagern eine gewisse Selbstverwaltung zugestanden hatte. Die alten Menschen, die sich nicht mehr selber helfen konnten, starben zu Hunderten und Tausenden oder verkamen im Schmutz. Andere, vor allem jüngere Leute, unter ihnen hochdekorierte Frontsoldaten und Schwerbeschädigte des Ersten Weltkriegs, die die ersten Monate oder das erste Jahr in Theresienstadt überlebt hatten, wurden plötzlich zu neuen Transporten zusammengestellt und weiter nach dem Osten gebracht; sie endeten meist in den Vernichtungslagern Auschwitz und Maly Trostinec. So ist auch die Zahl derer, die Theresienstadt überlebten, klein. Befreit wurden in der Regel nur diejenigen Juden, die erst 1944 oder 1945 dorthin deportiert worden waren.

Das Fazit der zwölf Deportationen, die vom Dezember 1941 bis Februar 1945 von Stuttgart abgingen, ist zutiefst erschütternd: Insgesamt wurden etwa 2500 jüdische Bürger aus Württemberg und Hohenzollern zwangsverschleppt, zurückgekehrt sind nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nur rund 180. Hunger, Krankheiten, die Exekutionskommandos der SS und die Gaskammern der Vernichtungslager hatten eine schreckliche Ernte gehalten. Zahlreiche Juden hatten schon vor der Deportation ihrem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht. In den europäischen Ländern, die während des Krieges von deutschen Truppen besetzt oder die mit Deutschland verbündet waren, gerieten jüdische Emigranten aus Württemberg gleichfalls in das Räderwerk der *Endlösung* und fanden ein gewaltsames Ende. In Württemberg lebten im Frühjahr 1945 nur noch etwa 200 Juden, meist Partner von sogenannten Mischehen, in Freiheit. Die jüdischen Gemeinden waren bei Kriegsende restlos vernichtet.

Das Schicksal der jüdischen Bürger von Ludwigsburg während der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung

Von Beate Maria Schüller

I. Das jüdische Bürgertum und seine Bedeutung für die Stadt

1. Früheste Zeugnisse

In Ludwigsburg ist zur Zeit der Stadtgründung 1718 durch Herzog Eberhard Ludwig (1693–1733) die Anwesenheit von jüdischen Hoffaktoren beurkundet. Auch Jud Süß Oppenheimer hielt sich zeitweise in Ludwigsburg auf.¹

1736 gründete Herzog Karl Alexander (1733–1757) in Ludwigsburg eine Tabakfabrik. Sie wurde den kurpfälzischen Schutzjuden von Mannheim, Jakob Benzheim, Koppel, Wolf, Brühler, Mayer, Wassertrittlinger und Companie auf 12 Jahre vom 1. November 1736 an verliehen. Diese hatten vertragsmäßig alle Untertanen des Herzogs mit Rauch- und Schnupftabak zu versehen.²

1803 waren in Ludwigsburg vier jüdische Familien ansässig. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts stieg die Zahl der jüdischen Einwohner ständig an, die teilweise aus benachbarten Gemeinden, so aus Hochberg, aus Aldingen und Freudental zuzogen.

Die Stadt zählte

1812	1824	1831	1843	1854	1869	1886	1900	1910
32	29	69	70	77	77	211	243	222

jüdische Einwohner.³

2. Jüdische Bürger in öffentlichen Ämtern

Das Vertrauen seiner Mitbürger berief den jüdischen Fabrikanten Max Elsas im Jahre 1905 in den Bürgerausschuß. Bis zum Jahre 1933 stellte er als Stadtrat seine Kraft in den Dienst seiner Vaterstadt Ludwigsburg. Während der Zeit des Ersten Weltkrieges von 1914 bis 1918 leitete er als stellvertretender ehrenamtlicher Bürgermeister die Geschicke der Stadt.

Dem Brief eines Emigranten, Herrn L., entnahm ich:

... Ich bin nun 72 Jahre alt ... Mein Vater war lange Jahre Mitglied des Bürgerausschusses, zu dieser Zeit ein gesetzgebender Körper in der Stadtverwaltung. Sein großer Stolz war die Idee der Kriegsküche in Ludwigsburg während des Ersten Weltkrieges.

1 Sauer, Paul, Die jüdischen Gemeinden in Württemberg und Hohenzollern, Stuttgart 1966, S. 121

2 Ludwigsburger Zeitung, 7. 11. 1936

3 Sauer, Die jüdischen Gemeinden, S. 122



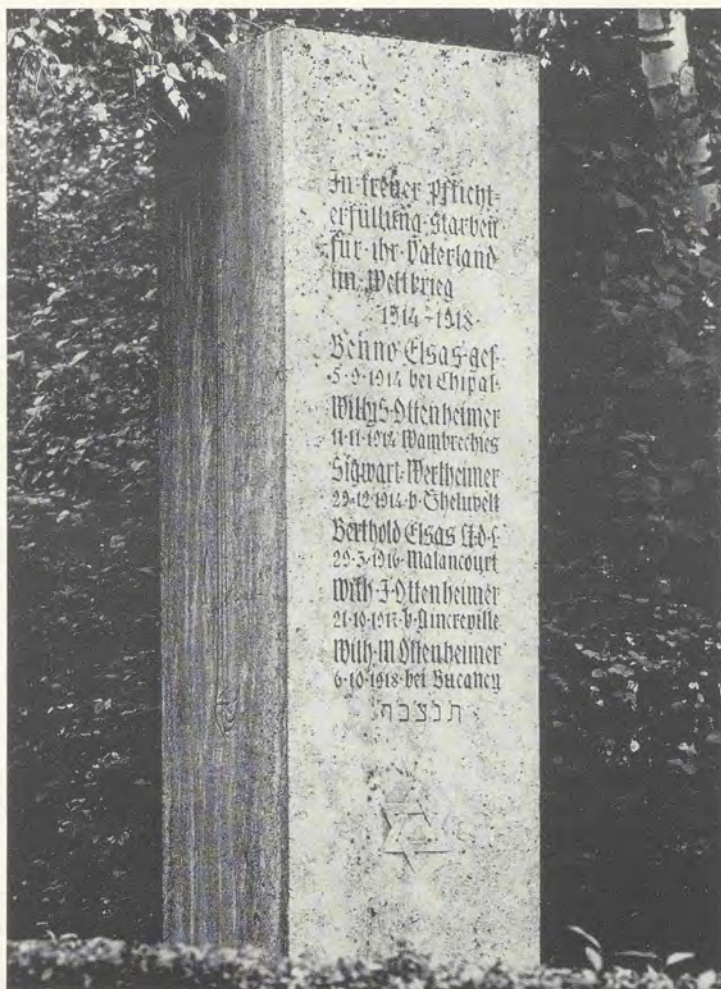
Jüdischer Friedhof Hochberg

Diese Kriegsküche bekam [wurde] das Muster für eine große Anzahl solcher Einrichtungen in Deutschland. Alles natürlich freiwillig und ohne jede Vergütung...

3. Teilnehmer am Ersten Weltkrieg 1914–1918

Sechs jüdische Bürger starben im Ersten Weltkrieg für ihr Vaterland: Benno Elsas, Berthold Elsas, Wilhelm Ottenheimer (geb. 1892), Wilhelm Ottenheimer (geb. 1894), Willy Ottenheimer und Sigwart Wertheimer. An den Tod dieser Männer erinnert das Kriegerdenkmal auf dem Neuen Israelitischen Friedhof.

Fabrikant Max Elsas entschloß sich im Ersten Weltkrieg zusammen mit seinen drei Teilhabern, seinen Brüdern, in einer wohl einmaligen Geste der Selbstlosigkeit, die



Ehrenmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Ludwigsburger jüdischen Bürger auf dem Neuen Friedhof

Antriebsriemen seiner Webstühle der Rüstungsindustrie zur Verfügung zu stellen und seine Buntweberei für die Dauer des Krieges stillzulegen.

Der jüdische Bevölkerungsteil litt unter den Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges genauso wie alle übrigen Deutschen. Bald aber versuchten gewisse Kreise, für die verheerenden Zustände einen Sündenbock zu finden. Der war alsbald auch in der Person des deutschen Juden gefunden, der plötzlich zum Schuldigen für alles Unglück gestempelt wurde.

Frau A., die noch 1941 nach den USA emigrieren konnte – sie ist heute 76jährig – schrieb dazu: ... *Nachdem dieser Krieg verloren war und die darauffolgende Arbeitslosigkeit entstand, mußte für dies und andere Mißstände ein Sündenbock gefunden*



Synagoge in Ludwigsburg (zerstört 1938)

werden. Wie die Geschichte von vergangenen Jahrhunderten beweist, war es immer leicht, eine wehrlose Minderheit für alles verantwortlich zu machen, was fehl ging . . .

4. Struktur der jüdischen Gemeinde 1933 und das Verhältnis zum nichtjüdischen Bevölkerungsteil

Am 30. Januar 1933 lebten in Ludwigsburg 197 jüdische Bürger, bis zum 2. 5. 1941 zogen 57 weitere jüdische Bürger zu; außerdem wurden in dieser Zeit drei jüdische Kinder geboren.

Acht dieser Menschen lebten in *privilegierten Mischehen*, bei fünf dieser Ehen war die Frau, bei drei der Ehemann der jüdische Partner.

Der Mittelpunkt der jüdischen Gemeinde war die 1884 an der Ecke Solitude- und Alleinstraße erbaute Synagoge. Ihr Bau wurde zum großen Teil durch eine Stiftung des Geheimen Kommerzienrates Hermann Frank, des Inhabers der Firma Heinrich Frank & Söhne, finanziert. Die Orgel in der Synagoge hatte die Familie Elsas gestiftet. In Ludwigsburg war kein Rabbiner, jedoch ein jüdischer Religionslehrer – Samuel Metzger – ansässig.

Über das Leben der jüdischen Kultusgemeinde zu Beginn und in der Zeit des Nationalsozialismus ließ sich wenig feststellen. Von einem der jüdischen Menschen wurde mir gesagt, daß die allerwenigsten der in Ludwigsburg lebenden Juden noch gläubige Juden gewesen seien. Das heißt aber nicht, daß sie offiziell einen Bruch zur Religionsgemeinde herbeigeführt hätten. Alle männlichen Nachkommen der Familien wurden im Alter von 13 Jahren feierlich in die jüdische Gemeinde eingeführt, wurden *Bar Mizwa* d. h. *Sohn der Treue*.¹

Folgende Familiennamen waren bei den in Ludwigsburg ansässigen Juden am häufigsten vertreten: Dreyfuß, Elsas, Israel, Kahn, Kaufmann, Kusiel, Ottenheimer, Schmal, Stern, Strauss, Weil, Wertheimer. Besonders groß und weitverzweigt waren die Familien Dreyfuß, Elsas, Kaufmann und Ottenheimer, die teilweise mit anderen jüdischen Familien verwandt waren.

Im allgemeinen lebten die jüdischen Bürger Ludwigsburgs in guten wirtschaftlichen Verhältnissen. Mit ihren nichtjüdischen Mitbürgern, bei denen sie geachtet und angesehen waren, verband sie ein gutes Einvernehmen.

Meist waren sie Händler oder Gewerbetreibende, es gab drei jüdische Ärzte und zwei jüdische Rechtsanwälte. Noch heute zeugen stattliche Häuser von dem soliden Wohlstand ihrer einstigen jüdischen Besitzer.

1933 waren folgende Unternehmen in jüdischer Hand:

Mechanische Buntweberei Elsas
Damenkleiderfabrik Ottenheimer
Metallwarenfabrik K. Weis & Co.
Württembergische Papierzentrale Greilsamer & Co.
Kaufhaus Epstein
Kaufhaus Grumach
Kaufhaus Stern
Sportschuhfabrik Kaufmann
Laupheimer, Einzelhandel und Manufakturwaren
Schylit, Handlung für Altpapier und Alteisen
Schuhhaus Katz
Pferdehandlung Strauss
Pferdehandlung Neuburger
Pferdehandlung Beretz
Pferdehandlung Marx

Niedergelassen waren:

als praktische Ärzte

Dr. Pintus

Dr. Schmal

als Lungenfacharzt

Dr. Elsas

als Rechtsanwälte

RAW Schmal

Dr. Waitzfeld

¹ Hirsch, Leo, Jüdische Glaubenswelt, Gütersloh 1966, S. 64

5. Erste antisemitische Tendenzen

Am 26. Januar 1932 berichtet die Ludwigsburger Zeitung: *Nationalsozialistische Versammlung – Die gestrige Versammlung der NSDAP im Saalbau bot das gewohnte Bild: Überaus starker Besuch ... Als Redner war Herr Geysler-Fett aus Offenbach gewonnen, der sich die Aufgabe gestellt hatte, die Zusammenhänge zwischen Kapitalismus, Marxismus und Judentum herauszustellen. Er ist ein leidenschaftlicher Verfechter des nationalsozialistischen Gedankens und sprach ... mit hinreißendem Temperament gegen die Feinde des Deutschtums ... Der Redner schilderte die Juden als Zwischenhändler zwischen Erzeuger und Verbraucher, der an der Börse den Einkaufspreis der Ware diktiert und die Preise für die Verbraucher regelt. Inmitten der Völker lebe der Jude, bleibe unter seinesgleichen blutverbunden, habe nirgends eine Heimat; die Erdverbundenheit, die das Wesen der christlichen Völker ausmache, fehle dem Juden. Dagegen gehe sein Streben unter allen Umständen dahin, die Völker des Erdballs zu beherrschen ... Das Geld, ursprünglich ein Diener im Warenaustausch, sei vom jüdischen Kapitalismus zum Herrn der Welt gemacht worden und mit Hilfe des Geldes unterjochte er die Völker ... Es würde zu weit führen, dem Redner in die verschlungenen Gänge jüdisch-kapitalistischer Weltpolitik, die er aufzeigte, zu folgen ... Zersetzung des deutschen Volkstums, Herunterreißen alles dessen, was uns heilig sei. Aussaugung des Bürgertums, Zerklüftung des Volkes in Proleten und Bürger, das sind nach des Redners Auffassung die Mittel des Judentums, um den Staat in die Hand zu bekommen. Dagegen gelte es, sich mit aller Kraft zu wehren, zu kämpfen für die deutsche Volksverbundenheit gegen undeutsches Wesen ...*

Die gleiche Zeitung berichtet am 2. 7. 1932:

Versammlung der Nationalsozialisten ›Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der NSDAP‹ ... Der Redner des Abends, Pg. Hansen, Fachberater der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, verbreitete sich über mancherlei bewegende Fragen der Partei in gegenwärtiger Zeit ... Der verjudete internationale Kapitalismus habe mit großem Raffinement sich die Ausplünderung des deutschen Volkes zur Aufgabe gestellt ... Und am 13. 3. 1932:

Wahlkundgebung der Nationalsozialisten – Am gestrigen Abend veranstaltete die Ortsgruppe der NSDAP ... eine große Wahlkundgebung ... Pg. Frauenfeld aus Wien, Mitglied des Österreichischen Nationalrates und Vorkämpfer des Nationalsozialismus, erwies sich in der Behandlung des Themas ›Deutschland erwache – gebt Hitler die Macht‹ als ein überaus gewandter und sachkundiger Redner ...

Die Stadt Wien sei von Roten und Schwarzen sowie von den Ostjuden als Sprungbrett benützt worden, um die Einheit des deutschen Volkes aufs empfindlichste zu schädigen, und nicht nur allgemein entsittlichend zu wirken, sondern auch den Stand der Lebenshaltung auf einen bedenklichen Tiefstand herabzudrücken. Nun werde den Nationalsozialisten aus der Bekämpfung dieser Gefahr der Vorwurf der Rassenbekämpfung gemacht. Aber in der Partei gelte der christliche Grundsatz: ›Liebe deinen Nächsten wie dich selbst‹ und die internationale Einstellung des Marxismus, wie die der katholischen Kirche sei eine Irreführung der christlichen Lehre und verfolge nur schmutzige Geschäfte. Der Kampf der Rasse müsse im Interesse der Selbstbehauptung geführt werden ... Die Rassengesetze seien eben angeboren ... Und bei der späteren Abrechnung solle das Bismarck'sche Wort gelten: Höflich bis zur letzten Galgensprosse, aber gehängt wird doch! ...

Das war die Stimmung, die am Vorabend der »Machtergreifung« auch in Ludwigsburg gemacht wurde!

II. Die Durchführung der nationalsozialistischen Maßnahmen in Ludwigsburg

1. Von der *Machtergreifung* bis zu den *Nürnberger Gesetzen*

a) Die Hetze in der Frühzeit

Auch in Ludwigsburg wurde gleich in den ersten Monaten nach der Übernahme der Herrschaft durch die NS-Machthaber die Hetze gegen den jüdischen Bevölkerungsteil mit größter Brutalität aufgenommen. Herr E. schrieb dazu: *... Als Hitler Kanzler wurde, sollte das in ganz Deutschland gefeiert werden. Alle Häuser mußten geflaggt sein, nur die Juden durften nicht flaggen. Dadurch wurden die Juden vom ersten Tag an isoliert...*

Ludwigsburger Zeitung, 18. 2. 1933:

Nationalsozialistische Versammlung... Die Ortsgruppe Ludwigsburg der NSDAP ließ gestern Abend im Bahnhof einen der ältesten Mitstreiter Adolf Hitlers und bekannten Vorkämpfer der Rassenfragen innerhalb des nationalsozialistischen Programms sprechen, Julius Streicher-Nürnberg, der sich für seine dreistündige Rede das Thema stellte: »Warum ist all das fürchterliche Unglück der letzten vierzehn Jahre über Deutschland gekommen«. Streicher sprach nahezu drei volle Stunden, weil die lebhafteste Art seines Vortrages, die in ihrer manchmal recht kräftigen Derbheit kein Blatt vor den Mund nahm und manchmal fast für einen Ludwig-Thoma-Abend gelten konnte, keine Müdigkeit aufkommen ließ... Man solle aber nur einmal den nächsten Wahlgang abwarten, dann werde manches anders werden, auch in Württemberg; diese allgemein verstandene Andeutung wurde mit dem lebhaftesten Beifall aufgenommen. Seine aufrichtige Grobheit begründete Streicher mit seiner schwäbischen Abstammung; die bayerischen Schwaben seien allerdings etwas höflicher, wofür die Ludwigsburger vielleicht etwas vornehmer seien. Überhaupt ging er mit dem Bürgertum nicht gerade sanft um; wenn 1918 das Bürgertum nicht so gleichgültig gewesen wäre, dann hätten wir heute, so meinte Streicher, nicht einen solchen »Sautall!... Für sein eigentliches Thema berief sich Streicher auf das Zeugnis Heinrich Treitschkes, der für den Untergang der großen Völker des Altertums das Judentum verantwortlich macht und auch dem deutschen Volk den Untergang prophezeit, wenn nicht in letzter Stunde ein Retter komme; ein weiterer Kronzeuge war ihm der Jude Otto Weiniger, der seine Rasse als Mischrasse bezeichnete, die das Blut und damit die schlechten Eigenschaften aller Rassen der Welt in sich vereinige. Weil Weiniger einer Rasse angehörte, die einen Fluch in sich trage, habe Weiniger sich deshalb selbst entleibt.

Die Ausführungen seines Themas belegte Streicher ausführlich mit dem Alten Testament. Mit dem Auszug der Juden aus Ägypten und mit ihrer Herrschaft im Heiligen Land, auf dem die Hand Judas schwer geruht habe, bis Christus gekommen sei, der die Wechsler und Wucherer aus dem Tempel hinauswarf. Aber ein Jude Ischariot habe genügt, um den Herrn zu verraten. Immer wieder zog der Redner Parallelen zwischen damals und heute; wie es in der Bibel heiße, sei mit den Juden aus Ägypten eine große Menge Pöpels ausgezogen und dieses Pöpelvolk entspreche den heutigen Bolschewisten, der eisernen Front und dem Zentrum, die hoffentlich bei dem Auszug aus Deutschland auch mitziehen würden, sogar den Staatspräsidenten Bolz

würde das schwäbische Volk ohne Tränen ziehen lassen. Christus sei auf Golgatha hingerichtet worden von der jüdischen Nation; auch das deutsche Volk schleppe seit 14 Jahren ein riesengroßes Kreuz von einer Leidensstation zur anderen, und befinde sich nahe an Golgatha. Ein Volk könne nur ewig leben, wenn es die ewigen Gesetze beachte, zu denen auch das Gesetz der Heirat innerhalb der eigenen Rasse gehöre; wenn es diese Gesetze nicht beachte, dann werde es zugrunde gehen. Wir seien bereits in einem Zustand angelangt, aus dem uns nur das Wunder der deutschen Seele retten könne, aber noch am Grabe pflanze der deutsche Mensch die Hoffnung auf, und es sei zu hoffen, daß das Volk mit dem greisen Feldmarschall und mit dem Führer des jungen Deutschland wieder hineinmarschiere in ein Reich, in welchem man wieder singen könne: ›Deutschland, Deutschland über alles!‹

In den Märztagen 1933 kam es auch in Ludwigsburg zu Verhaftungen einiger jüdischer Männer, die in das Konzentrationslager Heuberg verbracht wurden. Der äußere Anlaß für die Verhaftung wurde aus einer dem Regime nicht opportunen politischen Betätigung abgeleitet.

b) Einlieferung in Konzentrationslager

In der Presse erscheinen Notizen wie folgende:

16. 3. 1933, Ludwigsburger Zeitung: *Bekanntmachung des Polizeikommissariates ... Im Laufe der letzten Tage wurde eine Reihe von Persönlichkeiten, gegen die Gewalttätigkeiten begangen oder versucht wurden, zu ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen. Ich nehme dies zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß diejenigen Personen, die sich aus irgendwelchen Gründen, insbesondere aus politischen oder rassemäßigen Gründen irgendwie bedroht fühlen, sich jederzeit in polizeiliche Schutzhaft begeben können ...*

Von einem damals 36jährigen Juden, der von April bis Juni 1933 in Welzheim inhaftiert war, weil er dem Reichsbanner als führendes Mitglied angehört hatte, wurde berichtet, daß er nach einer solchen *polizeilichen Schutzhaft* arbeitsunfähig war!

Am 25. 3. 1933 berichtet die Ludwigsburger Zeitung: *95 Häftlinge ins Konzentrationslager abtransportiert ... 23 Gefangene ... [die] aus Ludwigsburg selbst und den Vororten stammen ...*

c) Boykottaufruf und seine Folgen

Das Ausland reagierte mit scharfen Stellungnahmen auf diese Willkürmaßnahmen des Hitlerregimes. Als Gegenmaßnahme gegen diese *Boykott- und Greuelhetze der Juden im In- und Ausland*¹ plante das Regime in Deutschland einen generellen Boykottaufruf, der alle jüdischen Unternehmer in ganz Deutschland treffen und den Auftakt zu einer Flut antijüdischer Ausschreitungen bilden sollte.

Ein Emigrant, Herr E., schrieb dazu: *... Dann kam der Boykott der jüdischen Geschäfte (Kaufhaus Stern, Ludwigsburg). S. A.-Männer bewachten die Eingangstüren der Geschäfte mit jüdischen Besitzern und warnten eventuelle Kunden, beim Juden zu kaufen. Es waren nur wenige Mutige, die trotzdem wagten, einzutreten, um beim Juden zu kaufen ...*

1 Völkischer Beobachter, Süddeutsche Ausgabe, 46. Jg., Nr. 88 vom 29. 3. 1933

Den Presseberichten der »Ludwigsburger Zeitung« jener Tage kann man Notizen wie folgende entnehmen:

29. März 1933: *SA-Posten vor hiesigen Geschäften. Vor einigen hiesigen Geschäften standen heute morgen einige Zeit lang SA-Posten mit Schildern »Kauft nicht bei Juden«, ohne daß sich mit Sicherheit feststellen ließ, wer die Anordnung dazu gegeben hatte. Später wurden diese Posten wieder eingezogen. Anscheinend handelt es sich dabei um eine etwas verfrühte Abwehrreaktion gegen die Greuelpropaganda des Auslandes, die, wenn überhaupt noch notwendig, erst am Samstagvormittag beginnen soll...*

Am gleichen Tag: *Das Konzentrationslager umfaßt, wie wir erfahren, bereits 1500 politische Gefangene... [Gemeint ist das Lager Heuberg].*

29. 3. 1933: *Der Abwehrkrieg gegen die Hetze beginnt!... Die Abwehrkampagne gegen die Greuel- und Hetzpropaganda im Ausland wird, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, unter keinen Umständen verschoben... Die Aktionskomitees stellen sofort fest, welche Geschäfte, Warenhäuser, Kanzleien usw. sich in Juden Händen befinden. Es handelt sich bei der Feststellung selbstverständlich um Geschäfte, die sich in Händen von Angehörigen der jüdischen Rasse befinden. Die Religion spielt keine Rolle... Nach Abbruch der Aktion werden Photographen durch die Straßen fahren und Personen photographisch festhalten, die noch in jüdischen Geschäften zu kaufen beabsichtigen...*

31. 3. 1933: *Greuelpropaganda und Abwehrreaktion... Im Lager [Heuberg] befinden sich z. Zt. 2000 Schutzhäftlinge. Durch Ausbau soll das Lager derart vergrößert werden, daß etwa 4000 Häftlinge untergebracht werden können. Die Häftlinge stammen fast ausschließlich aus Württemberg...*

Die Anordnung der Parteileitung vom 28. März 1933 zum Boykott-Tag lautete folgendermaßen:

Der Boykott setzt nicht verzettelt ein, sondern schlagartig; in dem Sinne sind augenblicklich alle Vorarbeiten zu treffen. Es ergeben Anordnungen an die SA und SS, um vom Augenblick des Boykotts ab durch Posten die Bevölkerung vor dem Betreten der jüdischen Geschäfte zu warnen. Der Boykottbeginn ist durch Plakatanschlag und durch die Presse, durch Flugblätter usw. bekannt zu geben. Der Boykott setzt schlagartig Samstag, den 1. April, Punkt 10 Uhr vormittags ein. Er wird fortgesetzt so lange, bis nicht eine Anordnung der Partei die Aufhebung befiehlt.¹

Im Spiegel der Ludwigsburger Zeitung sieht das so aus:

Samstag, 1. 4. 1933: *... wie überall im Reich, hat heute früh um 10 Uhr auch in Ludwigsburg die Boykottaktion gegen jüdische Geschäftsleute, Ärzte und Rechtsanwälte eingesetzt... Kurz vor 10 Uhr rückten dann Abordnungen der SA und SS mit Plakaten an, die vor den Geschäftslokalen und auch vor den Häusern dreier hiesiger Ärzte und eines Rechtsanwaltes Aufstellung nahmen. »Deutsche, kauft nicht bei Juden«, »Ein Schuft, wer in einer jüdischen Ramschbude noch etwas kauft«, »Vertraut fremdrassigen Juden eure Gesundheit nicht an« war auf den Plakaten zu lesen...*

Samstag, 1. 4. 1933: *Aufruf der NS-Frauenschaft an die deutschen Frauen... Deutsche Frauen! Laßt die Person des Juden unbehelligt! Tastet seinen Besitz nicht an! Aber streicht ihn durch euer Verhalten aus der Gemeinschaft des deutschen Volkes.*

1 Hofer, Walther, Der Nationalsozialismus, S. 283.

Verfemt sei unter uns die deutsche Frau, die dieses Gebot der Selbstbehauptung des deutschen Volkes übertritt, die heute oder in Zukunft noch bei den Juden kauft! . . .

Ebenfalls der Ludwigsburger Zeitung vom Samstag, 1. 4. 1933 ist folgende Anzeige entnommen, die in der Größe einer halben Zeitungsseite aufgemacht war:

Unsere Antwort auf die Greuelpropaganda! Das Aktionskomitee für Ludwigsburg hat als vorläufige Maßnahme beschlossen, den Boykott jüdischer Geschäfte, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte durchzuführen.

Jeder Deutsche, ob Mann oder Frau, dem die Ehre des deutschen Volkes und das Wohl der in der Exportindustrie beschäftigten Arbeiter am Herzen liegt, meidet ab Samstag, den 1. April 1933, vormittags 10 Uhr das Geschäft, die Praxis, das Büro folgender Juden in Ludwigsburg:

Geschäfts- und Warenhäuser:

*Ebstein, Wilhelmstraße
Schuhhaus Katz, »im Zentrum« Körnerstraße
Warenhaus Stern, Körnerstraße
Einheitspreisgeschäft Wohlwert, Kirchstraße
Warenhaus Gebrüder Grumach, Wilhelmstraße
Laupheimer, Holzmarkt
Schylit, Hospitalstraße 37*

Pferdehändler:

*Strauss, Seestraße
Neuburger, Leonbergerstraße 18
Beretz, Leonbergerstraße 17
Marx, Alleenstraße 4*

Ärzte:

*Dr. Pintus, Mathildenstraße 6
Dr. Elsas, Aspergerstraße 28
Dr. David Schmal, Mathildenstraße 12*

Rechtsanwalt:

R. A. W. Schmal, Myliusstraße

(Diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. – Nicht die Konfession, sondern die Zugehörigkeit zur jüdischen Rasse ist ausschlaggebend).

Dem Juden darf auch weiterhin kein Haar gekrümmt werden, er muß an seiner empfindlichsten Stelle, dem Geldbeutel getroffen werden. Ein Verräter an der nationalen Revolution, der noch einen Pfennig zum Juden trägt!

Samstag, den 1. April, nachmittags 5 Uhr große Protestkundgebung auf dem Marktplatz.

Redner: M. d. L. Reiner, Ludwigsburg

Vorher Marsch der SA, SS und HJ durch die innere Stadt – Lautsprecherübertragung. Kampfspenden werden Mathildenstraße 21 entgegengenommen.

NSDAP

Der Kampfausschuß

Aus diesem Boykottaufruf ergaben sich notwendigerweise Konsequenzen. Viele der jüdischen Menschen waren 1933 zwar noch geneigt, die Ausschreitungen nach der *Machtübernahme* für eine vorübergehende Erscheinung zu halten, und hofften, daß auch für sie sich das Leben bald wieder normalisieren würde. Viele von ihnen glaubten, als sicher annehmen zu dürfen, daß der Radikalismus unter dem neuen

Regime sich alsbald legen würde, oder daß er die Unfähigkeit der Nationalsozialisten – die sich damals noch in der Minderheit befanden – zu regieren, offenbaren würde.

Einzelne Weitblickende sahen allerdings bereits in jenen Tagen das Signal für eine Auswanderung gegeben. Andere zogen ihre Konsequenzen, wie der zu dieser Zeit 75jährige Fabrikant Max Elsas, ein Mann, dem die Ludwigsburger Zeitung am 9. 3. 1928 anlässlich seines 70. Geburtstages bestätigte, er gehöre einer *alteingesessenen Familie* an, in der *Charakterfestigkeit zum Familienerbteil* geworden sei. Für diese Charakterfestigkeit zeugt auch die Haltung, die aus folgender Zeitungsnotiz ersichtlich wird.

Ludwigsburger Zeitung, 3. 4. 1933: *Rücktritt aus öffentlichen Ämtern. Fabrikant Max Elsas hat mit sofortiger Wirkung die Tätigkeit als Mitglied der Handelskammer niedergelegt und ist aus der Kammer ausgetreten. Außerdem hat Fabrikant Elsas den Vorsitz des Ortsausschusses der Angestelltenversicherung niedergelegt.*

Das, was die jüdischen Menschen jener Zeit dachten und fühlten, mögen wieder einige Stellen aus den Briefen von Emigranten deutlich machen:

Herr W. schreibt: *Wir deutschen Juden sahen mit Angst und Schrecken diese Entwicklung, aber nie im Traum hätten wir daran gedacht, daß in einem zivilisierten Deutschland, einem Land des Goethe, Schiller, Beethoven und Schubert das möglich wurde, was nun eines Tages geschah. Wir deutschen Juden hatten zu viel Vertrauen in Deutschland und glaubten mit geistigen Waffen blutigen Terror bekämpfen zu können. Wir blieben und blieben viel zu lange.*

Erst nach dem ersten April, dem Boykott-Tag, wurde mancher wach, aber es war sehr schwer, auszuwandern, wenn man nicht wußte, wohin. Die Lügenpropaganda, täglich über alle Sender ausgestrahlt, begann auch schon im Ausland ihre Wirkung zu tun. Wir Juden wußten es am besten, wie schamlos Hitler und seine Spießgesellen logen, aber wenn ich noch ganz im Geheimen meinen christlichen Freunden etwas davon sagte, glaubten sie mir nicht mehr . . .

Frau M.: *. . . Natürlich war die Machtübernahme durch Hitler das Hauptgesprächsthema von uns Juden, denn er hatte ja seit Jahren seinen Haß und Vernichtungswillen gegen uns geprägt. Allerdings war im Jahre 1933 keinem von uns die wahre Tragweite bewußt, die das NS-Regime für uns hatte. Unser Leben ging zunächst in seinen alten Bahnen weiter . . . Bei jeden neuen Maßnahmen gegen die Juden kamen wir natürlich zusammen, und jeder erzählte, wie weit er davon betroffen war. Keiner von uns hatte je an dem Verantwortlichkeitsgefühl des deutschen, anständigen Menschen gezweifelt. Wir nahmen als Propaganda der Nazis, was denen bitterer Ernst war. Als die Nazi-Gesetze immer schlimmer wurden, sahen wir endlich ein, daß es für uns in Deutschland keine Bleibe mehr gab . . .*

Frau K.: *. . . Wir hatten ein Geschäft in . . . Aussteuer- und Manufakturwaren, welches auch immer sehr gut ging bis 1933. Da wir gleich von Anfang an sehr boykottiert wurden, haben wir es schon sehr bald verkauft. Mein Mann hat dann noch bis 1936 von . . . aus sein Reisegeschäft von der Wohnung aus betrieben. Leider wurde uns dann auch die Wohnung gekündigt, wir konnten in . . . wegen unserer Abstammung keine Wohnung mehr bekommen und so sind wir bis 1938 in Ludwigsburg wohnhaft gewesen . . .*

Trotz aller Parteischikane hatte der Boykottaufruf in Ludwigsburg doch nicht den von den Nationalsozialisten gewünschten Erfolg. Jedenfalls beklagte 1936 die nationalsozialistische Zeitschrift »Flammenzeichen«, daß es noch viele verblendete Volks-

Württ. Innenministerium.
Württ. Politische Polizei.

1/9

Stuttgart, den 19. September 1933.

Nr. P. F. 2401/95.

An die Oberämter,
die staatlichen Polizeiamter,
die Kreisleitungen und
die Gauleitung der NSDAP. in Stuttgart.



Betreff: Judenfrage.

O Beil.

Nach dem 5. März 1933 hatte sich das Innenministerium - Württembergische Politische Polizei - wiederholt damit zu beschäftigen, welche Stellungnahme der Frage der Boykottierung bzw. des Eingehens von Geschäftsbeziehungen mit nicht- arischen oder nicht rein arischen Firmen in Deutschland durch deutsche Abnehmer entgegengebracht werden soll.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine rein wirtschaftliche Angelegenheit, die die Politische Polizei nicht unmittelbar berührt.

Jeh möchte aber nicht verkümmern, darauf hinzuweisen, daß das Reichswirtschaftsministerium eine Unterscheidung zwischen arischen und nichtarischen oder nicht rein arischen Firmen innerhalb der Wirtschaft, insbesondere bei dem Eingehen geschäftlicher Beziehungen nicht für durchführbar hält. Eine solche Unterscheidung mit dem Zwecke der Boykottierung nichtarischer Firmen müsste notwendig zu erheblichen Störungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues führen, da ungünstige Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt durch Betriebseinschränkungen der von dem Boykott betroffenen Firmen und nachteilige Folgen für die Lieferanten dieser Firmen und deren Arbeitnehmer unvermeidbar wären.

Vom politisch-polizeilichen Standpunkt aus bin ich mit dem Reichswirtschaftsministerium der Auffassung, daß keine Veranlassung besteht, gegen eine Firma vorzugehen, solange ihre Inhaber nicht gegen gesetzliche Vorschriften oder gegen die Grundsätze der kaufmännischen Ehre verstoßen.

Jeh möchte nicht verkümmern, von diesem Standpunkt Nachricht zu geben.

Der Leiter
der Württ. Politischen Polizei

H. Mattinger

Z. d. A.
Heidenheim, *M. H.*
Oberamt.

2

1111

Erlaß des Württ. Innenministeriums/Württ. Politische Polizei betr. Judenfrage
vom 19. September 1933

genossen gebe, die in jüdischen Geschäften einkauften.¹ Wirksamer als die nationalsozialistische Propaganda war zu dieser Zeit noch die Tatsache, daß die Leute die jüdischen Geschäfte kannten und dort gut bedient wurden.

Hart waren gleich von Anbeginn des Boykotts die Pferde- und Viehhändler betroffen. Die Viehhändler kauften in den Dörfern gegen bares Geld bei den Bauern Vieh ein. Viele der Bauern, an die sie das Vieh weiter verkauften, waren arm und konnten die Kaufsumme nicht sofort begleichen. Manche zögerten in dieser Zeit auch bewußt, weil sie hofften, das judenfeindliche Regime würde ihre Schulden niederschlagen. Diese Spekulationen erwiesen sich in einigen Fällen als richtig; die Nationalsozialisten erhofften sich auch durch diese Machenschaften unter den Bauern Anhänger zu gewinnen.

Frau N. schrieb dazu: ... *Wir lebten nur einige Jahre in Ludwigsburg, wo wir hinzogen, nachdem in dem kleinen Dorf, wo wir wohnten, großer Antisemitismus begann. Mein Mann wollte nicht daran denken, Deutschland zu verlassen, er hatte vier Jahre für sein Vaterland an der Front gekämpft und war noch ein Jahr in englischer Gefangenschaft und wollte nicht glauben, daß man uns raustreiben würde, bis eines morgens im Juni 1936 mein Mann, er war Viehhändler, in seine Stallung nach Vaibingen a. d. E. kam, die braunen Männer von Hitler vor der Stallung standen und ihm erklärten, er dürfe kein Vieh mehr verkaufen...*

Herr A.: ... *Ich war Besitzer des Grundstückes... in Ludwigsburg und betrieb da ein Pferdegeschäft. In der Hauptsache importierte ich die Pferde aus Holland und vor allem aus Belgien. Als man mir die Importquote kürzte und hernach ganz verweigerte, weil ich Jude bin, war mein Lebenswerk vernichtet, so daß ich ans Auswandern denken mußte...*

Alle diese Unrechtsmaßnahmen wurden als Antwort gegen die ausländische jüdische Greuelhetze deklariert.

Herr E. schreibt: ... *Die Zeitungen brachten täglich erfundene oder sehr aufgebauschte Verbrechen der Juden und betonten immer wieder, daß es Juden waren. Es sollte so aussehen, als wenn alle Juden Betrüger seien, als ob alle Juden Frauen vergewaltigten, usw. ...*

Dazu ein Artikel der Ludwigsburger Zeitung vom 22. Juli 1935: ... *Der Jude in der deutschen Kriminalität...* In ihm wurde von einer Pressekonferenz berichtet, die Generalleutnant Daluege, Befehlshaber der Polizei, ausländischen Pressevertretern gab. Er legte den Juden Versicherungsschwindel, Rauschgiftsmuggel, Taschendiebstahl, Teilnahme an verbotenem Glücksspiel usw. zur Last.

Eine Anordnung der Parteileitung der NSDAP vom 28. März 1933 hinsichtlich der Pressekampagne sah folgendermaßen aus: ... *Die Aktionskomitees überwachen auf das schärfste die Zeitungen, inwieweit sie sich an dem Aufklärungsfeldzug gegen die jüdische Greuelhetze im Ausland beteiligen. Tun Zeitungen dies nicht, oder nur beschränkt, so ist darauf zu sehen, daß sie aus jedem Haus, in dem Deutsche wohnen, augenblicklich entfernt werden. Kein deutscher Mann und kein deutsches Geschäft soll in solchen Zeitungen noch Annoncen aufgeben. Sie müssen der öffentlichen Verachtung verfallen, geschrieben für die jüdischen Rassegenossen, aber nicht für das deutsche Volk...²*

¹ Sauer, Dokumente Bd. 1, S. 211

² Hofer, S. 283

Einerseits versuchte das Regime zu dieser Zeit bereits mit unvorstellbarem Radikalismus die Existenz der jüdischen Bürger zu zerschlagen, andererseits aber war die Leitung der NSDAP noch bestrebt, dem Ausland gegenüber das Image zu wahren; dazu folgende Anordnung:

... Die Aktionskomitees haben weiterhin die Aufgabe, daß jeder Deutsche, der irgendwelche Verbindung zum Ausland besitzt, diese verwendet, um in Briefen, Telegrammen und Telephonaten aufklärend die Wahrheit zu verbreiten, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung herrscht, daß das deutsche Volk keinen anderen Wunsch besitzt, als in Frieden... mit der anderen Welt zu leben, und daß es den Kampf gegen die jüdische Greuelhetze nur führt, als reinen Abwehrkampf...¹

... Die Unterdrückungs- und Diskriminierungsmaßnahmen in der Anfangsphase der Nationalsozialistischen Judenverfolgungen... zeigen, wie wenig man noch 1935 zu einer klaren Konzeption hinsichtlich der »Lösung« der Judenfrage gelangt war und wie sehr NSDAP und Gestapo in der Frage der einzuschlagenden Methoden differierten... Das stufenweise Vorgehen, in dem sich Gewaltakte und Terror mit Pseudolegalität paarten, lag jedoch ohnehin in der Linie der gewohnten Manövertaktik der Nationalsozialisten... Die Fiktion der Legalität und dessen, was man in einiger Unverfrorenheit den »nationalen Rechtsstaat« nannte, wurde indessen durch die mutwilligen, im Grunde jedoch ziellosen Aktionen der SA- und NSDAP-Funktionäre bedenklich in Frage gestellt, und die Prestigeempfindlichkeit, die man in diesem Punkte immer wieder bewies, rief in zunehmendem Maße die Bemühungen auch der obersten Dienststellen der Partei hervor, die gewaltsamen Übergriffe gegen Juden einzuschränken... Entscheidend war die Überlegung, daß hierdurch die tatsächliche Ausscheidung der Juden erschwert und ein unnötiger Prestigeverlust hingenommen wurde. Derartiges ließ sich viel »fachmännischer« und reibungsloser abwickeln. Für die Repräsentanten des Polizeistaates war es ein abwegiger Gedanke, durch die Vortäuschung spontaner Aktionen die Masse des Volkes gegen die Juden einnehmen und sie dadurch indirekt dem Regime verbinden zu können – sie steuerten bewußt, wenngleich ohne klaren Plan auf diejenige »Lösung« der Judenfrage hin, welche in der damaligen Situation allein als gangbar schien: die möglichst rasche und vollständige Auswanderung der deutschen Juden...²

d) Erste Auswanderungen

Trotz der Boykottierung, trotz der Ausschreitungen, von denen die jüdischen Menschen in diesen Tagen betroffen waren, zogen nur ganz wenige den uns Heutigen als einzig möglich erscheinenden Schluß aus der mehr als bedrohlichen Situation: Auswanderung. Wie sollten sie das damals auch so sehen, wie es uns heute aus der Distanz eines Lebensalters und mit dem Wissen um das infernalische Verbrechen der Führung des deutschen Volkes möglich ist? – Einer der betroffenen Menschen, mit denen ich gesprochen habe, sagte einmal: *Wie hätten die Menschen ahnen sollen, wie hätten sie glauben können, was kommen würde. Man kann es ja heute noch nicht fassen, da man doch weiß, was passiert ist. Man kann das doch heute noch nicht glauben. Seit den Horden des Tschingis Chan hatte Europa so etwas doch nicht mehr erlebt.*

¹ Mommsen, H., Der Nationalsozialistische Polizeistaat und die Judenverfolgung vor 1938, Vierteljahreshefte f. Zeitgeschichte, 1962/1, S. 68 ff.



Neuer Friedhof Ludwigsburg, Jüdischer Teil

Man kann es heute noch nicht glauben, obwohl man ja die Leute aus der eigenen Familie aufzählen kann, die auf grausame Weise getötet wurden.

Sie konnten es nicht glauben, die Menschen. Jeder von ihnen konnte sich mit gleichem Recht Deutscher nennen wie jeder andere Deutsche katholischer oder evangelischer Konfession. Konnten sie doch den Nachweis erbringen, daß Deutschland seit Jahrhunderten ihre angestammte Heimat war.¹ Konnten sie doch über Generationen Verdienste für ihr Land aufzählen. Wußten sie doch, daß sie, daß ihre Brüder oder Väter – teilweise als Offiziere – genau wie andere deutsche Männer an der Front standen, als es im Ersten Weltkrieg galt, das deutsche Vaterland zu schützen. Hatten sie doch in diesem Krieg Auszeichnungen erhalten wie andere deutsche Soldaten auch.

Nur spärlich erhielt ich Auskunft von den wenigen Menschen, die zu jener Zeit emigrierten. Folgende Motive nannten sie:

Herr J.: ... mußte ich wegen meiner jüdischen Rasse unangenehme Bemerkungen einstecken. Wenn ich meinen Wagen an irgendeiner Stelle habe stehenlassen, fand ich

¹ Herr A. schrieb: ... ich besitze eine im besten Deutsch geschriebene Lebensbeschreibung meines Ururur-Großvaters mütterlicherseits aus dem Gebiet zwischen Ulm/ Kempten stammend, derzufolge die Familie schon 1740 herum in dieser Gegend dauernd ansässig war. Dies zum Hinweis auf die »entwurzelten« »landfremden« Juden!...

nachher am Wagen eine Anschrift wie »Juda verrecke« – Fahre nach Palästina« usw. ... Sie fragen mich, warum ich schon im Jahre 1933 emigrierte: Ich will Ihnen auf diese Frage antworten. Die Polizei brachte mich auf diese Idee, vielmehr, man ließ mich zur Polizei kommen und dort wurde mir unterbreitet – ich müsse Ludwigsburg innerhalb von 7 Tagen verlassen, weil mir der weitere Aufenthalt nicht mehr genehmigt wird. ...

Herr J. stammte aus dem Baltikum; seit 1925 hatte er in Ludwigsburg gemeinsam mit einem »arischen« Freund ein gutgehendes Geschäft; er war einer der ersten Emigranten. Im Frühjahr 1933 verließ er Deutschland.

Herr L. schrieb: *Mein Vater, ein kluger und sehr voraussehender Mann, fühlte schon 1931, daß kein Platz für uns war in Deutschland. ...*

Auf Initiative seines Vaters ging dieser Mann rechtzeitig ins Ausland.

Herr A.: ... *Außerdem drängte mein Vater selig, mit kluger Voraussicht schon längst, daß alle seine sieben Kinder mit Familie auswanderten, was glücklicherweise auch allen rechtzeitig gelungen ist, wenn auch nur mit 10 Mark in der Tasche. ...*

Bezeichnenderweise sind die auf die Sicherheit ihrer Kinder so sehr bedachten Väter erst im allerletzten Moment und unter höchster Bedrohung noch aus Deutschland geflohen! *Wie hätten es die Menschen auch glauben sollen. ...*

Frau J.: ... *Mein Mann wurde krank vor Aufregung. ... Wir schrieben dann sofort für eine Bürgschaft nach Amerika, die auch bald eintraf. Es war ein Glück, daß es bevor November 1938 war, so konnten wir uns noch etwas für die Auswanderung ausstatten. Wir kamen im August 1937 mit 37 Dollar hier an. ...*

Am 7. April 1933 erließ das NS-Regime als eines der ersten Gesetze das *Gesetz zur Wiederherstellung des deutschen Berufsbeamtentums* mit seinem Arierparagrafen. Man begann, Tausende von tüchtigen und völlig loyalen Menschen schlagartig ihrer wirtschaftlichen Existenz zu berauben. Im Zusammenhang mit diesem Gesetz wurde in Ludwigsburg am 6. 9. 1933 eine durch lange Dienstjahre bewährte Beamtin ohne Anspruch auf Ruhegeld entlassen, obwohl das zuständige Ministerium protestierte und sie zu halten versuchte. Sie emigrierte und kam nach dem Krieg nach Deutschland zurück – ... *In den ersten Jahren [nach dem Krieg,] schien mir die Arbeit ... sinnvoll zu sein. Später änderte ich meine Ansicht. Ich sah, daß Deutschland nicht der Platz – jedenfalls noch nicht der Platz – für jüdische Menschen war. ...* – Heute lebt sie, die Tochter eines Ministers aus der Weimarer Zeit, hochbetagt, als einzige Überlebende ihrer Familie in Stuttgart. Sie bat, nicht näher auf ihre Person einzugehen.

Dr. med. Elsas wurde im Juli 1933 im Zusammenhang mit dem *Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums* die Kassenzulassung entzogen; außerdem wurde er seiner Funktion als Vertrauensarzt für die Krankenkassen und als Gutachter für die Landesversicherung enthoben.

e) Diffamierende Presseveröffentlichungen

Welche Auswüchse die Veröffentlichungen der »Stürmer«-Presse zeitigten, kann an einem Artikel – (man ist geneigt, »Pamphlet« zu schreiben) – gezeigt werden. Fassungslos steht man als junger, in einer rechtsstaatlichen demokratischen Ordnung aufgewachsener Mensch vor solchen Auswüchsen – und es waren ja noch die geringeren. Verstanden es die Menschen – gemeint sind nun nicht die unmittelbar betroffenen – nicht, was da geschah? Oder wollten sie es nicht verstehen? Nach den Maßstäben, die uns heute zur Verfügung stehen, muß man annehmen, man hätte

solches Unrecht weder hinnehmen können, wenn es die eigene Person betroffen hätte, noch, wenn es einem als Unrecht gegen einen Zweiten oder Dritten zur Kenntnis gelangt wäre.

Aber *Der Stürmer* soll sprechen (Juli 1933, Nr. 28/1933): ... Ganz mißliebige Erscheinungen in den Straßen unserer Stadt sowie den Freibädern der Umgebung sind die Sprößlinge der verschiedenen Judenfamilien K. Diese Burschen machen sich mit Vorliebe an deutsche Mädchen heran. Besonders auffällig treiben es die Judenbengel B. K., ... straße (Auto III D 6905), und F. K., ... straße (Auto III D 8006). Man kann sie oft beobachten, wie sie mit ihren Judenautos ihre Freundinnen erwarten und alsbald mit denselben davon fahren. Man muß annehmen, daß diese »Damen« keine Ahnung von der Judenfrage haben. Allerdings sollte man dies heute kaum mehr für möglich halten. Was versprechen sich denn diese Frauenzimmer von ihren Judenfreundschaften. Die Namen der betreffenden Mädchen sind bekannt. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, denselben klar zu machen, daß es eine Schande für ein deutsches Mädchel ist, wenn es sich heute noch mit Judenbengeln einläßt. Andernfalls werden ihre Namen öffentlich im »Stürmer« angeprangert. Den Judenbuben sei geraten, in Zukunft ihre Judenweiber spazieren zu führen und ihre Dreckfinger von deutschen Mädchen zu lassen. Die Zeiten sind ein für allemal vorbei, wo sich der Jude alles erlauben zu können glaubte. Auch hier in Ludwigsburg befinden sich Männer, die den Judenbuben das Handwerk legen werden ...¹

Der Vater des einen betroffenen, aus einer sehr angesehenen Familie stammenden jungen Mannes, war als Offizier im Ersten Weltkrieg gefallen; seine Mutter starb in einem Konzentrationslager des Ostens.

Wie sehr auch kirchliche Kreise infiziert und zu einem Kniefall vor der herrschenden Macht bereit waren, zeigt die Stellungnahme eines offiziellen Vertreters des Christentums in aller Deutlichkeit:

Am 4. 3. 1935 berichtet die Ludwigsburger Zeitung: Vortrag von Prälat Böhringer – Die verborgene Herrlichkeit der Bibel – Erster Vortragsabend der Kirchlichen Woche Ludwigsburg ... Bezeichnenderweise hat in unserer Zeit die geistige Auseinandersetzung innerhalb der Kirche mit einem Angriff auf die Bibel, besonders auf das »jüdische« Alte Testament begonnen! Wir haben zwar keinen Anlaß, den jüdischen Geist irgendwie in Schutz zu nehmen, aber all unser Widerspruch gegen die jüdische Rasse ändert nichts an der Tatsache – und mag sie auch noch so anstößig sein – daß es Gott gefallen hat, ausgerechnet dem jüdischen Volk seine ersten höchsten Offenbarungen zu schenken ...

2. Vom Reichsparteitag der Freiheit bis zur Kristallnacht

Dem Reichsparteitag der Freiheit, auf dem am 15. September 1933 die berüchtigten Nürnberger Gesetze verkündigt wurden, die Gesetze, in deren Ausführungsbestimmungen u. a. am 14. 11. 1935 definiert wurde, was Hitler und seine Gesellen unter einem *Juden* verstanden wissen wollten, ging ein in der Judenpolitik verhältnismäßig ruhiges Jahr 1934 voraus. In der Presse jedenfalls erschien kaum einmal eine Notiz. Erst ab Mai, Juni 1935 ging wieder eine auffallende antijüdische Kampagne los.

1 Sauer, Dokumente, Bd. 1, S. 18

a) Eine Tag- und Nachtpropaganda – Die Ludwigsburger Zeitung, ein Spiegelbild

1. 7. 1935: Dr. Goebbels in Berlin: ... in der Durchführung unseres Programmes sind wir ganz naturgemäß gezwungen gewesen, uns mit allen Gegebenheiten auseinanderzusetzen ... Manche glauben, wir sähen nicht, wie heute auf den Straßen das Judentum versucht, sich wieder breit zu machen, und wie die bürgerlichen Intellektuellen sich anschicken, ihnen Hilfsbruderschaft zu leisten ... Der Jude hat sich gefälligst den Gesetzen der Gastfreundschaft anzubequemen und nicht so zu tun, als wäre er unseresgleichen ...

24. 7. 1935: Gauleiter Streicher zur Judenfrage: ... weil wir die Judenfrage als Weltfrage erkannt haben ... wir in Nürnberg haben die Juden von den Deutschen scharf getrennt ... zwangsläufig müssen in absehbarer Zeit Gesetze kommen, die das Judentum in die Schranken zurückweisen, in die es gehört ...

26. 7. 1935: 15jähriger Rasseschänder [in Berlin]

26. 7. 1935: Hessischer Jude als Registermarkschieber

29. 7. 1935: Münchner Rasseschänder in Schutzhaft

5. 8. 1935: Dr. Frick über aktuelle Fragen: Die Judenfrage wird langsam aber sicher gelöst werden, wie es das Programm der NSDAP vorsieht. Sie wird vollkommen legal gelöst werden, und ich möchte ausdrücklich warnen vor wilden Einzelaktionen, die uns nur schädigen und den Erfolg gefährden können ...

6. 8. 1935: Daluge: Unsere Einstellung gegenüber dem Judentum war seit Anbeginn des nationalsozialistischen Kampfes über Deutschland und heute nach Erringung der Macht durch die nationalsozialistische Bewegung unabänderlich! Die Einstellung zum Judentum ist ein Teil unserer nationalsozialistischen Weltanschauung. Die gesetzlichen Maßnahmen, die sich zwangsläufig aus dem Bekenntnis des deutschen Volkes zu den Bindungen der Rasse ergeben, werden dem Judentum die Grundlage jeder heutigen und jeder zukünftigen Vormachtstellung entziehen ...

16. 8. 1935: Gauleiter Streicher: ... Die schwersten Aufgaben in der Judenfrage beginnen erst ... Die Geschichte zeigt, daß jedes Volk, das den Juden als Gleichberechtigten bei sich aufnimmt, früher oder später an dem jüdischen Gift zwangsläufig zugrunde geht ... Bolschewismus ist radikale Judenherrschaft! ... Die größte Schande in Deutschland war jene Zeit, in der Juden es wagen durften, das deutsche Volk nach Talmud'schen Gesetzen zu regieren. Damals wurden dem deutschen Menschen alle Ersparnisse weggenommen, die ihm einmal ein sorgloses Alter schaffen sollten ... Durch den Kampf des Nationalsozialismus gegen das Judentum wird das deutsche Volk erlöst werden von einer Rasse, die ewig den Mord von Golgatha auf der Stirn trägt ...

Am 2. August 1935 erschien folgende Notiz in der Ludwigsburger Zeitung: Eheschließung mit Nichtariern. In der Bevölkerung ist in letzter Zeit die Meinung vertreten worden, die Standesämter würden auch heute noch Eheschließungen zwischen Vollariern und Volljuden vornehmen. Dies trifft selbstverständlich nicht zu ...

Zu diesem Zeitpunkt war in der Rassenfrage noch kein Gesetz erlassen, das die Grundlage für eine derartige Handhabung hätte bilden können. Also handelte es sich eindeutig um eine willkürliche Maßnahme – auch hier muß man wieder fragen, warum nahm man solches Unrecht hin? Es gab doch Leute, die von ihrem Beruf und ihrer Bildung her kompetent waren, eindeutig zu erkennen und zu erklären, hier endet das Recht und hier beginnt das Unrecht. Und sicherlich gab es unter ihnen Regimegegner

und solche, die die Machenschaften längst durchschaut hatten. Warum schwiegen diese Leute?

4. 9. 1938: ... *Eine rassenpolitische Kundgebung der SA-Sanitätsstandartenführer Dr. Bütner behandelte das Thema »Das Gastvolk der Juden – ein Parasit im Volkskörper«. Er erklärte, daß das jüdische Volk Eigenschaften besitze, die es absolut untauglich dazu machten, mit anderen Völkern zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten. Es sei ein parasitäres Volk. Ihm fehle, was im Leben der Menschen nötig sei, damit Völker nebeneinander arbeiten könnten: Das Ehrgefühl, das Gefühl der Treue und jedes Verständnis für die Lebensbedürfnisse und Lebensnotwendigkeiten anderer Völker ... Die Gesetzgebung des Reiches werde zu verhindern wissen, daß Juden unser Volk ausplündern ...*

Aufschlußreich ist es, daß all diese Angriffe in der Ludwigsburger Zeitung weit hergeholt sind. In keinem einzigen Fall in all diesem Jahren konnte die Zeitung berichten: *Der jüdische Kaufmann X hat sich hier in Ludwigsburg konkret das oder das zu schulden kommen lassen.* Immerzu wurde mit Allgemeinplätzen operiert. Tatsache ist, daß während der Jahre von 1928 bis 1942 in Ludwigsburg kein Fall bekannt wurde, in dem ein jüdischer Bürger das Recht verletzt, das Gesetz übertreten hatte.

Diese Auszüge aus der Ludwigsburger Zeitung, der Zeitung, die in jenen Jahren die öffentliche Meinung in Ludwigsburg maßgeblich mitbestimmte, sollen das geistige Milieu ahnen lassen, in das die *Nürnberger Gesetze* gestellt wurden. Diese Gesetze konnten dem jüdischen Menschen jener Tage kaum neues Leid zufügen. Kodifiziert wurde darin das Verbot der Eheschließung zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes, das Verbot außerehelichen Geschlechtsverkehrs der genannten Personengruppe, das Verbot, daß Juden weibliche Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren nicht mehr anstellen durften, das Verbot, die Reichs- und Nationalflagge zu hissen. Allerdings wurde dies längst praktiziert und war unter brutalster Willkür bereits zum Gewohnheitsrecht geworden.

Zunächst erhoffte man sich jüdischerseits sogar noch von dieser Gesetzgebung eine Eindämmung der bis dahin an der Tagesordnung gewesenen Willkürmaßnahmen, denn *jeder Gauleiter machte sich seinen eigenen Judenbegriff und debte ihn nach seinem Belieben vom Voll- bis zum Achteljuden aus.*¹

Aber diese Hoffnung erwies sich nicht als begründet, im Gegenteil, die Nürnberger Gesetze bildeten den Auftakt zu weit Schrecklicherem.

b) Auswanderungen

Noch immer zögerte ein großer Teil der jüdischen Bevölkerung Ludwigsburgs, doch wanderten in diesen Jahren

1935	1936	1937	
7	11	22	Menschen aus.

Die Auswanderungsbedingungen wären zu dieser Zeit noch von vielen Menschen erfüllbar gewesen. Verschiedene Länder hatten zwar ein *Landegeld* festgesetzt, so

¹ Lösenner, Bernhard, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 9, 1961/3, S. 278

Australien, Neuseeland, Palästina. Die USA hatte für jeden Staat eine Einwanderungsquote festgelegt und die Zahl der Einwanderer für jedes Konsulatsgebiet beschränkt. Stuttgart stand die Quote von 6000 Personen pro Jahr zur Verfügung. Außerdem verlangten die USA von jedem Einwanderer ein *Affidavit*, eine von einem amerikanischen Staatsbürger zu leistende Bürgschaft.

Die Schweiz nahm keine Emigranten auf, jedoch wurde den Emigranten ein Zwischenaufenthalt bis zu einer endgültigen Auswanderung ermöglicht. Genauso verhielten sich England, Frankreich und Holland.

Es waren vor allem junge Menschen, die den Impetus hatten, Deutschland zu verlassen. Die Juden der älteren Generation sahen sich den Strapazen einer Auswanderung nicht mehr gewachsen. Zudem hing sie – wenigstens zu diesem Zeitpunkt noch – an ihrer angestammten Heimat, an Grund und Boden, an ihren Freunden, an der Tradition, der sie sich verbunden fühlten, an den Grabstätten ihrer Angehörigen. Diese Bindungen waren in den Jahren 1935, 1936, 1937 noch stärker als die von ihnen erkannte Bedrohung.

Am 6. 3. 1938 schreibt die Ludwigsburger Zeitung: *... Im Jahre 1937 hat die Zahl der Personen, die sich in Württemberg Pässe für eine dauernde Übersiedlung ins Ausland haben ausstellen lassen... zugenommen... Diese Zunahme ist auf die erhöhte Zahl der auswandernden Juden zurückzuführen...*

Zu dieser Zeit Ausgewanderte schreiben heute wie folgt: Herr L.: *... Während der Hitlerzeit wurden wir in Ludwigsburg körperlich nicht belästigt. Andere jüdische Mitbürger waren nicht so glücklich. Nur vor der Auswanderung machten die Stuttgarter Behörden Schikanen und der Fachbearbeiter der Devisenbehörde – nachdem er keine ungesetzlichen Handlungen finden konnte – benahm sich in einer beleidigenden, unwürdigen und schmutzigen Weise... November 1937 wanderten wir aus...*

Herr J., der 56jährig auswanderte, schreibt noch heute: *... Dies kann natürlich den Schmerz an dem Verlust meiner Lieben und meiner Heimat nicht ausgleichen...*

Herr L.: *... Aber dieses kann nicht die Erniedrigung, die wir erlitten, auslöschen oder mildern. Und Tote bringt's nicht zurück...*

Herr E.: *... und verließen Deutschland 1937 um uns in Kolumbien anzusiedeln. Hier wurden wir freundlich aufgenommen. Wenn wir auch im Anfang kaum das tägliche Brot verdienten, so waren wir doch frei. Allmählich lernten wir Land und Leute kennen und die Landessprache; wir fühlten uns zu Hause und alles wurde leichter...*

Herr E., ein heute über 50 Jahre alter Herr – ihm war durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums nicht möglich, seinen Beruf auszuüben – *... So lebten wir drei jüdischen Studenten in... ganz isoliert, denn die anderen Studenten wollten nicht mit uns sprechen und fürchteten, als Judenfreunde zu erscheinen. Im Juli 1933 legten wir die Referendarprüfung ab, und einer der Professoren war sogar bereit, noch im Oktober meine Doktordissertation anzunehmen... ich begann dann im November 1933 in einer Feinmechanischen Werkstätte in... zu arbeiten... Ich wanderte im März 1935 nach dem damaligen Palästina aus, wurde Mitglied des Kibuzzes...*

Heute, 58jährig, unterzieht er sich in Tel-Aviv dem zweijährigen Vorbereitungsdienst der Juristen, um am Abend seines Lebens als Rechtsanwalt arbeiten zu können!

Telefonnummer: 3732.
Sch. Stuttgart 12461.

J

Der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg	
Eingeg. am 29. NOV. 1937 *	
Stadtkant: <i>J</i>	

Betr. *Auftrag über Fallpflicht.*

Beil. *1,*

Dies Ihnen mitgeteilt,
sind bekanntlich in der
Kauf vom 1. zum 2. Nov
an der Synagoge an 15 große
Kleingläser von 1. 86 Liter
eingeschlagen worden.
Diese Festsetzung war durch
schlichte, daß infolge der
stärkeren Anwesenheit am
Synagogeneingang der jän-
nigen Tage auftritt war.

Ablösung!

*Können Sie mich mit der
Einsparung unterstützen?*

H

Da die kleinen für
Gemeinde durch Käufer
eingeschlagen von vielen
gaben, daher, volatilen
wie nur die Aufgabe,
ob nicht in diesem
Fall von 1/2. Nov. die Kauf
eine Fallpflicht an:
notwendig.

*an die
Hauptgemeinde*

fix.

*Hr. Vorsteheramt
J. Greibamer
Meyer.*

Der Oberbürgermeister
der Stadt Ludwigsburg

1. Dez. 1937

P.

An das

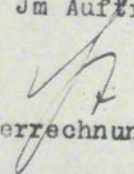
Jsr. Vorsteheramt

Ludwigsburg.

Beschädigungen der Synagoge.
Jhr Schreiben vom 29. 11. 1937.

Die Anerkennung einer Haftpflicht kommt nicht
in Frage.

Jm Auftrag:


Oberrechnungsrat.

Rep.

Entw. erl. 1.12.37/w1.

c) Schriftwechsel: Jüdische Kultusgemeinde–Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg

Wie öffentliche Ämter im Jahre 1937 mit jüdischen Menschen umzugehen pflegten, möge eines der wenigen aus dieser Zeit erhaltenen Schriftstücke erläutern.

Das *Israelitische Vorsteheramt* Ludwigsburg wandte sich am 29. 11. 1937 mit einem Schreiben an die Stadt Ludwigsburg, weil in der Synagoge 15 große Bleiglasfenster mit insgesamt 86 Scheiben eingeschlagen worden waren. Das Vorsteheramt bat, daß die Stadt Ludwigsburg eine Haftpflicht anerkenne, da das Einschlagen dadurch erleichtert war, daß zur Zeit der Beschädigung der Zaun um den Synagogengarten wegen städtischer Baumaßnahmen entfernt war und außerdem *die kleine israelitische Gemeinde durch Fenstereinschlagen schon viele Ausgaben hatte*. Handschriftlich ist auf dem Brief vermerkt: *Ablehnen! Sollen doch eine entsprechende Versicherung abschließen. St.*

Die Antwort auf diesen Brief, geschrieben auf einem Briefkopf *Der Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg* am 1. 12. 1937, beschränkt sich auf den lapidaren Satz *Die Anerkennung einer Haftpflicht kommt nicht in Frage*. Primitivste Regeln der Höflichkeit brauchten im Verkehr mit jüdischen Menschen 1937 nicht mehr beachtet zu werden. Der betreffende Sachbearbeiter konnte sich offenbar mit Sicherheit von seiner vorgesetzten Dienststelle gedeckt fühlen.

d) Diffamierung jüdischer Schulkinder

Im Erziehungswesen erstrebte man gegenüber den jüdischen Schülern zwei Ziele: Einmal wollte man die Trennung gegenüber den anderen Kindern, zum anderen erstrebte man ein Sonderschulwesen. Damit versuchte man den Vorgang der Assimilation rückgängig zu machen und die Juden als eine Sondergruppe darzustellen. Zugleich wollte man die Juden auf eine Mindestausbildung abdrängen.

Ludwigsburger Zeitung, 11. 9. 1935: ... *Ab Ostern 1936 besondere jüdische Schulen ... jüdische Kinder und Kinder, deren einer Elternteil Jude ist, dürfen nur noch diese Schulen besuchen. Dieser Erlaß beweist, daß Deutschland keineswegs geneigt ist, wie ausländische Pressestimmen zu wissen glauben, seinen grundsätzlichen Rassestandpunkt aufzugeben ... Es steht zu hoffen, ... daß zu Ostern 1936 auf dem Gebiet des öffentlichen Volksschulwesens eine möglichst vollständige Trennung zwischen deutschen und jüdischen Kindern durchgeführt ist ...*

Die Behandlung der jüdischen Kinder war verschieden, je nachdem, ob sie Pflicht- oder Wahlschulen besuchten. Nach dem Grundsatz, daß auch jüdische Kinder dem Reichsschulpflichtgesetz unterständen, verweigerte man ihnen den Besuch der Pflichtschulen nicht. Allerdings wurden sie, wenn eigene jüdische Schulen zur Verfügung standen, aus den *arischen* Volksschulen verwiesen. So mußte z. B. die kleine Tochter der Familie Bernhard Elsas, Marie Theres Elsas, als achtjähriges Kind ab 1935 bis zur Auswanderung 1941, und Hannelore Wertheimer, geboren 1926, täglich in die jüdische Volksschule nach Stuttgart fahren.

Bis dahin wurden die jüdischen Schulen meist von Kindern besucht, die sich auch zur jüdischen Religion bekannten. Reichserziehungsminister Rust, der schon 1935 eine Trennung der jüdischen und der deutschen Kinder verlangt hatte,¹ bestimmte

1 Helmreich, Ernst Chr., *Religious Education in German Schools*, Cambridge 1959, S. 200

1936, daß eine solche Scheidung nach Konfessionen vom nationalsozialistischen Staat nicht anerkannt werden könnte und daß eine Trennung nach rassistischen Gesichtspunkten erfolgen müsse.¹ Die Kommunen wurden aufgefordert, Sonderschuleinrichtungen für jüdische Kinder zu schaffen, wenn 20 oder mehr Kinder vorhanden seien. Viele Gemeinden richteten daraufhin Sonderklassen und Schulen ein und meldeten ihre Schulen *judenfrei*.²

Bei den Wahlschulen verfolgte die nationalsozialistische Schulpolitik das Ziel, den Anteil der jüdischen Kinder niedrig zu halten und diese aus der Schulgemeinschaft auszuschließen. Man versuchte grundsätzlich, jüdische Schüler von den Oberschulen abzudrängen. Ihr Anteil bei der Neuaufnahme durfte nicht höher sein, als der Prozentsatz der jüdischen Gesamtbevölkerung; er wurde auf 1,5% festgelegt.³

Parallel zu dieser Einschränkung verlief die Ausgliederung der noch verbliebenen Schüler aus der Schulgemeinschaft. Sie wurden allmählich von den Sonderveranstaltungen der Schule ausgeschlossen. 1934 wurde den Schulleitern freigestellt, die jüdischen Kinder von allen Feiern und Stunden auszuschließen, die der Erziehung zur nationalsozialistischen Weltanschauung und Staatsgesinnung dienen sollten.⁴ Im folgenden Jahr wurden sie auch vom Besuch der Schullandheime ausgeschlossen.⁵ Dagegen wurde den jüdischen Kindern erlaubt, an allen Samstagen und hohen jüdischen Feiertagen vom Unterricht fernzubleiben,⁶ um dadurch ihre Zugehörigkeit zu einer Sondergruppe zu betonen. Jüdische Schüler durften auf Grund ihrer Leistung auch keine Schulauszeichnungen mehr erhalten.⁷

Oskar Elsas, der in der Zeit von 1934 bis 1938 Schüler an der Oberrealschule Ludwigsburg war, und so sämtliche Phasen der Schulpolitik miterlebte, schildert seine Erlebnisse und Eindrücke folgendermaßen⁸:

Im Jahre 1935 begann die Diskriminierung der Kinder, die sich auf zwei Ebenen abspielte:

1. Durch die Klassenkameraden: Oskar Elsas und noch ein zweiter Klassenkamerad waren bis 1938 die einzigen jüdischen Schüler, die in der Ludwigsburger Oberrealschule verblieben. Bis 1934 war das Verhältnis zu den übrigen Klassenkameraden ungetrübt. Ab 1935 gehörten fast alle *arischen* Jungen den nationalsozialistischen Jugendorganisationen, die jüngeren dem Jungvolk, die älteren der Hitlerjugend, an. Durch die Hitlerjugend gedrillt, oder von zu Hause dazu angehalten, verhielten sich die Jungen passiv, behandelten sie wie Aussätzige. Immer weniger wurde mit ihnen gesprochen, man spielte nicht mehr mit ihnen, *und ein Kind muß doch mit Kindern spielen können!* Es ist genau ablesbar, daß den Mitschülern eingepfiff wurde, *mit den Juden habt ihr nichts zu tun!*

1 Hunsche, Klara, Der Kampf um die christliche Schule und Erziehung 1933–1945 in: Kirchl. Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1949, Gütersloh 1950, S. 500f. – Beide Konfessionen versuchten daraufhin, jüdische Kinder ihres Bekenntnisses in Sonderschulen zu erfassen.

2 In Stuttgart wurde 1936 von der jüdischen Kultusgemeinde eine jüdische Volksschule eingerichtet.

3 1. DVO d. Ges. gegen die Überfüllung deutscher Schulen v. 4. 5. 1933, ZBl. 1933, S. 128

4 Erlaß des RMfWEuV vom 21. 8. 1934, ZBl. 1934, 264

5 Erlaß des Bayer. KM vom 31. 7. 1935, ABl. 1935, 233

6 Erlaß d. Preuß. KM vom 16. 3. 1934, ZBl. 1934, 105

7 Klamroth, Kurt, in: Deutsche Schulerziehung, Berlin 1940, S. 96

8 Gesprächsprotokoll

Die Passivität schlug ab 1937, 1938 in Tätlichkeiten um. Auch jetzt kam es nicht zu organisierten Schlägereien, aber es gab die vielen schlimmen kleinen *Kniffe*, die immer mehr überhandnahmen. Zu Klassenausflügen durften die jüdischen Schüler nicht mehr mit, jedoch waren Lerngänge für sie weiterhin verpflichtend. Herr Elsas erinnert sich noch genau an einen Lerngang im Frühjahr 1937. Es hatte noch Frost, Pfützen und kleine Wasser waren zugefroren. Die Eisschicht, die sie bedeckte, war vielleicht 2–3 cm dick. Die 13–14jährigen Mitschüler brachen Eisplatten heraus, die vielleicht 50 × 50 cm groß gewesen sein mögen. Diese zerschlugen sie auf den Köpfen der beiden jüdischen Kinder, *wir kamen an diesem Tage blutend nach Hause*.

Der Klassenlehrer, Oberstudienrat, der die Klasse begleitete, schritt nicht ein. Er drehte sich weg. *Nicht weil er es uns gönnte. Er war kein Antisemit. Er schämte sich. Er war aber auch nicht mutig genug, uns zu beschützen*.

Die Mitschüler, die Kinder, waren aber ein Spiegelbild der Erwachsenen.

2. Durch die Lehrer: Oskar Elsas stellte fest, daß die Gesinnungsskala des Lehrkörpers genau der Zusammensetzung des deutschen Volkes jener Jahre entsprach: Unter den Lehrern gab es Nazis, Demokraten, Feiglinge, Männer, die ihrer redlichen Gesinnung Ausdruck verliehen, und Menschen, die das Geschehen nicht billigten, dem Unrecht aber auch nicht entgegentraten. Herr Elsas erinnert sich, daß sich zwei Lehrer verschiedentlich objektiv äußerten. In einer Heimatkundestunde wurde das Stadtbild von Ludwigsburg behandelt. Der Lehrer erwähnte die Tatsache, daß das vierstöckig gebaute jüdische Kaufhaus Stern an der Ecke Körner-/Aspergstraße (dieses Haus wurde am Kriegsende durch eine Bombe zerstört) nicht in das Stadtbild passe. Darauf ein Schüler: *Das gottverdammte Judenhaus – der Lehrer, nein, das hat damit nichts zu tun, wenn so etwas gebaut wird, muß dazu die Baubehörde ihre Genehmigung geben*.

Etwa im 2. Halbjahr 1936 wurde mittelalterliche Geschichte behandelt. Zu dieser Zeit waren noch nicht alle Bücher im nationalsozialistischen Sinne revidiert. Der Geschichtslehrer (Oberstudienrat, Dr.) befand sich mit seiner Darstellung nicht in Übereinstimmung mit dem Geschichtsbuch. Der Schüler Elsas meldete sich ... *im Geschichtsbuch steht aber doch* ... Auf diesen Einwand kam folgende Antwort: Er solle sofort den Mund halten und es nie mehr wagen, solche Fragen zu stellen. Als Jude sei er sowieso nur als Gast geduldet an einer deutschen Schule ...!

1937 bekam die Klasse einen neuen Deutschlehrer. Er ist überzeugter Nazi. Er fragte in seiner ersten Stunde vor versammelter Klasse, wieso die beiden jüdischen Jungen überhaupt noch am Deutschunterricht teilnehmen würden.

Auf diesen Vorfall hinging Vater Bernhard Elsas erstmals zum Direktor der Anstalt [Oskar Elsas meint auf einen Einwurf, daß er zuhause wohl nie viel erzählt habe: *Ein Junge gibt nicht gerne zu, wenn er ausgestoßen, gehänselt und unterlegen ist*]. Oberstudiendirektor Dr. Maurer – Oskar Elsas beschreibt ihn als einen aufrechten Mann – löste diesen Konflikt auf dem einzigen Weg, auf dem er zu lösen war, so, wie er auch alle weiteren zu lösen versuchte – auf dem legalistischen. Herr Elsas vermutet, daß er den Kollegen darauf hingewiesen habe, daß die jüdischen Kinder dem Reichsschulpflichtgesetz unterständen und daß man ihnen demzufolge dann auch einen erträglichen Schulbesuch ermöglichen müsse. Außerdem vermutet Oskar Elsas, daß der Direktor evtl. noch auf die Familie Elsas hingewiesen haben könnte. Jedenfalls habe der Deutschlehrer die Kinder von da ab *mit Höflichkeit* behandelt!

Im März 1938 rief der Klassenlehrer (Studienrat, Dr.) den Jungen zu sich und

befragte ihn mit vorgetäuschem Wohlwollen *väterlich, freundlich*, warum er denn nicht auswandern würde! (Man versetze sich in die Situation eines Kindes in der damaligen Zeit, das längst nicht so unabhängig war wie unsere heutigen Kinder, das noch an die Autorität des Lehrers glaubte!) Vater Elsas ging daraufhin ein zweitesmal zum Direktor.

Am 13. März 1938, am Tag des Einmarsches der deutschen Truppen in Österreich, gipfelte der Tagesgeschichtsunterricht des gleichen Lehrers in den Worten: *Jetzt ist es in Österreich – Gottseidank – auch aus mit der schwarzen, mit der roten, mit der goldenen Internationalen. Was die goldene Internationale ist, Buben, das wißt ihr . . . das sind die Juden!*

Nach der großen Pause verweigerten die Mitschüler den beiden jüdischen Kindern den Zutritt zur Klasse.

Vater Elsas wurde ein drittes und letztes Mal beim Direktor vorstellig. Dieser beantwortete den Besuch des Vaters schriftlich. Der Antwortbrief lautete zusammenfassend etwa so¹: *Da rechtlich gesehen dem Schulbesuch Ihres Sohnes nichts im Wege steht, werde ich ihn in eine Parallelklasse versetzen. Ob ich ihn dadurch allerdings vor der Willkür seiner Kameraden schützen kann, weiß ich nicht.*

Daraufhin nahm Vater Elsas seinen Sohn aus der Oberrealschule in Ludwigsburg und schickte ihn nach Frankfurt/Main auf ein jüdisches humanistisches Gymnasium, das schon vor 1933 bestand, auf das Philantropin. Diese Schule besuchte er von April bis September 1938. Von den wenigen Monaten am Philantropin in Frankfurt erzählt Oskar Elsas heute, es sei die glücklichste der von ihm bewußt erlebten Schulzeit gewesen. Man habe sehr viel lernen können, und wie ein ausgetrockneter Schwamm habe er alles aufgesogen, was ihm an Wissen angeboten worden sei. Als Wahlfachunterricht war z. B. Italienisch, Spanisch, Steno angeboten gewesen. Aber vor allen Dingen – man konnte Bub unter Buben, Mensch unter Menschen sein!

Die jüdischen Lehrer der Schule mußten äußerst vorsichtig mit ihren Äußerungen sein. Oskar Elsas erinnert sich aber dennoch an folgenden Ausspruch des Geschichtslehrers: *Jungens, Geschichte ist nicht immer etwas Herrliches. ›Geschichte‹ kommt von ›Geschehen‹. Ihr wißt, das Geschehen ist nicht immer schön!*

Im September 1938 wurde das Philantropin wegen »Kinderlähmung« geschlossen und im November aufgelöst. Dies bedeutete das Ende der Schulzeit in Deutschland.

Von den Verhältnissen und dem Unterricht an der Oberrealschule in Ludwigsburg in jener Zeit berichtet Oskar Elsas noch folgendes:

Am Samstag durften die jüdischen Kinder die Schule nicht besuchen, am Samstag war *Staatsjugendtag*, an diesem Tag wurde *Staatsgeschichte* gelehrt. Dabei hatten jüdische Kinder nichts zu tun.

Im Jahre 1935 wurde eingeführt, daß an bestimmten Tagen vor Schulbeginn auf dem Schulhof *Flaggenhissen* mit Deutschlandlied, Horst-Wessellied und einer Ansprache des Direktors war. Für die jüdischen Kinder bedeutete dies eine Abseitsstellung, denn sie durften die deutsche Flagge ja nicht grüßen. Als bald hieß es *Juden gehen nicht zur Flaggenhissung*.

Ab 1935 durften Juden nicht mehr ins Schwimmbad. Die Klasse hatte drei Turnstunden in der Woche, davon eine als Schwimmstunde. Eines Tages kam einem Lehrer die Idee zu fragen *Die Juden gehen schwimmen? – was? – verboten!*

1. Originalbrief im Besitz von O. Elsas

Irgendwann im Jahre 1936 kam vom Oberschulamt eine Überprüfung des Musikunterrichtes. Die Klasse war fein säuberlich eingeübt und getrimmt. Alles funktionierte schön. Die Stunde war schon beinahe gut vorbei. Da kam die Frage: *Sind Juden in der Klasse?*, *Ja, was, Juden singen deutsche Lieder?* Ab da gab es für die beiden Jungen keinen Musikunterricht mehr.

Oskar Elsas meint sich recht zu erinnern, wenn er sagt, er glaube, sie seien 1937 ebenfalls auch vom Zeichenunterricht ausgeschlossen worden.

Den Unterricht an der Oberrealschule in jenen Jahren bezeichnete er als objektiv schlecht:

Im Erdkundeunterricht wurden z. B. wochenlang die Städte Englands der Reihenfolge ihrer Größe nach in ein Koordinatensystem eingezeichnet, wochenlang zeichnete man den Umriß Englands (eine schnelle Skizze auf ein vor ihm liegendes Papier – Oskar Elsas sagt *Sehen Sie, ich kann das heute noch!*).

Im Biologieunterricht, der in *Pflanzenkunde* und *Tierkunde* unterschieden wurde, zeichnete man jahrelang reproduktiv sämtliche Teile verschiedener Pflanzen und Tiere!

Zum Geschichtsunterricht bemerkte er *Die Geschichte wurde ja sowieso verfälscht dargestellt!*

Im Deutschunterricht wurde bis einschließlich der 4. Oberschulklasse keine deutsche Literatur, kein deutscher Klassiker, gelesen! Das erste deutsche Drama, das Oskar Elsas im Rahmen seiner Ausbildung las, war *Die Jungfrau von Orleans* an der Universität in Texas!

Im Klassenzimmer der Klasse 4 a, die Klasse, die von Oskar Elsas besucht wurde, das Alter der Schüler ist 13–14 Jahre, wurde regelmäßig der *Stürmer* ausgehängt. Einige übereifrige Mitschüler hoben pornographische Stellen und Bilder, die in diesem Blatt keine Seltenheit waren, besonders hervor. Keiner der Lehrer sah sich veranlaßt oder hatte den Mut, gegen diesen klaren Verstoß gegen die Schulordnung einzuschreiten!

Am 15. 11. 1938 berichtet die Ludwigsburger Zeitung: *Restlose Entfernung aus deutschen Schulen . . . Die Rassentrennung im Schulwesen ist zwar in den letzten Jahren im allgemeinen bereits durchgeführt worden, doch ist ein Restbestand jüdischer Schüler auf den deutschen Schulen übrig geblieben, dem der gemeinsame Schulbesuch mit deutschen Jungen und Mädchen nunmehr nicht mehr weiter gestattet werden kann. REM¹ Rust hat nun mit sofortiger Wirkung folgende Anordnung getroffen: Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet . . . soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle z. Z. eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen . . .*

Die Mutter des jüdischen Mitschülers – er ist heute ein bedeutender Graphiker in New York – schrieb mir folgendes:

Er war ein Schüler an der Oberrealschule in Ludwigsburg. Seine Mitschüler waren natürlich alle Mitglieder von Hitlerorganisationen. Er mußte manche Schläge von ihnen, die immer in der Überzahl waren, hinnehmen, ohne daß der Lehrer sich getraut hätte, die Schlägerei aufzuhalten. Mit 14 Jahren mußte er die Schule verlassen . . .

1 REM = Reichserziehungsminister

e) Das Verhältnis zwischen jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung nach 1933

Zwischen der jüdischen und der christlichen Bevölkerung herrschte im Zusammenleben vor 1933 ein gutes Einvernehmen. Das ging aus verschiedenen Gesprächen sowohl mit älteren Ludwigsburger Einwohnern, als auch mit jüdischen Menschen, die damals in Ludwigsburg lebten, hervor. *Mein Geschäft ging gut bis zur Kristallnacht, nach der ich gezwungen wurde, es zu schließen und Deutschland fluchtartig zu verlassen*, sagte mir Herr W., ein zu jener Zeit in Ludwigsburg bekannter Geschäftsmann. Immer wieder wurde gerade von nichtjüdischer Seite auf das weit über seine ärztliche Pflicht hinausgehende soziale Verhalten des praktischen Arztes Dr. Walter Pintus, als auch auf das Wirken von Max Elsas hingewiesen. Letzterer muß im und nach dem Ersten Weltkrieg sehr vielen Menschen sowohl mit seinem klugen menschlichen Rat, als auch mit rasch entschlossener Tatkraft aus mancher Not geholfen haben. Auch die Emigranten verweisen in ihren Berichten mehrmals gerade auf diese beiden Menschen.

Zwar spielte auch in den Jahren nach 1933 noch immer der nichtjüdische Organist Fink, er war etwa 70 Jahre alt, in der Synagoge die Orgel, aber allmählich zogen sich die nichtjüdischen Menschen, zunächst vor allem in der Öffentlichkeit, von ihren jüdischen Mitbürgern zurück. In der Kleinstadt kannte beinahe jeder jeden, und die Menschen, die mutig genug waren, sich nicht mit der Unmenschlichkeit des Regimes abzufinden, waren schnell genauso gebrandmarkt, wie die der Propagandahetze, der Verleumdung und Diffamierung ausgesetzten Juden. Welche Macht die Propaganda war, dessen wird man sich erst bewußt, wenn man einmal systematisch Zeitungen aus jener Zeit durcharbeitet. Man kann es sich dann in etwa vorstellen, daß es damals schwer gewesen sein muß, nicht dem Einfluß der Lügen und Intrigen der Goebbelschen Propaganda zu erliegen.

Die in der Emigration Lebenden schreiben dazu folgendes: Herr W.: ... *Auf meinen Reisen mußte ich oft die bittere Erfahrung machen, daß ich in Hotels und Gaststätten als »Jude« unerwünscht war...*

Herr H.: ... *Es ist ja unglaublich schwer zu verstehen, daß Freunde »arischer« Abstammung uns das Leben von einem Tag auf den anderen unmöglich machten...*

Frau A.: ... *Ich will aber nicht unerwähnt lassen, daß mir manche meiner christlichen Freunde durch diese schweren Zeiten treu und hilfreich bis zum Schluß zur Seite gestanden sind, was ich nie vergessen werde...*

Herr H.: ... *auf Grund unserer ganzen Erziehung fühlen wir uns als Deutsche jüdischen Glaubens, um so größer war der seelische Schock, als so viele angeblich gute Freunde umfielen wie ein Blatt im Wind... Erschreckend war die Rückgratlosigkeit und der Opportunismus des überwiegenden Teils der Bevölkerung, die um kleiner persönlicher Vorteile willen bereit waren, sich mit allen Scheußlichkeiten abzufinden. Ich konnte natürlich nicht erwarten, daß sich jemand zum Märtyrer macht, denn nur wenige sind aus solchem Holz geschnitzt, doch gibt es einen Unterschied zwischen sich damit Abfinden und begeistertem Mitmachen...*

Herr L.: ... *aber viel deprimierender für uns war, daß die Mehrheit unserer sogenannten alten Freunde von uns abrückten und wegschauten, um uns nicht grüßen zu müssen. Aber eine große Anzahl benahm sich korrekt und zu einem schönen Teil besonders freundschaftlich und prüften sich selbst als wertvolle Menschen...*

Herr E.: ... *habe ich verhältnismäßig wenig unter diesem Regime gelitten, vor*

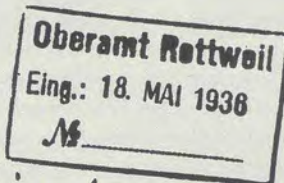
Württ. Polit. Landespolizeiamt. Stuttgart, den 11. Mai 1936.

Nr. 2350/170.

- s. Verteiler -

Betr.: Behandlung von Vergehen gegen das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz) vom 15.9.1935 (RGBl. I S. 1146).

0 Beilagen.



Mit Erlass vom 27.7.1936 (I 1 B 2 - J 292/36 II) hat der Politische Polizeikommandeur der Länder angeordnet, dass Verstöße gegen die §§ 1-4 des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Blutschutzgesetz) vom 15.9.1935 -RGBl. I S. 1146 - grundsätzlich der Kriminalpolizei zur Verfolgung zu überlassen sind, zumal es sich in der Hauptsache um kriminelle Delikte handelt, die durch die Strafbestimmung des § 5 und die zu dem Gesetz ergangenen Ausführungsbestimmungen abschliessend geregelt sind. Neben der Kriminalpolizei sollen die Landjägerstationskommandos die in ihrem Bezirk anfallenden Anzeigen behandeln.

Von Schutzhaft gegen die Verletzer dieses Gesetzes insbesondere gegen die Frauen ist grundsätzlich abzu- sehen. Schutzhaft kann nur in Fällen verhängt werden, in denen das Verhalten der Beteiligten gleichzeitig Anlass zu erheblicher Erregung der Öffentlichkeit und zu einer Gefährdung ihrer eigenen Person gegeben hat. Mit dem Wegfall der Gefährdung ist die Schutzhaft sofort aufzuheben. Soweit es sich bei den Tätern um Ausländer handelt, ist vor ihrer Festnahme - mit Ausnahmen von eiligen Fällen - über das Württ. Polit. Landespolizeiamt die Genehmigung des Politischen Polizeikommandeurs in Berlin einzuholen. (Vgl. dessen Erlass vom 14.6.1936, I D 140/35).

Dem Württ. Polit. Landespolizeiamt Stuttgart ist jeweils sofort von allen anfallenden Anzeigen und späterhin von dem Ergebnis der Ermittlungen und dem Ausgang des Verfahrens Nachricht zu geben.

allem auch, weil ich Deutschland schon im März 1935 verließ. Aber andererseits war es für mich als assimilierten Juden eine schwere psychische Erschütterung, daß ich mich im Jahre 1933 entschließen mußte, Deutschland zu verlassen und eine neue Heimat zu suchen...

Erwähnt sei auch noch die Zuschrift von Herrn Boumeester Ludwig Elsas aus Krugersdrop in Südafrika, die am 7. 2. 1959 in der Ludwigsburger Kreiszeitung abgedruckt wurde. Ludwig Elsas war im Jahre 1945 in Ludwigsburg, um nach seiner Mutter zu forschen; sie war nicht mehr am Leben, 1942 war sie in Izbica ermordet worden. In der Zuschrift heißt es u. a.: ... *Wie ich im September 1945 vom Südafrikanischen (freiwilligen) Heer nach Ludwigsburg kam, um den Verbleib meiner Mutter, der Kriegerwitwe Jenny Elsas auszufinden, habe ich Menschen vorgefunden, die unter Lebensgefahr sich anderer angenommen hatten und deren Leben retteten. – Dann ist mir die rührende Episode noch heute deutlichst im Gedächtnis, wie der alte Herr Höfer vom Schreibwarengeschäft mir ein wohlverschnürtes und versiegeltes Päckchen, das eine aus der Asche der Synagoge gerettete Orgelpfeife enthielt, übergeben wollte...*

Eine alte Dame, Frau A., schreibt: ... *Hitler, der wußte, wie menschliche Schwächen aufzustacheln und auszunützen sind, hat es fertig gebracht, daß die Mehrzahl der Bevölkerung vergessen hat, selbständig zu denken. In Goebbels hatte er einen Propagandaminister, der es verstanden hat, mit seiner 24-Stunden-Propaganda im Tag die Jugend zu vergiften und die älteren Leute mundtot zu machen...*

Herr E.: ... *Man wußte sich aber zu helfen und drohte mit Repressalien jedem, der auch nur mit einem Juden sprach oder grüßte. So sahen Schulkameraden, Freunde, Freundinnen zur Seite, wenn man ihnen begegnete. Geschäfte und Cafés verkauften mehr an Juden, zum kleineren Teil, weil die Besitzer Antisemiten waren, mehr aus Angst... So waren die Juden von der übrigen Bevölkerung isoliert. Der erste Schritt war getan...*

Die vorausgehenden Briefzitate zeigen die menschlichen Verhaltensweisen, denen sich die jüdische Minderheit in der Zeit der nationalsozialistischen Verfolgung gegenüber sah. Die Propaganda, die vom Tag der Machtübernahme an gegen den jüdischen Bevölkerungsteil hetzte, zielbewußt und intensiv, bewies ihre Macht. Sie brachte es fertig, daß nahezu ein ganzes Volk, zu jedem Unrecht schwieg. Zunächst waren es vom einzelnen Bürger, vom einzelnen Mitmenschen sicherlich keine aktiven Handlungen, die das Unrecht förderten, aber es waren die kleinen Unterlassungen, die dem jüdischen Bruder nicht in seiner Not beistanden – sie trugen solche furchtbare Frucht. Stefan Zweig schrieb einmal: *Ein Volk kann mehr an dem Unrecht, das es erduldet, als an dem, das es aktiv zufügt, gemessen werden.*

f) Feststellung jüdischer Unternehmen im Sommer 1938

Nur ganz wenige Schriftstücke aus der nationalsozialistischen Zeit blieben bei den Behörden in Ludwigsburg erhalten. Unter diesen wenigen fand ich zwei Listen *Anlagen zum Sammelrundsreiben Nr. 1/1938 der Kreisleitung Ludwigsburg der NSDAP – Verzeichnis der im Parteikreis Ludwigsburg wohnhaften Juden*. In diesen Listen waren sämtliche jüdischen Erwachsenen erfaßt, die Gewerbetreibenden besonders gekennzeichnet.

In einer Großaktion, die der Öffentlichkeit völlig verborgen blieb, wurden im Spätsommer 1938 sämtliche Betriebe dahingehend überprüft, ob ihre Besitzer Arier oder evtl. Juden waren.

Am 15. Juni 1938 erschien im *Reichsgesetzblatt Teil I.* die »Dritte Verordnung zum Reichsbürgergesetz«. In Artikel II, § 7 hieß es: (1) *Die jüdischen Gewerbebetriebe werden in ein Verzeichnis eingetragen. Der Reichsminister des Innern bestimmt die Behörden, bei denen das Verzeichnis geführt wird.*

Am 8. August 1938 erging vom Württ. Wirtschaftsminister ein *eilt sehr*-Schreiben an die Polizeipräsidenten und Landräte mit der Verfügung, daß die Ortspolizeibehörden die Vorbereitung und Führung des Verzeichnisses der jüdischen Gewerbebetriebe beschleunigt aufzunehmen haben:

Dem Herrn Polizeiamtsvorstand in Ludwigsburg zur Beachtung. Ich ersuche mir zum 23. ds. Mts. zu berichten.

Am 27. August ordnete der Reichswirtschaftsminister an, daß ausländische Firmen, die sich in jüdischem Besitz befanden, nicht von der Registrierung betroffen waren; davon wurde der Polizeiamtsvorstand in Ludwigsburg *in geeigneter Weise* unterrichtet.

Am 18. August 1938 existierte beim Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg ein Verzeichnis jüdischer Gewerbebetriebe, das er am 20. August 1938

1. dem Städt. Steueramt Ludwigsburg
2. dem Finanzamt Ludwigsburg
3. der Kreisleitung der NSDAP Ludwigsburg
4. der Industrie- und Handelskammer Stuttgart
5. der Handwerkskammer Stuttgart

mit der Bitte, diese Liste nötigenfalls zu ergänzen, zustellte. *Dabei bitte ich zu beachten, daß in die Ermittlung auch diejenigen früheren jüdischen Gewerbebetriebe einbezogen werden müssen, deren frühere jüdische Inhaber bereits ausgeschieden sind, bei denen aber die Vermutung naheliegt, daß sie die Betriebsführung trotzdem noch beherrschen (Tarnung).*

Die Industrie- und Handelskammer Stuttgart teilte mit Schreiben 4/1/26244/38 vom 23. 8. 1938 ergänzend folgende Firmen mit:

- Bekleidungsindustrie Ottenheimer
Firma Katz & Cie, Schuhhaus
Firma Kaufmann & Cie, Schuhfabrik
Firma Ottenheimer Adolf, Viehhändler
Firma Strauss Alfred, Pferdehändler
Firma Wolf Michael, Gaststube

In einem Schreiben des Polizeiamtsvorstandes Ludwigsburg vom 26. August 1938 wurde dann festgehalten, daß

1. Firma Bekleidungsindustrie Ottenheimer übergegangen ist in den Besitz der Firma Böhringer & Lederer
2. Firma Schuhhaus Katz & Cie übergegangen ist in den Besitz der Firma Paul Zaiz
3. Firma Schuhfabrik Kaufmann & Cie übergegangen ist in den Besitz der Firma Gerhard Krepp
4. Firma Adolf Ottenheimer, Viehhandlung unbekannt sei
5. Firma Pferdehandlung Alfred Strauss übergegangen ist in den Besitz der Firma Richard Gerlach
6. Firma Gaststube Michael Wolf übergegangen ist in den Besitz der Firma Fritz Grundler

Am 20. August erhielt jeder Inhaber eines jüdischen Gewerbebetriebes vom Polizeivorstand Ludwigsburg folgende Aufforderung:

Sie werden ersucht, umgehend hierher mitzuteilen:

a) *die genaue Firma und Rechtsform Ihres Betriebes, gleichlautend mit dem evtl. Eintrag im Handelsregister, sowie Namen und Wohnung der Inhaber oder Gesellschafter;*

b) *Gegenstand des Gewerbes im einzelnen (kurze Angabe wie z. B. Handelsvertreter genügt nicht);*

c) *die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und Angestellten.*

Am 23. August meldete der Polizeiamtsvorstand in Ludwigsburg an den Landrat in Ludwigsburg, daß er für neun Unternehmen in Ludwigsburg die Eintragung in das Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe verfügt habe.

Am gleichen Tag wurde diesen Unternehmen mit einer Postzustellungsurkunde vom Polizeiamtsvorstand folgendes Schreiben übermittelt:

Gemäß den Vorschriften der Dritten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. Juni 1938 (Reichsgesetzblatt I, Seite 627) habe ich die Eintragung Ihres Gewerbebetriebes in das Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe verfügt. Die Eintragung wird vollzogen werden, wenn nicht binnen einer Frist von zwei Wochen Beschwerde gegen diese Verfügung eingelegt wird. Die Beschwerde ist bei mir schriftlich einzulegen und zu begründen. Gleichzeitig weise ich darauf hin, daß mir jede Veränderung oder die Einstellung Ihres Gewerbebetriebes anzuzeigen ist.

Es existiert noch das Antwortschreiben der Firma Laupheimer und das Anschreiben an Frau Thekla Scheuer.

Am 30. September teilte die Handwerkskammer Stuttgart dem Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg auf dessen Anfrage vom 20. 8. 1938 mit, daß in Ludwigsburg keine jüdischen Handwerksbetriebe ansässig seien.

Am 5. Oktober 1938 berichtete der Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg dem dortigen Landrat, daß das Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe nicht vor Mitte des Monats vorgelegt werden könne, da die Ermittlungen über auswärtige Firmen, die eine Zweigniederlassung in Ludwigsburg unterhalten, noch nicht abgeschlossen werden konnten.

Am 6. Oktober 1938 erhielt der Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg vom Oberbürgermeister der Stadt Ludwigsburg eine Aufstellung über sämtliche in Ludwigsburg ansässigen Zweigniederlassungen auswärtiger Gewerbebetriebe. Es liefen nun bei allen zuständigen Gemeindeverwaltungen Ermittlungen über diese Betriebe an, ob Besitzer oder Teilhaber Juden waren.

Zu den überprüften Firmen zählten unter anderen die Firmen

Wilhelm Bleyle, Stuttgart

Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft, Hamburg

Deutsche Bank, Berlin

Elektrizitätsversorgung Württemberg, Stuttgart

Heinrich Franck Söhne, Berlin

Verlagsbuchhandlung Wittwer, Stuttgart

Am 26. Oktober 1938 legte der Polizeiamtsvorstand dem Württ. Wirtschaftsminister über den Landrat in Ludwigsburg ein Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe in Ludwigsburg vor. Eine Zweitschrift dieser Aufstellung übermittelte er dem Gauleiter der NSDAP, dem Kreisleiter der NSDAP und dem Städt. Steueramt.

Diese Aufstellung konnte als *Pogromwegweiser* für den 10. November 1938 bezeichnet werden. Die Vermutung drängt sich auf, daß man, nachdem man diese Unterlagen in der Hand hatte, nur noch auf den günstigen Moment lauerte, um gegen die jüdischen Geschäftsleute losschlagen zu können.

Erhalten blieb das Deckblatt einer Aufstellung des Polizeivorstandes Ludwigsburg, allerdings ohne Datum, über *Jüdische Gewerbebetriebe*, die vor Anlegung des Verzeichnisses eingestellt wurden.

Betroffen waren folgende Firmen, die ihren Betrieb *eingestellt* hatten:

Josef Neuberger	am 1. 6. 1938
Hermann Kaufmann	1. 10. 1938
Salomon Kusiel	1. 10. 1938
Albert Ottenheimer	1. 10. 1938
Hermann Katz	1. 10. 1938
S. Ebstein	1. 10. 1938

Erhalten geblieben sind auch verschiedene Schriftwechsel in dieser Sache mit einigen Firmeninhabern.

Ebenso ist noch eine weitere Liste vorhanden *Jüdische Gewerbebetriebe, deren Inhaber Ausländer sind*. In dieser Liste sind aufgeführt

Firma Reichenbach

Firma Schylitt'

Am 28. Januar 1939 teilte der Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg dem Landrat Ludwigsburg auf Anfrage mit, *die in dem am 26. 10. 1938 aufgestellten Verzeichnis eingetragenen jüdischen Gewerbebetriebe wurden inzwischen sämtliche gelöscht*.

Was steckt alles hinter diesem Satz! Er besagt, daß alle vom Hitlerregime im Zusammenhang mit der Kristallnacht geplanten Unrechtshandlungen durchgeführt sind.

3. Vom Novemberpogrom 1938 bis zur Auswanderungssperre im November 1941

a) Die *Kristallnacht*

Im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Legationssekretär vom Rath in Paris begannen auch für die noch in Ludwigsburg wohnhaften jüdischen Bürger Tage schrecklichster Repressalien, Tage der absoluten Entrechtung.

Am 11. 11. 1938 berichtet die Ludwigsburger Zeitung: *... Das erste Ziel des Volkzorns waren naturgemäß die Synagogen ... Daß unter diesen Umständen die Ludwigsburger Synagoge an der Ecke Adolf-Hitler- und Solitudestraße bald an die Reihe kommen mußte, war klar, und so erfüllte sich wenige Stunden später auch ihr Geschick. Gestern Nachmittag drang eine Anzahl von Ludwigsburgern in den Tempel ein, räumten zunächst die Akten und sonstiges Schriftmaterial aus und legten Feuer. Etwa um halb 2 Uhr schlugen die ersten Flammen heraus, und um 1,35 Uhr wurde die Feuerwehr alarmiert. Bald hatten sich zahlreiche Volksgenossen an der Brandstelle eingefunden, die immer wieder ihrer Genußtuung Luft machten. Das Feuer fand an der Inneneinrichtung der Synagoge reiche Nahrung und bald schlugen die Flammen zum Dach heraus, so daß die Wehr sich auf den Schutz der Nachbargrundstücke beschränkte. Die Synagoge ist völlig ausgebrannt, nur die kahlen Mauern stehen noch ... In Ludwigsburg richtete sich die Wut der Menge natürlich in erster*



Brennende Synagoge in Ludwigsburg am 10. November 1938

Linie gegen das Grumach'sche Ramschgeschäft an der Ecke der Wilhelm- und Kirchstraße, aber polizeilicher Schutz konnte vorerst Ausschreitungen verhindern. So begnügten die Demonstranten sich damit, das über den Ladenfenstern angebrachte Firmenschild herunterzuholen und zu zerschellen. In der Nacht wurden dann allerdings, wie wir heute früh feststellten, die Schaufensterscheiben eingeworfen, ohne daß die Polizei es hindern konnte. Die Schaufensterauslagen sind aber völlig unversehrt geblieben. Verschiedentlich, so in der Asperger-, See-, Leonbergerstraße und am Holzmarkt wurden auch einige Scheiben eingeschlagen.

Fünfzehn hiesige Juden – und zwar nur Männer¹ – waren gestern in Ludwigsburg in Schutzhaft genommen und im Blockhaus untergebracht worden, einige ältere Männer wurden aber noch im Laufe des Tages wieder auf freien Fuß gesetzt. Insgesamt sind jetzt noch dreizehn Juden in Haft, was etwa 10 Prozent der hiesigen jüdischen Bevölkerung entspricht. Auch verschiedene Haussuchungen wurden gestern im Laufe des Tages bei hiesigen Juden vorgenommen und dabei einige Waffen beschlagnahmt, die die Besitzer auf Grund alter Waffenscheine hatten . . . Die rauchgeschwärzten Brandmauern der Synagoge werden nunmehr abgetragen werden, und das Grundstück wird in den Besitz der Stadt übergehen. Wie wir hören, besteht die Absicht, dort einen Parkplatz einzurichten, womit man sicherlich einem dringenden Bedürfnis entgegenkommen würde . . .

¹ Kommentar eines der damals betroffenen Menschen: »Verlogen, 16jährige Kinder waren dabei und waren wochenlang in Dachau.«

Am 12. 11. 1938 schreibt die Ludwigsburger Zeitung (zit. aus *Völkischer Beobachter* v. 12. 11. 1938) ... *Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß er [Grynspan] von einer jüdischen Organisation verhetzt und auf diese zynische Mordtat systematisch vorbereitet worden ist ... Es liegt auf der Hand, daß eine Nation von 80 Millionen auf die Dauer derartige Provokationen nicht wehrlos hinnehmen wird ... Nach dem Tod des Legationssekretärs vom Rath ist es ganz spontan zu Vergeltungsaktionen gegen die Juden in Deutschland geschritten. Der eruptive Ausbruch der Empörung der Bevölkerung in der Nacht vom 9. auf 10. November ist daraus zu erklären, da die Geduld des deutschen Volkes nunmehr restlos erschöpft ist ... Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Reaktion des deutschen Volkes auf den feigen Meuchelmord in Paris eben durch die zynische Gemeinheit dieser Tat erklärt werden muß. Sie wurde weder organisiert noch vorbereitet. Sie brach spontan aus der Nation heraus ... Das deutsche Volk ist ein antisemitisches Volk. Es hat weder Lust noch Vergnügen, sich weiterhin durch die parasitäre jüdische Rasse in seinen Rechten beschränken oder als Nation provozieren zu lassen ... Das deutsche Volk ist hellhörig geworden. Es weiß nun bis zum letzten Mann, worum es in der jüdischen Frage geht ... Das deutsche Volk kann beruhigt sein: Der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der Deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen. Die deutsche Regierung wird legal, aber hart antworten ...*

Wie mir mehrfach bestätigt wurde, beteiligte sich in Ludwigsburg nur ein verschwindend geringer Teil der Bevölkerung an den Ausschreitungen am 10. und 11. November 1938. Die Brandstifter, die die Synagoge in Brand setzten, gehörten der SA an. Ein Herr berichtete mir, daß der SA-Standartenführer und der Ortsgruppenleiter der NSDAP die Ausschreitungen organisierten: *Ich kannte diese Herren, ich war ja mit ihnen zusammen in den Sportvereinen gewesen.*

Der Besitzer der Ludwigsburger Zeitung, Gerhard Ulmer, der zu keiner Zeit aus seiner Haltung gegen die Nationalsozialisten einen Hehl gemacht hatte, wurde von tiefem Entsetzen gepackt, als er bei einer Geschäftsreise Zeuge der Plünderung jüdischer Wohnungen wurde. Er verließ seiner Abscheu mit den Worten Ausdruck *Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein.* Dieser *staatsfeindlichen Aussage* wegen sollte er durch öffentliches Herumführen in der Stadt als *Judenknecht* angeprangert werden. Die NS-Machthaber benutzten diese Gelegenheit, den Restanteil der Zeitung – schon im Sommer 1933 hatte man ihr den Charakter des Amtsblattes genommen – an die *NS-Presse Württemberg* zu enteignen. Auch Dipl.-Landwirt Eugen Buhl, der heute noch hochbetagt in Ludwigsburg lebt und der nicht bereit war, seine guten und freundschaftlichen Beziehungen zu seinen jüdischen Mitbürgern abzubrechen, wurde öffentlich als *Judenknecht* angeprangert. Die Äußerungen dieser aufrechten Männer ist einer der wenigen Lichtblicke aus jenen Jahren, in denen das Schweigen ein so fürchterliches Schuldigwerden heraufführte.

b) Massenverhaftungen nach der *Kristallnacht*

Auch in Ludwigsburg kam es im Zusammenhang mit der *Kristallnacht* – wie auch die Ludwigsburger Zeitung am 11. November 1938 berichtet – zur Verhaftung zahlreicher jüdischer Männer, die zunächst im Blockhaus des Ludwigsburger Gefängnisses inhaftiert und später in die Konzentrationslager Welzheim und Dachau eingeliefert wurden. Unter diesen Männern waren Kriegsteilnehmer des Ersten



Diffamierendes Schild »Judentweh!«

(Mit diesem Schild wurden am Ersten Advent 1938 Dipl.-Landwirt Eugen Buhl und Kohlenhändler Metzger durch die Stadt zum Marktplatz geführt, weil sie sich öffentlich zu ihren verfolgten jüdischen Mitbürgern bekannt hatten)

Weltkrieges, die diesen als Offiziere mitgemacht und für ihre Tapferkeit ausgezeichnet worden waren. Einer von ihnen war Dr. med. Walter Pintus. Er war im Ersten Weltkrieg *leitender Arzt im Offiziersrang*. In Ludwigsburg erinnert man sich noch heute lebhaft an ihn, nicht nur seiner fachlichen Tüchtigkeit, sondern vor allem seiner sozialen Haltung wegen. Immer wieder, so wurde mir von verschiedenen Leuten berichtet, habe er arme Patienten materiell unterstützt. Mit seinen Schicksalsgenossen wurde er nach der Kristallnacht eingekerkert und sollte nach Dachau überstellt werden. Er überlebte die Einlieferung in das Konzentrationslager nicht. Für seinen Tod gibt es zwei Versionen. Die eine besagt, er habe am 13. 11. 1938 seinem Leben selbst und damit der ihm angetanen Schmach ein Ende gesetzt – *bei Prittltsbach in den Todgetrieben* heißt es in einer Akte. Die andere Version lautet, ein SS-Bewacher habe ihn auf dem Appellplatz des Lagers erschossen.

Zu den Festgenommenen gehörte auch der 80jährige Fabrikant und frühere stellvertretende Bürgermeister Ludwigsburgs, Max Elsas – er wurde nach zwei Tagen Haft im Blockhaus seines hohen Alters wegen wieder auf freien Fuß gesetzt – sowie seine beiden Söhne, Bernhard Elsas, der den Ersten Weltkrieg als Unteroffizier mitgemacht hatte und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, und Dr. Ludwig Elsas, der im Ersten Weltkrieg Arzt im Offiziersrang war.

Wochenlang wußten die Familien nichts über den Verbleib ihrer Männer, ihrer Väter und Söhne. Nach Wochen kehrten sie heim und wußten eindeutig, was sie von dem Regime zu erwarten und zu halten hatten.

Herr E. schrieb dazu: ... *Die Juden waren vogelfrei: für sie galt nicht der Schutz der Gesetze. Willkürliche Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Verhafteten kehrten meist nach einiger Zeit zurück. Sie durften nicht erzählen, was sie erlebt hatten, und sie taten es nicht. Man hatte ihnen gedroht, sie wieder zu holen. So war das Leben der Juden in diesen Tagen wie ein schlechter Traum...*

Herr E.: ... *Es kam die berüchtigte »Kristallnacht«... Gleichzeitig wurden die jüdischen Männer von 13 Jahren aufwärts in Konzentrationslager gebracht. In Ludwigsburg wurde bei dieser Gelegenheit sogar der fast 80 Jahre alte ehrenwerte Herr Stadtrat Elsas eingesperrt. Mein Schwiegervater war um diese Zeit drei Wochen in Dachau, wo die jüdischen Männer von den Nazis »behandelt« wurden...*

Den Briefen anderer in die Emigration Gegangener entnahm ich zu den Ereignissen am 9., 10. und 11. November 1938 folgendes:

Herr R.: ... *an welchem Tag alle Synagogen in Deutschland abgebrannt wurden. Die Feuerwehr spritzte Wasser auf alle anderen Gebäude, daß die nicht brennen sollten, aber die Synagoge mußte zerstört werden [gemeint ist in diesem Fall die Stuttgarter Synagoge]. Der Pöbel hat den Juden, Eltern und Kindern, mit dem Tod gedroht, und ich ging heim mit einem meiner Freunde um meinem Vater zu telefonieren. Wir kamen gerade zur richtigen Zeit an, um zu sehen, wie die SS-Männer seinen Vater ins Konzentrationslager abholten. – Mein Vater holte mich mit seinem Auto ab, und später am gleichen Tag kam die SS oder SA auch in unser Haus, um meinen Vater in Verhaftung zu nehmen. Da wir schon die Pässe und Visen für die Auswanderung nach Amerika hatten, ist mein Vater glücklich nicht verhaftet worden. Am 8. Dezember 1938 verließen wir Stuttgart mit ungefähr 40 Mark, unserem Handgepäck und großen Hoffnungen...*

Herr L.: ... *Meine Eltern blieben in Ludwigsburg und hielten das Geschäft aufrecht bis es nicht mehr ging. Mein Vater wurde nach der Kristallnacht verhaftet und blieb eine Woche im Gefängnis, bis mein Bruder von der Schweiz es fertig brachte, ihn und meine Mutter herauszubringen. Sie blieben zunächst für ein Jahr in der Schweiz...*

Ein Herr, den ich sprach, schilderte mir seine Erlebnisse nach der Kristallnacht wie folgt: ... *Am 11. November 1938 kam ein SA-Mann in das Geschäft und forderte mich auf, es zu schließen. Ich kam dieser Aufforderung nach, entließ das Personal, schloß das Geschäft und ging nach Hause. Auf der Straße vor dem Geschäft hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, man ließ mich jedoch unbehelligt passieren. Kurz nachdem ich zu Hause angekommen war, sah ich einen Trupp SA-Leute auf unser Haus zukommen. Kurz entschlossen verberg ich mich in einem Kleiderschrank. Die Wohnung wurde durchgesucht. Einer der Männer schlug mit seinem Koppelschloß an den Schrank, in dem ich saß, glücklicherweise wurde er aber nicht geöffnet! Nach Einbruch der Dunkelheit fuhr ich mit meinem Wagen zu Freunden nach Stuttgart. Ich blieb dort eine Woche und entschloß mich während dieser Zeit, Deutschland sofort zu verlassen.*

Anfang Dezember 1938 wurden auf Anordnung Görings alle jüdischen Männer, die am Ersten Weltkrieg teilgenommen und nach der Kristallnacht festgenommen worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt. Diese Anordnung wurde durch eine Intervention des französischen Frontkämpferbundes ausgelöst.

c) *Arisierung* noch bestehender jüdischer Unternehmen

Zwischen November 1938 und Januar 1939 wurden die vier letzten in Ludwigsburg noch bestehenden jüdischen Unternehmen enteignet, *arisiert*. Die *Entjudung* der Betriebe unterstand dem Württembergischen Wirtschaftsministerium, der *Württ. Industrie- und Handels- und Vermittlungszentrale Stuttgart*, die die Beauftragte des *Gauwirtschaftsamtes der NSDAP* in Württemberg war, sowie den örtlichen Organen der NSDAP Gau- und Kreisleitung. Ausführende Behörde war der *Polizeiamtsvorstand* in Ludwigsburg.

Aus einem Schriftwechsel, der von den obengenannten Stellen und einer Firma Müller & Co. in der Zeit zwischen dem 25. 3. 1938 und dem 15. 9. 1938 geführt wurde, geht hervor, daß für das *Kaufhaus Stern* die *Entjudung* durchgeführt worden und dasselbe von einer neuen Geschäftsführung, der Firma Müller & Co übernommen worden ist: ... *beide Gesellschafter sind Mitglieder der NSDAP* ...

Dazu wiederum Göring, am 12. 11. 1938: *Der erwerbende Arier muß von der betreffenden Branche sein. Parteigenossen, die dieselben Bedingungen erfüllen, sind vor anderen Mitbewerbern vorzuziehen* ... Mit besonderer Genauigkeit wurde überwacht, daß die *Arisierung* nicht einer Tarnung dienen konnte, daß nicht jüdische Firmeninhaber weiterhin finanziell an ihrer inzwischen *arisierten* Firma beteiligt sein oder Einfluß auf die Geschäftsführung ausüben konnten.

Am 22. 8. 1938 schrieb der Kreisleiter der NSDAP an den Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg: ... *teile ich ihnen mit, daß die Firma Müller & Co, Ludwigsburg, Körnerstraße (fr. Warenhaus Gebr. Stern) den Nachweis der vollzogenen Entjudung trotz wiederholter Aufforderung der Kreisleitung bis jetzt noch nicht erbracht hat. Es ist anzunehmen, daß der fr. jüdische Inhaber an der Firma Müller & Co. noch finanziell beteiligt ist* ...

Am 30. August schrieb der Polizeiamtsvorstand an die Fa. Müller & Co: ... *Sie werden um Mitteilung ersucht, ob und in welchem Umfange Juden an Ihrem Gewerbebetrieb finanziell beteiligt sind oder sonst irgendwelchen Einfluß auf die Betriebsführung haben* ... *Falls Sie diese Erklärung nicht fristgemäß abgeben, werde ich die Eintragung Ihres Betriebes in das Verzeichnis jüdischer Gewerbebetriebe verfügen* ...

Die Antwort der Fa. Müller am 5. September 1938 lautete: ... *Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß in unserem Unternehmen der Firma Kaufhaus Müller & Co Juden in keiner Weise beteiligt sind, sowohl finanziell als auch an der Betriebsführung. Die Entjudung ist vollkommen durchgeführt* ... *Der Nachweis der arischen Abstammung der beiden Gesellschafter war von allen zuständigen Behörden gefordert und auch vorgelegen, was mit ein Hauptpunkt der Genehmigung war* ...

Die jüdische Firma Karl Weis & Co teilte dem Polizeiamtsvorstand am 22. 8. 1938 mit ... *daß der Betrieb in der Arisierung begriffen ist und die notariellen Kaufverträge zur Zeit zwecks Genehmigung bei den zuständigen Behörden liegen* ...

Der neue Inhaber, Bergwerksdirektor Albert Herberholz, Mückenbergrs. Liebenwerde/Sa., teilte dem Polizeiamtsvorstand am 6. 1. 1939 mit, er habe die bisherige jüdische Firma Karl Weis & Co übernommen.

In diesem Fall konnte eine Überprüfung der Person des Käufers nicht ermittelt werden.

Ein weiterer Schriftwechsel, der die *Arisierung* der Firma Württ. Papierzentrale

G.m.b.H. betrifft, ist ebenfalls erhalten. Am 12. 1. 1939 teilte einer der beiden jüdischen Gesellschafter dem Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg mit, ... *daß wir unser Geschäft verkauft haben und die Genehmigung zum Verkauf heute vom Württ. Wirtschaftsministerium Stuttgart erhielten* ...

Der Käufer, Artur Riesch, zeigte am 16. Januar 1939 die Übernahme der Firma dem Polizeiamtsvorstand an.

Ebenso lagen die Unterlagen der *Arisierung* der Firma *Elsas & Söhne, G.m.b.H., Mechanische Buntweberei* für diese Arbeit vor. Zunächst wurde – wie auch bei allen anderen jüdischen Firmen – eine genaue Erhebung bei der Industrie- und Handelskammer Stuttgart angestellt über

- 1 den genauen Firmennamen und den Namen des Gewerbetreibenden, über die Rechtsform der Firma
- 2 den Bestand des Gewerbes
- 3 die genaue Anschrift
- 4 die Staatsangehörigkeit der Besitzer bzw. Gesellschafter
- 5 die Zahl der Gefolgschaftsmitglieder.

Der Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg stellte bei den betroffenen Geschäftsleuten die gleiche Erhebung noch einmal an. Diese Befragung wurde mittels eines mit Postzustellungsurkunde zugestellten Schreibens durchgeführt, dessen Empfang unterschriftlich zu bestätigen war. Die Geschäftsführung der Firma *Elsas & Söhne* gab diese Erklärung am 23. August 1938 ab.

Mit ihrem nächsten Schreiben, Datum 30. Dezember 1938, teilte die Leitung der Firma dem Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg mit: *Wir teilen höflich mit, daß unsere 1838 gegründete Weberei mit dem 2. 1. 1939 als Buntweberei Ludwigsburg Blanz & Cie., K.G. in arische Hände übergeht und wünschen wir diese Änderung für dortige Liste hiermit geziemend anzuzeigen.*

Am 14. 12. 1938 schrieb der Württ. Wirtschaftsminister an die neue Gesellschaft ... *Die Übernahme des Betriebs der Firma Elsas & Söhne... zu den im Vertrag vom ... vereinbarten Bedingungen genehmige ich... mit der Auflage, daß die Beschäftigung des Herrn Bernhard Elsas auf 31. Dez. 1938 befristet wird ... Im Auftrag Dr. Stahlecker...*

Am 3. Januar 1939 fragte der Polizeiamtsvorstand bei der neuen Geschäftsführung an ... *Sie werden ersucht, umgehend hierher mitzuteilen, ob an Ihrem Unternehmen Juden noch finanziell beteiligt sind oder sonst irgendwelchen Einfluß auf die Betriebsführung haben. Die erforderlichen Nachweise sind zur Einsicht vorzulegen...*

Schreiben der Buntweberei Ludwigsburg vom 10. 1. 1939: ... *erklären wir hiermit, daß an unserem Unternehmen weder Juden beteiligt sind, noch sonst irgendwelchen Einfluß auf die Betriebsführung haben. Anbei Abschrift der Arisierungsgenehmigung des Württ. Wirtschaftsministeriums.*

Am 14. März 1939 konnte der Polizeiamtsvorstand Ludwigsburg sowohl dem Württ. Wirtschaftsminister als auch dem Kreisleiter der NSDAP und dem Städt. Steueramt mitteilen, daß sämtliche Ludwigsburger jüdische Gewerbebetriebe gelöscht, die Firmen *Elsas & Söhne, G.m.b.H., Gebr. Grumach Nachf. o.HG.,* Württ. Papierzentrale *Greilsamer & Co. o.HG.* und Firma *Weis & Co. o.HG.* arisiert worden seien.

d) Rechtswillkür

Die Ludwigsburger Zeitung berichtet am 2. 12. 1938: ... wieder ein Jude vor dem Sondergericht: Es spricht weniger für die Intelligenz der jüdischen Rasse als für ihre Dreistigkeit, wenn Juden, denen es nach ihren eigenen Worten besser geht als je zuvor, und die über keinerlei persönliches Mißgeschick zu klagen haben, sich zu öffentlicher Kritik ihnen nicht genehmer Zustände und Entscheidungen in ihrem Gastland aufwerfen. Zu diesen, einer kräftigen Dämpfung ihrer Arroganz dringend bedürftigen Hebräern gehört auch der 56jährige Händler S. ... Er entblödete sich nicht ... beim Friseur und auf der Straße abfällige Bemerkungen und gehässige Werturteile über die führenden Männer und ihre politischen Maßnahmen von sich zu geben ... Der Staatsanwalt beantragte ... ein Jahr und vier Monate Gefängnis. Das Sondergericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis ...

Ludwigsburger Zeitung am 13. 12. 1938: ... Jud D. erhielt acht Monate. Das Stuttgarter Sondergericht tagte in ... um gegen den Juden D. zu verhandeln. Der 57jährige Angeklagte hatte die Äußerung getan »Wartet nur, die Abrechnung kommt schon«. Das Gericht sah in dieser Äußerung eine bodenlose Frechheit und verurteilte den Angeklagten wegen eines Vergehens der politischen Beschimpfung zu der Gefängnisstrafe von acht Monaten ...

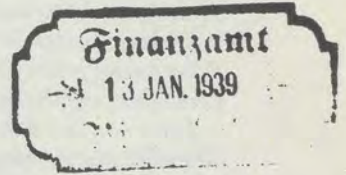
e) Finanzielle Repressalien und absolute Entrechtung

Die Ludwigsburger Zeitung berichtet am 14. 11. 1938: ... Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erließ eine Verordnung, derzufolge alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des Internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, von den jüdischen Inhabern bzw. jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen sind. Die Kosten der Wiederherstellung hat der Inhaber der betreffenden jüdischen Gewerbebetriebe bzw. Wohnungen zu tragen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zu Gunsten des Reiches beschlagnahmt ... vor allem wurde der Entschluß gefaßt, den deutschen Juden in ihrer Gesamtheit in Form einer Geldbuße von einer Milliarde Reichsmark die Strafe für den ruchlosen Mord in Paris aufzuerlegen. Dieser Betrag verfällt in voller Höhe dem Reich ...

Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme ist die Tatsache zu sehen, daß nur noch die allerwenigsten der noch zu dieser Zeit in Deutschland lebenden jüdischen Menschen die für eine Auswanderung erforderlichen finanziellen Mittel aufbringen konnten.

Der Lungenfacharzt Dr. Ludwig Elsas schrieb am 4. Juli 1939 an eine englische Organisation einen Brief, in dem er sich um seine Auswanderung bemüht; dort heißt es u. a.: ... Die Auswanderung nach Australien konnte ... nicht bewerkstelligt werden, ich hatte nicht das nötige Landegeld von 200 Pfund [800 Dollar]. ... Sie müssen ... bedenken, daß Sie zwar einen Mann mit Erfahrungen, aber ohne finanzielle Mittel vor sich haben. Ich muß meine Einrichtung (Röntgenapparat usw.) und ein Vermögen zurücklassen, wenn ich die Emigrationsgebühren und die durch das Novemberpogrom entstandenen zusätzlichen Abgaben entrichtet habe ...

S 3401 - 145 III
O 2162 - 88 VI
H 2030 - 361 VI



Schnellbrief

Betrifft: Anzahlungnahme von Wertpapieren auf die Judenvermögensabgabe; hier Ablehnung der Anzahlungnahme für andere Steuern und Abgaben.

**Der Oberfinanzpräsident
Württemberg
12. Januar 1939
S 3401 A - 40 - 51.**

Nach dem Runderlaß vom 10. Dezember 1938 S 3101 - 10 III/O 2162 - 81 VI/H 2030 - 352 VI (Ziffer 1) gilt die Genehmigung, die nach § 12 der Verordnung über den Einfaß des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1709) erforderlich ist, allgemein als erteilt, wenn die Wertpapiere zur Tilgung von Judenvermögensabgabe in das Eigentum des Reichs übertragen werden sollen. In diesem Falle bleiben die Wertpapiere bei der sie verwaltenden Devisenbank und sind von dieser in ein zugunsten der Preussischen Staatsbank (Seehandlung), Berlin, als Treuhänderin des Reichsministers der Finanzen zu führendes besonderes Depot umzulegen. Ob diese Regelung auch für Einzahlungen auf Reichsfluchtsteuer zugelassen werden wird, steht zur Zeit noch nicht fest.

Im Gegensatz zur Anzahlungnahme von Wertpapieren aus jüdischem Besitz zur Tilgung von Judenvermögensabgabe sind Wertpapiere dieser Art bei Einzahlungen auf andere Steuern und Abgaben grundsätzlich nicht anzunehmen. Um aber die Verwertung von Wertpapieren zur Entrichtung von anderen Steuern und Abgaben (z. B. Einkommensteuer, Umsatzsteuer usw.) durch Juden möglich zu machen, wurde bestimmt, daß die Genehmigung zum Verkauf von Wertpapieren und Reichsschuldbuchforderungen den Juden ohne weitere Befragung als erteilt gilt, wenn der Erlös für die verkauften Wertpapiere und Schuldbuchforderungen zur Bezahlung fälliger Steuern und sonstiger Abgaben - jedoch mit Ausnahme der Judenvermögensabgabe und der Reichsfluchtsteuer (vgl. vorigen Absatz) verwendet werden soll. (Hinweis auf Ziffer I des Runderlasses des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 12. Dezember 1938 Nr. IV 1127/38 C XI an die Wirtschaftsgruppen des Bankgewerbes.) In Fällen dieser Art sind die Juden an die für sie zuständige, das Depot nach der Verordnung über den Einfaß des jüdischen Vermögens verwaltende Devisenbank zu verweisen.

Es liegt im Sinne der im vorigen Absatz bezeichneten Maßnahmen, daß auch die Finanzämter einer besonderen Genehmigung zur Verwertung von Wertpapieren aus jüdischem Besitz, die zu Sicherheitszwecken oder als Pfänder bei ihnen oder in einem gesperrten Bankdepot liegen, nicht bedürfen, wenn die Erlöse für die betreffenden Wertpapiere zur Tilgung von fälligen Steuern und sonstigen Abgaben - auch hier mit Ausnahme der Judenvermögensabgabe und der Reichsfluchtsteuer - der jüdischen Wertpapiereigentümer verwendet werden sollen.

Im Auftrage
Maass

Herrn Oberfinanzpräsidenten

- Auflage nach besonderem Verzeichnis

Auch in Ludwigsburg wurde die Lage der jüdischen Menschen nach der *Kristallnacht* immer katastrophaler und unerträglicher. In der Presse überbot ein antijüdischer Artikel den anderen:

Ludwigsburger Zeitung, 14. 11. 1938: ... *Jetzt wird die Judenfrage endgültig gelöst! Ausscheidung der Juden aus der Wirtschaft...* Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Generalfeldmarschall Göring, erließ eine Verordnung, derzufolge Juden vom 1. Januar ab der Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften oder Bestellkontoren, sowie der selbständige Betrieb des Handwerks untersagt wird. Ebenso kann ein Jude vom 1. Januar 1939 ab nicht mehr Betriebsführer im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 1. Januar 1934 sein. Ist ein Jude in leitender Stellung eines Wirtschaftsunternehmens tätig... so kann das Angestelltenverhältnis durch den Betriebsführer mit einer Frist von 6 Wochen gekündigt werden...

Am gleichen Tag: ... *Schluß mit der deutschen Gemütlichkeit! Judenfrage wird nach dem Volksempfinden gelöst – Dr. Goebbels rechnet mit der Judenhetze ab...* Die Judenfrage wird in kürzester Zeit einer das deutsche Volksempfinden befriedigenden Lösung zugeführt! Das Volk will esso, und wir vollstrecken nur seinen Willen! Daß ein Teil der Auslandspresse noch Haß austreut, berührt uns nicht. Deutschland ist gefestigt, niemand hat ihm dareinzureden, wenn es sich gegen lästige Parasiten zur Wehr setzt...

Für die jüdischen Menschen, die in jenen Tagen ihre Stellung, bzw. ihre Unternehmen verloren, war es nicht mehr möglich, sich auf irgendeine Weise Geld zu verdienen.

Das schwarze Korps, Organ der SS, prognostiziert am 23. 11. 1938, daß die Juden ihr Kapital verzehren und danach zu Kriminellen werden würden, denen mit Feuer und Schwert Einhalt zu gebieten sei. *Das Resultat wäre das Ende des Judentums, seine totale Vernichtung.*

Einer der jüdischen Menschen sagte dazu: ... *spätestens 1938 wurde es klar, was man mit uns beabsichtigte, war es klar, daß man sich unsere physische Vernichtung zum Ziel gesetzt hatte. Ab da gab es für die jüdischen Menschen keine Möglichkeit mehr, sich ihren Unterhalt zu verdienen. Dazu kam noch, daß von jedem Juden eine ungeheure Summe »Wiedergutmachungsgeld« bezahlt werden mußte. Ab 1938 konnten die deutschen Juden noch von der Substanz leben, und jede Summe Geldes wird einmal aufgebraucht, wenn nichts mehr dazu kommt. Daß alle Juden reich waren, ist sowieso eine unwahre Geschichte, wie manche über uns Juden. Wie dieses Ziel allerdings realisiert werden sollte, konnte man sich 1938 noch nicht vorstellen – man kann das ja heute noch nicht, wo man doch weiß, was passiert ist. Wie hätte man es sich auch vorstellen können, daß man sein Leben in einer Gaskammer in Auschwitz würde aushauchen müssen...*

Herr E. schrieb: ... *Meine Frau... arbeitete weiter in Stuttgart in einem Modesaalon, dessen Besitzerin Jüdin war. Diese mußte 1936 ihren Salon an »Arier« verkaufen... es war ihr unmöglich eine neue Anstellung zu finden. Sie machte sich deshalb und Jüdinnen sich keine neuen Kleider leisten konnten, hatte sie wenig Arbeit, eigentlich nur Änderungen. So erreichte man das zweite Ziel: Man nahm den Juden ihr Eigentum und das tägliche Brot. Gleichzeitig wurde die Jugend vor allem dahingehend erzogen, in dem Juden etwas ekeliges, schäbiges, schlechtes zu sehen, das vernichtet werden muß...*

Nachdem die Firma der Familie enteignet worden war, bemühte sich Bernhard Elsas über das Arbeitsamt eine Arbeitsmöglichkeit zu finden. Scheinheilig bot man ihm an, er könne vielleicht auf dem städtischen Müllabfuhrplatz arbeiten – bei der Stadt, der der Vater dieses Mannes in jahrzehntelanger selbstloser Arbeit mit Rat und Tat gedient hatte! Bernhard Elsas wurde schließlich von einer Gärtnerei als Arbeiter angestellt, konnte dort aber nicht lange bleiben, weil er ständig der Belästigung durch den Pöbel ausgesetzt war.

Am 10. 11. 1958 berichtet die Ludwigsburger Kreiszeitung anlässlich des 20. Jahrestages der Zerstörung des jüdischen Gotteshauses von einer Stunde der Besinnung auf dem Ludwigsburger Synagogenplatz. Altlandtagspräsident Keil beschwört die Bilder des Schreckens mit wenigen Worten: *Ich bin im privaten und öffentlichen Leben zahlreichen Bürgern jüdischen Glaubens begegnet, die mir und vielen Zeitgenossen als Vorbilder erschienen sind. Hat nicht auch die Bürgerschaft Ludwigsburg einen Max Elsas zu ihrem Vertrauensmann erkoren? Dieser Mann hat sich als Stadtrat, als Hüter des Gemeinwohls, hohes Ansehen erworben. Und was war nach 1933 sein Schicksal? Verstoßen, geächtet, gemieden wie ein Aussätziger wurde er in der selben Stadt, die ihm zuvor ein hohes Ehrenamt übertragen hatte. Ich war Augenzeuge, wie der Greis gebeugt, geknickt ein Lebensmittelgeschäft mit höflichem Gruß betrat. Man nahm keine Notiz von ihm, erwiderte seinen Gruß nicht und bediente ihn nicht. Still, zerknirscht schlich er davon . . .*

Übermächtig steht die Frage auf: Wie war ein solch ungeheuerliches menschliches Versagen in einer Gesellschaft möglich, die sich eine *christliche* nennt? Dietrich Bonhoeffer sagte einmal *Nur der, der um die Juden schreit, darf gregorianisch singen.*¹

Vergeblich blätterte man am 10. 11. 1968 die Ludwigsburger Tagespresse nach einer Notiz zum 30. Jahrestag der Synagogenschändung durch.

f) Ein möglicher Ausweg: Freitod

Außer dem praktischen Arzt Dr. Pintus, der möglicherweise am 13. 11. 1938 vor seiner Einlieferung in das Lager Dachau seinem Leben selbst ein Ende gesetzt hat, wählte im Juli 1939 eine 48jährige Frau und im Oktober 1941 ein Ehepaar, der Ehemann war 78 und seine Frau 70 Jahre alt, den Freitod. Die ausweglose Verzweiflung trieb diese Menschen in den Tod. Der Grund dafür, daß die Selbstmordfälle relativ selten waren, muß wohl im urgläubigen Wurzelgrund des jüdischen Menschen gesucht werden. Heißt es doch in Genesis 9,5 »Und vollends euer eigen Blut will ich zurückverlangen«.

g) Emigration

Nachdem die *Kristallnacht* die Brutalität des Regimes endgültig offenbart hatte, setzte eine starke Auswanderungswelle ein. Im Jahre 1938 emigrierten aus Ludwigsburg 34 und im Jahre 1939 sogar 38 Menschen. Bereits zu dieser Zeit waren die Auswanderungsbedingungen nahezu unerfüllbar schwierig geworden. Auch im

¹ Bethge, Eberhard, Dietrich Bonhoeffer – Eine Biographie, München 1967, S. 685

Ausland begann die Propaganda der braunen Machthaber ihre Früchte zu tragen. Auch in der Ludwigsburger Zeitung waren täglich Notizen wie folgende zu lesen:

17. 11. 1938: ... *kein Land will sie haben, alle haben übergenug von den Juden* ...
23. 11. 1938: ... *Auch in Kanada kein Platz für die Juden* ...
24. 11. 1938: ... *Weitere Parasiten unerwünscht – auch Mexiko wehrt sich* ...
3. 12. 1938: ... *Juden in Norwegen unerwünscht – Abwehrreaktion der norwegischen Bevölkerung gegen das Judentum* ...
5. 12. 1938: ... *Auch Uruguay will keine Juden* ...

Um ein Visum für die USA erhalten zu können, mußte man im Besitz eines *Affidavits* sein; ein amerikanischer Bürger mußte bei einer amerikanischen Bank einen Dollarbetrag hinterlegen, mit dem er für den deutschen Einwanderer die Bürgschaft übernahm. Diese Bürgschaft verfiel nach einer gewissen Zeit und mußte dann erneuert werden. Es konnte passieren, daß man das Visum nicht erhielt, weil die Bürgschaft in Amerika gerade erneuert werden mußte.

Besonders tragisch ist in diesem Zusammenhang das Schicksal der Familie Josef und Ida Wertheimer, sowie deren Tochter Hannelore. Die Eltern bekamen 1941 noch Affidavit und Visum für die USA, nicht aber die Tochter. Für ihr Kind verzichteten die Eltern auf die mögliche Emigration, alle drei Mitglieder der Familie gingen den Weg in ein Todeslager des Ostens.

Leichter war es, für unterentwickelte Länder Einwanderungspapiere zu bekommen, so z. B. für Venezuela, Kolumbien oder Kuba.

1938 wurde in Deutschland die *Zehn-Marks-Verordnung* eingeführt: Menschen, die Deutschland verließen, durften nicht mehr als zehn Reichsmark Bargeld mit sich führen. Gestattet war, sein Vermögen mit 94 bis 96% Verlust als *freie Mark* ins Ausland zu transferieren. Der Anteil von 94 bis 96% verfiel als *Disagio* an das Deutsche Reich.

Auf das Umzugsgut kam noch eine besondere Abgabe, die an die Deutsche Golddiskontbank geleistet werden mußte: Bei Gegenständen die nach 1933 angeschafft worden waren, war 100% des Wertes abzuführen. Gegenstände, die früher angeschafft waren, wurden mit einer Abgabe belegt, die nach dem Alter des Gegenstandes gestaffelt war.

An die 1939 gebildete *Reichsvereinigung der Juden*, einer jüdischen Organisation, der jeder deutsche Jude angehören mußte und die direkt unter Gestapoaufsicht zu arbeiten hatte, mußte die *Auswanderungsabgabe*, die je nach der Größe des Vermögens u. U. die Hälfte ausmachen konnte, abgeführt werden. Kleinere Vermögen reichten sowieso nicht dazu, die Kosten einer Auswanderung zu decken. Wertsachen durften nicht mit ins Ausland genommen werden.

Die jüdischen Menschen, die in jenen Tagen auswandern wollten, erhielten ihren Paß erst dann, wenn sie von dem zuständigen Finanzamt eine *Unbedenklichkeitserklärung* vorlegen konnten. Diese war schwer zu erhalten. §1 des Steueranpassungsgesetzes lautete *Steuergesetze sind nach nationalsozialistischer Weltanschauung auszu-legen*.

Damit war wiederum Tür und Tor für jegliche Willkürmaßnahme geöffnet, jeder Beamte konnte den Paragraphen auslegen, wie er wollte. Häufig wurden vom Finanzamt Betriebsprüfungen der längst »arisierten« Betriebe angeordnet und damit die Auswanderung auf Monate unmöglich gemacht.

Es ist bekannt, daß einige Menschen an diesen schwierigen Bedingungen scheiterten. Verwiesen sei nochmals auf den Brief des Arztes Dr. Ludwig Elsas.

Von 1933 bis 1941 emigrierten aus Ludwigsburg 146 jüdische Bürger in alle Welt, und zwar im Jahre

1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941
11	5	7	11	22	34	38	4	14

Menschen. Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß diese Menschen kaum mehr als ihr nacktes Leben in Sicherheit bringen konnten. Die psychische und physische Not der Emigranten läßt sich kaum in Worte fassen: Die meisten von ihnen kamen in ein völlig fremdes Land, sie waren der fremden Mentalität ohne Vorbereitung ausgeliefert, der Landessprache nicht mächtig, völlig mittellos hatten sie weder Freunde noch Bekannte und waren gezwungen, die sozial niedrigsten Arbeiten, teilweise unter schwierigen und ungewohnten klimatischen Bedingungen zu leisten, um überleben zu können.

Einige Ausschnitte aus den Briefen der Emigranten geben beredtes Zeugnis:

Herr W.: ... *Wir jungen Leute gingen zuerst in die Tschechoslowakei, wo uns die Deutschen dann nach dem Einmarsch ins Sudetenland unsere letzten Besitztümer wegnahmen. ... Wir wanderten nach Panama aus, wo wir – mit einem dreimonatigen Baby – ankamen. Wir hatten 13 Dollar, keine spanischen Sprachkenntnisse und keine Freunde oder Hilfe. Ich versuchte im Anfang als Busfahrer, Taxi-Chauffeur, Kellner etc. mein Leben zu verdienen. Ebenso mußte meine Frau jede sich bietende manuelle Arbeit annehmen. ...*

Herr H.: ... *Im Jahre 1939 wanderten wir nach Argentinien aus. ... als wir hier ankamen, waren hier sehr schlechte Zeiten und wir mußten in der Landwirtschaft arbeiten, eine sehr schlecht bezahlte Arbeit zu jener Zeit. ...*

Frau L.: ... *Was ist da zu erzählen, was wir selbst durchgemacht haben durch Schikane und Furcht. Solche Sachen bleiben nicht in den Kleidern hängen. ... Glücklicherweise sind wir heute, nachdem alles von uns weggenommen wurde und wir mit nichts in einem fremden Land angekommen sind, heute G. s. D. durch gemeinsame Arbeit wieder ... ein normales und glückliches Heim zu haben. ...*

Herr J.: ... *Wir waren vier Brüder im Ersten Weltkrieg vorne an der Front und stets patriotische gute Bürger. Ich mußte zwangsmäßig mein Geschäft verkaufen und mußte froh sein, nachdem ich noch vorher im Konzentrationslager war, mich und meine Frau nach USA retten zu können, wo wir mit ein paar Dollar in der Tasche ankamen. ...*

Frau J.: ... *Ende Juni 1939 wanderte ich nach England aus. ... Als der Krieg ausbrach, nahm ich eine Haushaltsstelle an der Westküste an. ... Im Juni 1940 mußte ich die Küste als Ausländerin verlassen. Vom Juni 1940 bis 1946 lebte ich in London und arbeitete in bescheidener Weise wieder im Lehrberuf. In der Hauptsache unterrichtete ich erwachsene Emigranten in der englischen Sprache. ...*

Frau M.: ... *Mein Chef, Herr ... wanderte aus, und so verlor ich dadurch meinen Posten, ebenso mein Mann in Stuttgart. Nun gab es keinen anderen Weg als auszuwandern. Wir hatten das Glück ein Visum nach Kolumbien zu bekommen. ...*

Herr M.: ... *Ich bekam einen Rufbrief im Jahre 1938 nach Buenos Aires. Mein ältester Bruder wollte seine verarmte Gemeinde nicht im Stich lassen und lebte eine*

Auswanderung ab, meine anderen zwei Brüder hatten nicht mehr die Mittel, um mit ihren Familien auszuwandern . . .

Herr L.: . . . November 1927 wanderten wir aus . . . Wir kamen nach New York mit ein paar Dollar in der Tasche . . .

Herr We.: . . . Da mein Vater im Ersten Weltkrieg deutscher Soldat war und sich immer als Deutscher fühlte, konnte er nicht glauben, daß es ihm nicht mehr möglich sein werde, in seiner Heimat seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Das war der Grund, warum wir viel zu spät und unter Zurücklassung alles Habs und Gutes auswanderten. Meine Eltern und jüngeren Geschwister gingen nach Kolumbien. Dort versuchten sie unter anderem mit einer Pension das tägliche Brot zu verdienen, – meine Mutter starb teils aus Gram, teils aus klimatischen Gründen, mein Vater hatte große Schwierigkeiten sich an die lateinamerikanische Mentalität und das fremde Klima zu gewöhnen und hat bis zu seinem Tod nicht richtig Fuß fassen können . . .

Herr J.: . . . Ich war 56 Jahre alt, der Sprache nicht mächtig und haben wir beide, meine Frau und ich, anfänglich die schwerste Kuli Arbeit verrichtet, um unser Leben zu fristen . . .

Frau N.: . . . Wir kamen im August 1936 mit 40 Dollar hier an, nahmen uns eine kleine Wohnung und arbeiteten beide sehr hart. Mein Mann fuhr einen Lastwagen für eine Firma, ich selbst machte Änderungen an Kleidern. Ich konnte nähen, aber sehr wenig englisch, oft wußte ich nicht den Unterschied zwischen Naht und Saum. Abends strickte ich für ein Handarbeitsgeschäft. Wir sparten an jedem Cent, um ein paar Dollars zu ersparen. Die Kinder gingen in die Schule und lernten Englisch sehr rasch . . .

Frau M.: . . . Wenn wir allerdings gewußt hätten, was uns erwartete an Not, Sorgen und Krankheit, wären wir wahrscheinlich nicht so freudigen Herzens nach hier gekommen. Meine Schwester, die mit einem Bäcker verheiratet war, und schon etwas früher nach Kolumbien ausgewandert war, nahm uns auf. Jüdische Einwanderer, die schon mehrere Jahre in Kolumbien wohnten, halfen uns, indem sie uns ein altes kleines Haus gaben, ohne Miete zu nehmen. In diesem Haus durften wir uns einen Steinbackofen bauen, und fingen wir mit einer Bäckerei an. Wir arbeiteten Tag und Nacht. Ich selbst nahm zwei Henkelkörbe mit Brot, um es auf der Straße von Haus zu Haus zu verkaufen. Mit dem Erlös des Verkaufs konnten wir uns dann wieder frisch einkaufen und weiter backen. Es war sehr schwer, da ich die spanische Sprache nicht beherrschte, und so etwas in meinem Leben noch nie getan hatte. Hinzu kam noch, daß eine kolumbianische Frau zu dieser Zeit nicht auf die Straße ging, um zu verkaufen, und konnte man so etwas von einer Ausländerin nicht verstehen. Ein Glück, daß ich nicht verstand, was die Leute zu mir sagten. Aber was tut man nicht alles, um sein tägliches Brot zu haben . . .

Herr L.: . . . Ich hatte das große Glück, nach fünf Tagen Arbeit zu bekommen. Ich begann mit Auskehren, Abstauben und ähnlichen Arbeiten in einer kleinen Fabrik. Diese Arbeiten konnte ich bewältigen, ohne daß ich Englisch mit dem Staubbesen zu sprechen hatte. Abends gingen wir zur Schule, um Englisch zu lernen . . .

Frau A.: . . . Die Zeit heilt Wunden, aber garstige Narben bleiben zurück. Wir kamen mittellos hier an und mußten uns langsam mit harter Arbeit ein neues Leben aufbauen. Von dem Augenblick an, als ich die deutsche Grenze verlassen hatte, habe ich einen Strich durch die damals 48 Jahre meines Lebens gemacht . . .

Herr R.: . . . Es sind jetzt beinahe dreißig Jahre als ich im Alter von zwölf und einhalb Jahren mit meinen Eltern nach Amerika emigrierte. Deshalb werden Sie auch

verstehen, daß mein Deutsch gelitten hat! . . . Da mein Vater schon 56 Jahre alt war und kaum ein wenig Englisch konnte, war es sehr schwer für ihn Arbeit zu bekommen und deshalb, wenn das Komitee für Flüchtlinge (eine jüdische Organisation) endlich irgendeine Arbeit gefunden hatte, nahm er diese Arbeit dankbar an. Obwohl er in Deutschland Kaufmann war, Teilhaber in der Bekleidungsindustrie Ludwigsburg . . . war seine Stellung in Pennsylvania eine Fabrik auszukehren. Der Lohn war 14,5 Dollar zur Woche, und das war kaum genug zu verhungern. Meine Mutter, die von reichem Hause kam, schaffte als Magd für 3 Dollar zur Woche . . . Die Jahre 1939–1944 verbrachten wir in Armut, aber waren glücklich, in Amerika zu sein . . .

Frau K.: . . . Wir kamen an einen Platz der bis dahin noch ganz unbewohnt war und machten wir aus einer Wüste eine wirklich mustergültige Siedlung, die ja im Schwabenland sehr bekannt ist unter dem Namen Rexingen oder Schwabensiedlung. Daß es für uns nicht so einfach war, werden Sie sich wohl vorstellen können, 1. war z. B. mein Mann und ich nicht mehr die Jüngsten [Frau K. war 39, Herr K. 47 Jahre alt], dann war die schwere Arbeit, Ackerbau, Hausbau etc. ganz ungewohnt für uns . . . Zu der schweren Arbeit, die wir leisten mußten, kam noch die große Sorge um all unsere Lieben, die wir noch in Europa wußten . . .

Frau A.: . . . Mein ältester Sohn . . . wurde nach Dachau gebracht [17-jährig]. Auch mein Mann kam zu der selben Zeit in ein sogenanntes Schutzhaft Gefängnis. Damals habe ich eine Weile gefürchtet, den Verstand zu verlieren, mußte mich aber aufraffen, um unsere Auswanderung zu betreiben. Zum Glück ist es uns gelungen, kurz vor Toresschluß nach USA auszuwandern . . .

Herr H.: . . . Über unser persönliches Schicksal ist zu berichten, daß ich das Glück hatte, Anfang 1939 nach Amerika zu entkommen, nicht ohne vorher im Zusammenhang mit der Kristallnacht ein kurzes Gastspiel im KZ Dachau absolviert zu haben . . .

Die Presse berichtet folgendermaßen:

Ludwigsburger Zeitung, 15. 11. 1938: . . . Reinliche Scheidung zwischen Deutschen und Juden – Dr. Goebbels über die Judenfrage. Die Juden können verschwinden sobald sie wollen . . . Deutschland habe nur ein Interesse daran, daß die Juden aus dem Lande gehen. Sie dürfen einen gewissen Prozentsatz ihres Vermögens mitnehmen, natürlich im Rahmen des deutschen Devisenvorrates . . . die Judenschaft durch einen meisterhaften Gegenhieb des Reiches empfindlich getroffen worden sei . . . Die schreckliche Untat von Paris habe dem Reich moralische Berechtigung für alle weiteren Schritte gegeben, die es zur radikalen Lösung der Judenfrage unternehme . . .

Ludwigsburger Zeitung, 17. 11. 1938: . . . Die 'armen' Juden – 200 jüdische Millionäre allein in Berlin – Dr. G. Ludwigsburg: . . . wenn es den Juden bei uns so schlecht geht, wundern wir uns, daß es immer noch 700 000 Angehörige der koscheren Nation bis heute bei uns ausgehalten haben . . . Seit der Machtübernahme haben zwar 180 000 Juden das Reichsgebiet verlassen, aber bezeichnenderweise hat sich ihre Häufung in den Großstädten kaum nennenswert geändert . . . Der deutlichste Beweis dafür, daß sich die Juden unter den Menschenmassen der Großstädte recht wohlfühlen, wo sie am ehesten untertauchen und am ungestörtesten ihren Händlergeist betätigen können . . . Mit welchem Erfolg sie das getan haben, zeigt die Tatsache, daß die Juden in Deutschland über das ungeheure Vermögen von mindestens acht Milliarden verfügen . . . die Juden dieses ungeheure Vermögen bestimmt nicht im Schweiß ihres Angesichtes, sondern auf sehr leichte Art zusammengerafft und in den meisten Fällen zusammengeschwindelt haben. Wenn man den Juden ihr ganzes Vermögen nehmen

würde, so wäre das zwar für die geld- und profitgierigen Juden die empfindlichste Strafe, die man sich denken kann, aber noch lange nicht ungerecht . . . Dabei begnügt sich das Reich mit nur einem Achtel . . . und wenn man trotzdem im Ausland für das Mitleid eine praktische Betätigung sucht, so empfehlen wir, uns alle 700 000 Juden lieber heute als morgen abzunehmen . . . Und wenn es auch bei uns Leute geben sollte, die dem gleichen Grundsatz heuchlerischer Nächstenliebe huldigen, wie die Pharisäer in aller Welt, die überfließen vor Tränen des Mitgefühls für die ihrem spießbürgerlichen Empfinden nach so hart angefaßten Juden, so sei es ihnen unbenommen, die Mörder Christi auf ihrem Zug durch das Rote Meer zu begleiten. Wir wollen in Deutschland endlich ein sauberes Haus haben . . .

4. Zwangsverschleppungen in die Vernichtungslager des Ostens

a) Hetzkampagne in der Presse

Seit dem Tag der *Machtübernahme* bereitete das NS-Regime durch eine pausenlose Hetzkampagne – sie erstreckte sich über Jahre und bediente sich aller zur Verfügung stehenden Publikationsmittel – systematisch die Endlösung vor. Der *Ludwigsburger Zeitung* jener Jahre sind nachfolgende Veröffentlichungen entnommen:

22. 11. 1938: *Juden sind Mörder* – Dr. G. Ludwigsburg: . . . daß es eigentlich keiner weiteren Beweise für die Richtigkeit und Notwendigkeit einer endgültigen und radikalen Lösung der Judenfrage bedarf . . . Das deutsche Volk hat in seiner übergroßen Mehrheit . . . auch diesmal begriffen, worum es geht; es sind wieder nur wie schon bisher die paar erbärmlichen Besserwisser, die bei jeder großen Entscheidung ihre Charakterlosigkeit nicht ganz verbergen können und sich auch heute wieder außerhalb der 99prozentigen Mehrheit des Volkes stellen . . . der kümmerliche Prozentsatz jener Unbelehrbaren, von denen uns über kurz oder lang das Leben selbst befreien wird, wobei wir uns vorbehalten, in besonders krassen Fällen schon vorher das Erforderliche zu tun . . .

23. 11. 1938: . . . Was wir mit den Juden tun, ist unsere Sache! Dr. Goebbels an die Propagandisten der Bewegung – Wir lassen uns von niemandem dreinreden! . . .

24. 11. 1938: *Entlarvung der jüdischen Mordhetze – Die Maske herunter* – Dr. G. Ludwigsburg: Wir werden dem Juden die Maske vom Gesicht reißen . . . Wir werden seine Schliche enthüllen, seine Verbrechen, seinen teuflischen Charakter. Wer den Juden kennt, gibt sich nie zu seinem Handlanger her, deshalb: Die Maske herunter!

19. 12. 1938: *Stettin: Jüdischer Mord nach 38 Jahren aufgeklärt* . . . Beim Entrümpeln des Bodens eines Hauses, das seit 1900 in jüdischem Besitz war, entdeckte man den Brief einer Mitwisserin des Verbrechens, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß der Gymnasiast . . . einem jüdischen Ritualmord zum Opfer fiel . . .

Folgende, an Blasphemie nicht zu überbietende Notiz erscheint am Fastnachtsdienstag 1939 – 21. 2. 1939: *Der jüngste Tag naht!! Weh uns armen Ludwigsburgern – Die Rache für die Synagoge droht!!!*

7. 11. 1938: *Kriegshetzerclique in USA entlarvt – Die Juden gehören ohne Ausnahme dazu* . . . Für den Krieg träten schließlich alle Juden ohne Unterschied ein . . .

Diese systematische Hetze war dazu angelegt, in weiten Kreisen des deutschen Volkes die Meinung zu verbreiten, alle Schandtaten, die dem jüdischen Menschen in der Folgezeit zugebracht waren, trafen diesen rechtmäßig.

b) Deportationen aus Ludwigsburg¹

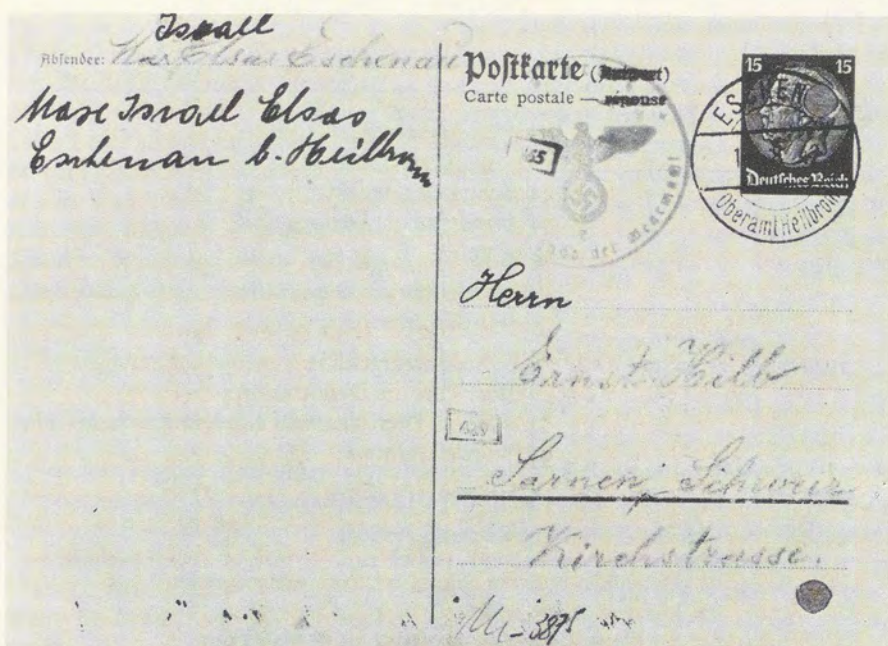
Jahr	Zahl der Deportierten	Schicksal
1940	2	1 Schicksal ungeklärt 1 überlebte die Deportation
1941	12	1 Schicksal ungeklärt 2 überlebten die Deportation 9 wurden ermordet
1942	29	1 Schicksal ungeklärt 1 überlebte die Deportation 1 starb in Theresienstadt eines natürlichen Todes 26 wurden ermordet
1943	5	5 wurden ermordet
1944	4	4 wurden ermordet

52 Menschen wurden deportiert, von ihnen wurden
44 Menschen ermordet
1 der Deportierten starb eines natürlichen Todes
5 Schicksale sind ungeklärt
4 Menschen überlebten die Deportation

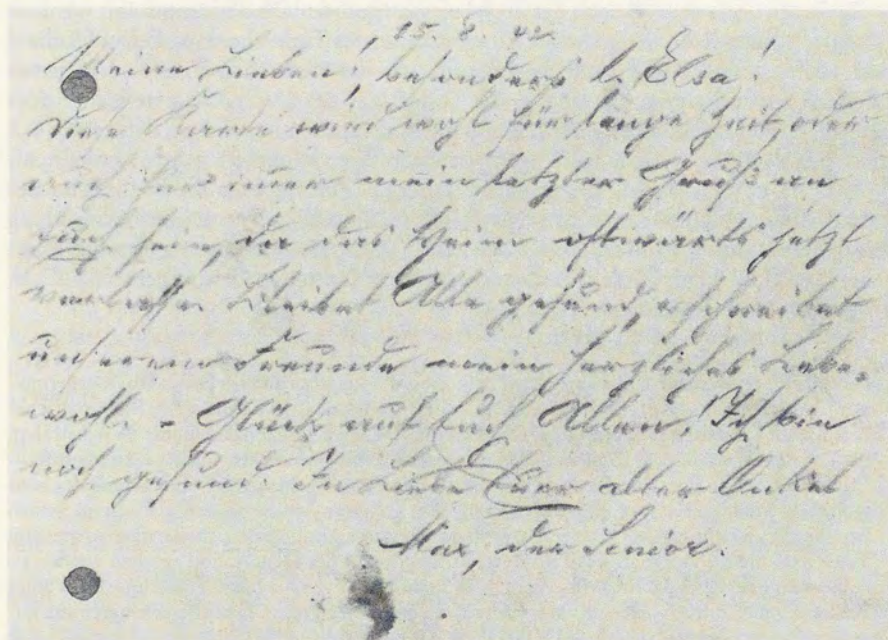
Zu diesen Opfern muß noch der im Jahre 1938 getötete Dr. Pintus gezählt werden. 16 der Ermordeten lebten in der Emigration in der Tschechoslowakei, in Holland und Italien. Sie wurden nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in diesen Ländern aufgefunden und in die Todeslager des Ostens überstellt und dort getötet. Im Zusammenhang mit diesen Schicksalen muß man wissen, daß es ab 1938 nicht mehr möglich war, beim Wegzug den künftigen Wohnsitz geheim zu halten.

Am 3. 2. 1938 erscheint in der Ludwigsburger Zeitung eine diesbezügliche Bekanntmachung: *Unbekannt verzogen nicht mehr statthaft* . . . Diese Bestimmung ermöglichte in den von Hitler überfallenen Nachbarländern eine regelrechte Menschenjagd. Der kämpfenden Truppe folgten die Einheiten der Sicherheitspolizei, ausgestattet mit Fahndungsmeldungen.

¹ Bei einem Gespräch mit dem während der NS-Zeit in Ludwigsburg amtierenden Oberbürgermeister (Amtszeit von 1931–1945) konnte dieser zu den Ereignissen, die die jüdischen Bürger zu jener Zeit betrafen, keinerlei sachdienliche Angaben machen, da alle Maßnahmen, die diese betrafen, nach seinen Worten »am Kompetenzbereich des Oberbürgermeisters vorbeigeleitet wurden«. Erinnerungswürdig waren ihm zwei Tatsachen: 1. Es sei ihm damals gelungen, die Einebnung der zwei jüdischen Friedhöfe zu verhindern. 2. Es sei ihm gelungen, zu verzögern, daß die jüdischen Familien in »Judenhäusern« konzentriert wurden. Letztere Aktion habe sich aber dann sowieso im Sande verlaufen. (Dies muß wohl im Zusammenhang mit der Deportation gesehen werden.) – Außerdem machte er darauf aufmerksam, daß in den Archiven der Stadtverwaltung mit größter Wahrscheinlichkeit aus jener Zeit keine Akten mehr zu finden seien. Dies entspricht den von mir angetroffenen Gegebenheiten.



Letzter Gruß von Max Elsas vor der Deportation 15. August 1942 (Deportation nach
 Theresienstadt am 22. August 1942)



Am 7. 6. 1940 berichtet die Ludwigsburger Zeitung: ... *Jetzt haben wir sie endlich! In Holland internierte Juden aus Deutschland, die über Berlin, Wien, Prag und Warschau nach Amsterdam gegangen waren, um von dort aus die Welt mit ihren Greueltügen zu überschwemmen. Die Juden, die die Emigrantenpresse leiten, sind zum Teil in unsere Hände gefallen. Die anderen haben sich rechtzeitig nach Paris und London in Sicherheit gebracht. Aber auch dort werden wir sie finden und ihrer gerechten Strafe für ihre völkervergiftenden Schmierereien zuführen!* ...

c) Zwangsumsiedlungen

Eine der ersten Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der späteren Deportation in die Konzentrationslager des Ostens getroffen wurde, war eine Zwangsumsiedlung von sieben älteren jüdischen Bürgern. Sechs von ihnen wurden im Dezember 1941 in *Altersheime* nach Eschenau bei Heilbronn und Baisingen gebracht, eine Frau wurde im März 1942 nach Dellmensingen zwangsumgesiedelt. Am 19. und 22. 8. 1942 wurden diese Menschen zunächst nach Theresienstadt, einige von ihnen später nach Auschwitz deportiert. Über den Aufenthalt in den drei genannten Orten konnte nichts ermittelt werden. Von einem dieser Menschen existiert die Abschiedskarte, die in die Schweiz adressiert ist, von Herrn Max Elsas, sie lautet: *15. 8. 1942 – Meine Lieben! Besonders liebe Elsa! Diese Karte wird wohl für lange Zeit oder auch für immer mein letzter Gruß an Euch sein, da das Heim ostwärts jetzt verlassen. Bleibet Alle gesund, u. schreibet unserem Freunde [gemeint ist sein in den USA in der Emigration lebender Sohn Bernhard] mein herzliches Lebewohl. – Glück auf Euch Allen! Ich bin noch gesund. In Liebe Euer alter Onkel Max, der Senior.* Diese Abschiedskarte wurde mir mit der Erlaubnis, sie in dieser Arbeit zu verwenden, und den Worten *Es soll also niemand sagen, die Menschen hätten nicht gewußt, was ihnen bevorsteht*, überlassen.

d) Deportation nach Südfrankreich – authentischer Bericht

Frau G., die 1937 von Ludwigsburg nach Waibstadt/Baden verzogen war, gehörte zu den ersten aus Deutschland in das unbesetzte Gebiet Südfrankreichs, nach Gurs *zwangsabgeschobenen* jüdischen Menschen. *Diese Abschiebung beruht auf einem Führerbefehl, der in einem Erlaß des RFSS¹ vom 30. 9. 1940 enthalten ist ... Die Durchführung ist am 22. und 23. 10. erfolgt. Es sind aus beiden Gauen [Baden und Pfalz, d. V.] insgesamt 6504 Juden in neun Eisenbahnzügen von den Bahnhöfen Konstanz, Heidelberg, Pforzheim, Mannheim und Ludwigshafen über Chalon s. M. an die Demarkationslinie geschafft worden und von dort von den Franzosen ins unbesetzte Gebiet eingelassen worden, wobei letztere anscheinend annahmen, es seien Durchwanderer nach Portugal. Über den weiteren Verbleib ist nichts Näheres bekannt. Die Juden durften 50 kg Gepäck und 100 RM mitnehmen. Die Regierungspräsidenten sind beauftragt, das zurückgebliebene Vermögen treuhänderisch zu verwalten und zu verwerten ...*²

Über die Zustände in Gurs liegt folgender dokumentarischer Bericht vor³:

1 RFSS = Reichsführer SS

2 Lösener, Bernhard, Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, Vierteljahrshefte f. Zeitgeschichte, Jg. 9, Heft 3/1961, S. 295

3 zit. in Sauer, Paul, Dokumentation Bd. 2, S. 234 und 261

Die Verhältnisse im Lager Gurs schildert ein Bericht der *Badischen Presse* am 14. 2. 1941 in einem Artikel, der an Infamie nicht übertroffen werden kann. Die zwangsweise ausgewiesenen jüdischen Menschen wurden hier zu *landesflüchtigen Verrätern* gestempelt, die sich ihr furchtbares Schicksal selbst zuzuschreiben hatten.

... So sieht das ›Leben wie Gott in Frankreich‹ der landesflüchtigen Verräter aus – So lebt man im Emigrationslager von Gurs!

Basel, 14. Februar. – Wenn die jüdisch-marxistischen Emigranten aus dem großdeutschen Reich geglaubt hatten, in Frankreich ein Leben ›wie Gott in Frankreich‹ führen zu können, so sehen sie sich in dieser Hoffnung schwer getäuscht. Die gewiß nicht deutschfreundlichen ›Basler Nachrichten‹ weisen z. B. auf die ›himmelschreienden Zustände‹ im südfranzösischen Emigrationslager Gurs hin. ›Die Zustände in diesem Lager sind derart‹, so heißt es in einer Zuschrift, ›daß, wer sie nicht mit eigenen Augen gesehen und am eigenen Leib erlebt hat, nicht für möglich halten würde. Im Lager von Vernet sind ehemals kräftige Männer durch Kälte und Hunger so geschwächt, daß sie ihr Menschenantlitz verloren haben. Den Frauen ergeht es ähnlich. Haare und Zähne fallen ihnen aus. Die Nägel schrumpfen zusammen aus Mangel an Nahrung. Schwere gesundheitliche Störungen mit nicht mehr heilbaren Folgen sind die Regel. Im Sammellager Gurs sterben wöchentlich etwa 45 Menschen. Wir liegen bei 10 Grad Kälte auf bloßem Fußboden ohne Matratzen und ohne Stroh, mit nur zwei dünnen Decken bedeckt. Als Nahrung erhalten wir morgens ein Glas schwarzen Ersatzkaffee, mittags einen Teller Suppe, die hauptsächlich aus reinem Wasser besteht, in dem 20 bis 25 Erbsen oder ein paar Schnitten gelbe Rüben herumschwimmen, gänzlich fett- und geschmacklos. Abends genau dieselbe Suppe und dazu etwa 350 Gramm Brot. Das ist Tag für Tag die gleiche Nahrung. Es gibt nicht den geringsten Zusatz. Wir leiden derart unter diesen Verhältnissen, daß täglich mehrere vor Erschöpfung zusammenbrechen, und von den älteren Leuten sterben täglich 20 bis 30 an Entkräftung. Sehr häufig kommt auch der Krankenwagen, um die Todkranken von der Krankenstube ins Spital zu bringen, und dann noch ein gewöhnlicher Lastwagen. Er transportiert auf Bahren liegende verhüllte Leichen. Man rechnet aus, daß, wenn keine Epidemie dazukommt und die Sterbefälle so ungefähr gleich bleiben, in ungefähr zwei Jahren das halbe Lager ausgestorben ist.‹

Frau G. gehörte zu den wenigen Menschen, die die Deportation überlebten.

e) Schicksal dreier Menschen, die die Greuel der KZ des Ostens überlebten

Herr H. schrieb: ... Die Frau des 1935 verstorbenen Rechtsanwaltes ging den gleichen Weg [Zwangsumsiedlung nach Baisingen, dann Theresienstadt], wurde aber wie durch ein Wunder von Theresienstadt aus in die Schweiz gerettet, wo sie vor zwei Jahren hochbetagt starb. Das war damals ein Handel mit Menschen, die amerikanischen Juden brachten ein Lösegeld von 1 000 000 Dollar auf, dafür wurden 1000 Juden freigelassen ...

Herr A., dessen Mutter ebenfalls über Baisingen nach Theresienstadt deportiert wurde, und die ebenfalls zu den *Losgekauften* gehörte, schrieb: ... Meine Mutter wurde wenige Monate vor Beendigung des Krieges von den Nazi »abgekauft«. Sie kennen sicher die Geschichte des Eisenbahnzuges mit rund 1500 jüdischen Insassen des Konzentrationslagers Theresienstadt, welche von irgendeinem hohen Tier der Nazi-Organisation – dem zweifellos Gemeinnutz im »idealsten« Sinne vor Eigennutz ging –

gegen so und so viel Dollar oder Gold oder Schweizer Franc, zu deponieren in einer Schweizer Bank, an christliche und jüdische Organisationen verkauft wurden. Der Zug kam auch wirklich im Februar 1945 in St. Gallen an der Schweizer Grenze an. Meine Mutter war unter den rund 1500 Personen, und ich konnte sie, nachdem sie eine Zeit lang in Quarantäne in der Schweiz hatte zubringen müssen, im Jahre 1946 nach Montevideo holen, wo sie bis Februar 1949 lebte. Sie hatte durch die Entsagungen in Theresienstadt und die Aufregungen ihre Gesundheit eingebüßt. Ein Herzschlag setzte ihrem Leben ein Ende...

Ein weiterer Brief von Herrn A.: ... Sie fragen, ob sie betr. die Rettung meiner Mutter sel. mit namentlichen Hinweisen in Ihrer Arbeit aufwarten dürfen. Sehen Sie, ich weiß, daß es nicht im Sinne der Zeit ihres Lebens bescheidenen Frau gewesen wäre, wenn man ihren Namen herausstellen würde... Ich glaube eher, daß das Wunder der Rettung meiner Mutter etwas ist, das mir persönlich, nachdem sie nicht mehr ist, ein Wunder sein darf und kann, nicht aber einem größeren Leserkreis. Vielmehr denke ich, wäre darauf hinzuweisen, wie sehr man von dem ›Volkswohl‹ redete, welches über jedes Privat-Interesse gehe, und wie dann irgendeiner der ›Großen‹ sich pro Kopf der in jenem Zug geretteten Juden und Jüdinnen so und so viel Geld und Gold in der Schweiz gutschreiben ließ... Das sollte jedem, der es liest, die Augen öffnen, auch späteren Generationen, was man von solchen Phrasen zu halten hat, es sollte jungen Lesern der heutigen Zeit eine Art geistige Immunität gegen zukünftige Phrasen geben...

Den Weg des dritten Menschen, der deportiert wurde und die Deportation überlebte, darf ich an Hand der eigenen Aufzeichnungen dieses Mannes verfolgen: Es ist das Schicksal des Lungenfacharztes Dr. med. Ludwig Elsas.

f) Auskünfte von Emigranten über ihre in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen

Jeder der heute noch in der Emigration Lebenden hat unter den Ermordeten der »Endlösung« nächste Angehörige:

Herr H.: ... ich habe meine Eltern und meinen kleinen Bruder, welcher sieben Jahre alt war, in Auschwitz verloren und sind alle drei dort ermordet worden...

Herr E.: ... In Deutschland schien den Nazis die Zeit reif für die »Endlösung«. Die Juden kamen in die Vernichtungslager... Es gab keine Greuelthaten, die dort nicht vollbracht wurden... von den nächsten Verwandten kamen dort um... [hier werden namentlich 15 Menschen aufgeführt]

Frau M.: ... Wir hatten durch das NS-Regime sehr traurige und unersetzliche Verluste. Meine Mutter, meine Schwiegereltern, zwei Brüder (von mir) und drei Geschwister meines Mannes kamen ins Konzentrationslager, wo sie ihr Leben lassen mußten...

Frau A.: ... Leider konnte meine Mutter, ihre Schwester, zwei Schwägerinnen, fünf Nichten und Neffen, Freunde und Bekannte nicht von dem gewaltsamen Tod in den Gasöfen gerettet werden...

Herr H.: ... Es ist mir ein ewiger Schmerz, daß es mir nicht gelang, meine Eltern herauszubringen, so wurden sie nach vielen Demütigungen 1941 nach Baisingen »umgesiedelt«, wie es beschönigend genannt wurde, ein Jahr später kamen sie nach Theresienstadt und von dort im Mai 1944 nach Auschwitz, den Rest können Sie sich denken... Ich selbst kam 1946 nach Deutschland zurück mit der schwachen Hoffnung, meine Eltern zu finden, doch leider vergebens...

Herr A.: ... Wir hatten eine zahlreiche Verwandtschaft, welche nicht in Ludwigsburg wohnte, aber leider sind davon sehr viele umgebracht worden, es ist zu schrecklich aufregend, daran zu denken, auf welche Weise. Ein Verwandter in Stuttgart hat sich klugerweise selbst das Leben genommen, als er deportiert werden sollte ...

Frau L.: ... Wir haben Eltern und Verwandte im Konzentrationslager verloren... Was können wir unseren Kindern erzählen, was mit ihren Großeltern etc. geschehen ist. Wir müssen ihnen sagen, daß, weil sie als Juden geboren sind, hat man sie umgebracht und alle Habseligkeiten weggenommen ...

Herr W.: ... Während meine Familie zum mindesten das nackte Leben retten konnte, ist die Familie meiner Frau völlig ausgerottet worden. Ihre Eltern wurden nach Theresienstadt verschleppt und von dort nach Treblinka, von wo sie nicht mehr wiederkamen. Wir erhielten später durch das Rote Kreuz diese Nachricht. Meine Schwägerin und ihr Mann wurden nach Polen verschleppt, und ihr Schicksal ist bis heutigen Tages unbekannt ...

45 jüdische Bürger Ludwigsburgs wurden in den Konzentrationslagern Hitlers ermordet – es kann sogar sein, daß es 48 waren. Sie wurden ermordet und sind nicht etwa *umgekommen*, wie der verniedlichende, aber zumeist gebrauchte Terminus lautete. Nicht weil sie eine Schuld auf sich geladen hatten, wurden sie getötet. Sie wurden getötet, weil sie als Juden geboren worden waren und weil in Deutschland eine Clique von Verbrechern die Staatsgewalt in die Hand bekommen hatte, die u. a. dem Wahnsinn verfallen war, die übrigen Deutschen, die *Arier*, die *Herrenmenschen* könnten auch über Leben und Tod der Menschen verfügen.

Alle jüdischen Bürger von Ludwigsburg verloren in diesen Jahren ihre Heimat und ihr Eigentum.

g) Privilegierte Mischehen

Während der NS-Zeit gab es eine kleine Gruppe von *privilegierten* Juden. Zu ihnen gehörten solche jüdische Menschen, die in einer Mischehe mit einem *Arier* lebten, besonders dann, wenn aus dieser Ehe Kinder hervorgegangen waren, die nichtjüdisch erzogen wurden, oder wenn der jüdische Ehepartner die Frau und die Ehe kinderlos war. Diese Menschen waren *privilegiert*, nicht sterben zu müssen.

Nach Lösener¹ war Hitler zu diesem Zugeständnis bereit, nachdem man ihm klar gemacht hatte, daß die Hälfte der Verwandten einer solchen Ehe *Arier* waren, die man bei der rigorosen Handhabung der Mischehenfrage – zunächst hatte man daran gedacht, alle diese Ehen generell zu scheiden, um dann über den jüdischen Ehepartner verfügen zu können – in Opposition zu dem Regime zwingen würde.

In Ludwigsburg lebten während der Verfolgungszeit acht jüdische Menschen in einer solchen Mischehe, sechs von ihnen haben in Ludwigsburg den Krieg überlebt, zwei starben während des Krieges eines natürlichen Todes.

Eine dieser Familien wanderte nach 1945 nach den USA aus (ebenso die Töchter einer inzwischen verstorbenen Dame), eine Familie übersiedelte nach München, vier Menschen starben nach dem Krieg, eine Dame ist jetzt noch in Ludwigsburg wohnhaft.

¹ Lösener, Bernhard, S. 288

Die Tochter einer inzwischen verstorbenen Dame, die in einer solchen *privilegierten Mischebe* gelebt hat, war zunächst bereit, über ihr Schicksal in jenen Tagen Auskunft zu geben. Dann aber unterließ sie es doch, weil sie von ihren Verwandten einen dringenden dahingehenden Rat erhielt: *Wir haben so Schreckliches mitgemacht . . . Mein einziger Wunsch ist es, in Zukunft unbehelligt leben zu können . . . Die politischen Verhältnisse sind heute schon wieder so unsicher . . .*

Auch die noch in Ludwigsburg lebende Dame antwortete auf zwei Briefe nicht. Vermutlich aus den gleichen Gründen.

Von der Familie, die nach 1945 nach den USA ausgewandert ist, erfuhr ich von einem Schulkameraden des Sohnes, daß dieser heute an der Yale University Inhaber eines Lehrstuhles für Germanistik ist. Auch er hat nicht geantwortet. Ein Klassenkamerad sagte während des Krieges einmal zu ihm: *. . . weißt du, als deutscher Offizier kann ich es mir nicht leisten, mit dir noch zu sprechen . . .* Ob für ihn auch zutrifft *. . . Zeit heilt Wunden, aber böse Narben bleiben . . .?*

III. Das Schicksal einer jüdischen Familie

1. Status der Familie

1796 wanderte aus Scharlachberg bei Colmar im Elsaß eine Familie nach Württemberg ein. Sie ließ sich in Aldingen am Neckar nieder. Der Familienvorstand hieß Isak Elsas.

1816 wurde als sechstes seiner 13 Kinder sein zweiter Sohn geboren, den er Benedikt nannte. Benedikt Elsas war der Begründer der noch heute in Ludwigsburg ansässigen Ludwigsburger Buntweberei. Es ist nicht bekannt, wo er seine Weberlehre erhalten hat, bekannt aber ist, daß er, dem Brauch seiner Zeit folgend, als Webergeselle auf die



Rösle Elsas geb. Liebmann (geb. 1788 in Wankheim beim Tübingen)

Wanderschaft ging. Weit ist er nicht gekommen. Vermutlich auf Grund seiner Fähigkeit bekam er den Posten eines verantwortlichen Webergesellen für jaquardgewobene Fahnen bei der damals weltberühmten Weigle'schen Fahnenfabrik in Hoheneck. Ab 1832 mußte er – nach dem Tode seines Vaters – die Familie mit erhalten. Das mag eine der Ursachen gewesen sein, daß er sich 1838, 22jährig, dem Zunftobermeister zur Meisterprüfung stellte: Er bestand die Prüfung. Später sagte er, der Zunftobermeister habe ihm einen arg durcheinandergebrachten Strang Garn gegeben, den er in kurzer Zeit habe umspulen sollen, und habe es wohl gar nicht gerne gesehen, daß ein so junger Mensch schon Meister werde.

Noch aus einem anderen Grund war es ungewöhnlich, daß er Handwerksmeister wurde: Benedikt Elsas war Jude. Die Folge religiöser Irrlehren des Mittelalters war es, daß es Juden bis zur Französischen Revolution von Fürsten und Land verboten war, Bauern oder Handwerker zu werden, oder einen geistigen Beruf zu ergreifen. Benedikt Elsas war einer der ersten Juden, die in den Handwerkerstand gekommen sind. Ihm gelang es sogar gleich, Handwerksmeister zu werden.

Ab 1838 stand ihm das Recht zu, auf eigene Rechnung Garn einzukaufen und Gewebe zu verkaufen; außerdem durfte er Lehrlinge und Gesellen beschäftigen. Unter seinen ersten Lehrlingen sind seine beiden Brüder. Der Urenkel von Benedikt Elsas, der heute die Firma leitet, sagte beim 125jährigen Geschäftsjubiläum 1963 *Fleißig waren meine Ahnen, ehrlich und sparsam, und Segen muß auf der jungen Firma gelegen haben*, denn 1852 hatte man so viel gespart und die Weberei auf eine so solide Basis gestellt, daß das Gebäude in Ludwigsburg, Marstallstraße 4, erworben werden konnte, das heute noch Sitz der Firma ist.

Zunächst wurde vermutlich noch mit Handwebstühlen gearbeitet, jedoch in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts stellte die Firma auf Dampfkraft und mechanische Webstühle um. Die fünf Kinder von Benedikt Elsas wuchsen in diesem Hause in Ludwigsburg auf. 60jährig starb Benedikt Elsas 1876. Seine vier Söhne, alle als Textiltechniker bzw. als Textilkauflleute ausgebildet, übernahmen die Firma. In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte man 70–80 mechanische Webstühle angeschafft, für damalige Verhältnisse eine sehr beachtliche Zahl. Gewoben wurden Cords, Hosenzeuge, Blusenzeuge, Bettzeuge und Flanelle.

Die vier Söhne des Gründers festigten den guten Ruf der Firma weiter. Sie wurden betagter, und es wäre Zeit gewesen, das Unternehmen den tatkräftigen Händen der nächsten Generation zu übergeben. Da brach der Erste Weltkrieg aus. Der Pflicht und der Vaterlandsliebe des guten Bürgers gehorchend, rückten sämtliche Söhne der dritten Generation ein. Zwei von ihnen, Benno und Berthold, starben für das Land, das ihre Familie später in den Konzentrationslagern ermordete oder zur Emigration zwang.

Die Söhne waren im Krieg, die Rohstoffe wurden knapp und gingen aus. In der Rüstungsindustrie fehlte Leder für Antriebsriemen. Da entschlossen sich die Teilhaber, ihren Betrieb für die Dauer des Krieges stillzulegen und die Treibriemen ihrer Webstühle der Kriegsindustrie zur Verfügung zu stellen.

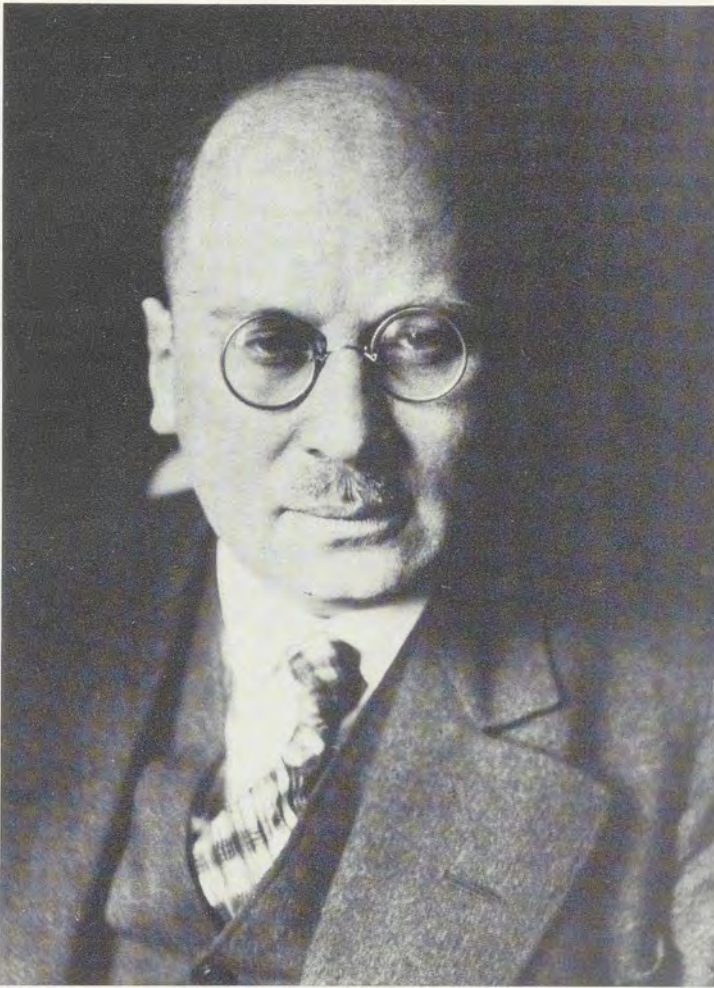
Erst 1919, als die überlebenden Söhne aus dem Krieg heimkehrten, brachte man die Firma wieder in Gang. Zunächst waren die verheerenden Folgen des Ersten Weltkrieges zu überstehen, Inflation und Geldabwertung, die um so schlimmer wurde, als die



*Benedikt und Rebekka Elsas
mit Kindern Oskar, Adolf und Sidonie um 1856*

Firma keinerlei Warenvorräte hatte. Rohstoffe waren in diesen Tagen für das Geld, das täglich weniger wert war, nicht zu erhalten. Dazu kam noch, daß die Inhaber während des Krieges – wiederum in ungewöhnlicher Erfüllung vermeintlicher Bürgerpflichten – praktisch ihr gesamtes privates und das Firmenvermögen als Kriegsanleihe angelegt hatten. Das deutsche Reich war bankrott, die Anleihen wurden niemals zurückgezahlt. Der Betrieb war da, aber sonst gar nichts.

So fing die dritte Generation abermals von vorne an und brachte den Betrieb mit Tüchtigkeit und Fleiß wieder hoch. Die Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932 traf die Firma hart, aber dies wäre gemeistert worden, hätte nicht ab 1933 die nationalsozialistische Diktatur das Werk der Familie vernichtet.



Fritz Elsas (1890-1945)

2. Männer, die dieser Familie entstammen

Nachfahren der 13 Kinder des Isak Elsas sind in und über Württemberg hinaus berühmte Leute geworden. Genannt sei der Senatspräsident des Stuttgarter Landtages, Herr Hugo Elsas.

Die Kommerzienräte Louis und Julius Elsas, sowie auch Max Elsas waren Mitglieder der Handelskammer Stuttgart.

Ein Martin Elsas war Vizepräsident der Handelskammer Baden in Karlsruhe.

Ein anderer Sohn dieser Familie, eine Straße in Stuttgart trägt seinen Namen, Fritz Elsas, begann seine Laufbahn als Rechtsrat seiner Heimatstadt Stuttgart. 1926 wurde

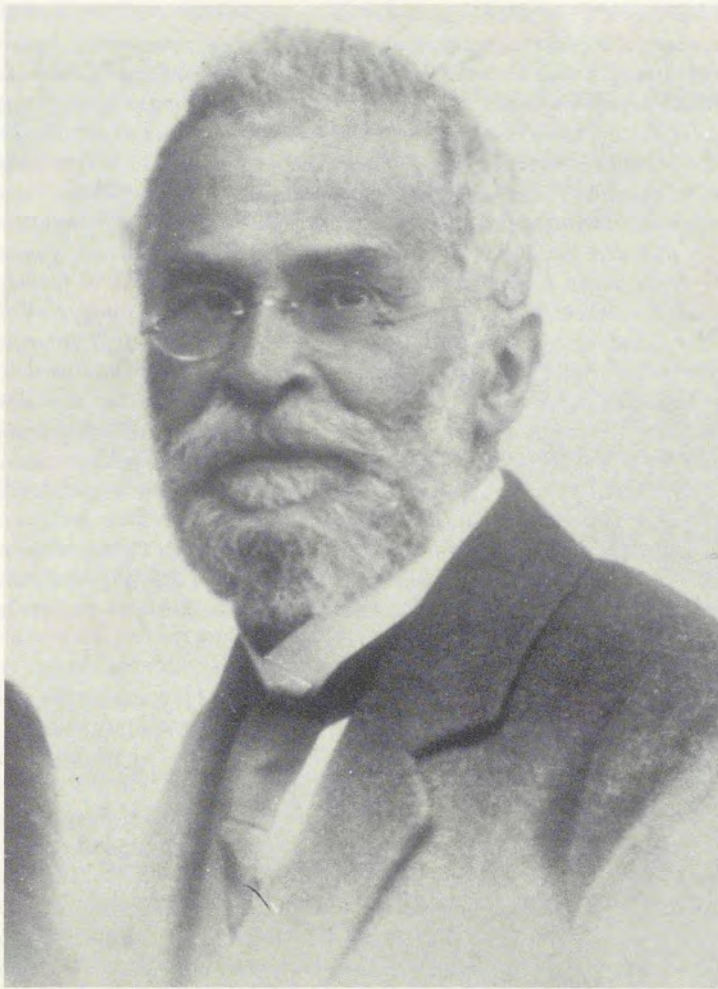


Ausstellungseröffnung in Ludwigsburg am 15. Juni 1914 durch König Wilhelm II. von Württemberg (in der zweiten Reihe Max Elsas)

er – erst 36jährig – Vizepräsident des Deutschen Städtetages und 1931 Zweiter Bürgermeister von Berlin. Das Jahr 1933 brachte auch für ihn den Verlust aller seiner Ämter. Er wohnte weiter in Berlin, wo er sich zur Aufgabe gemacht hatte, Auswanderer zu beraten. Dies führte im Jahre 1937 zu seiner ersten Verhaftung. Er wurde wieder freigelassen. Nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 gewährte er – obwohl er selbst aufs äußerste gefährdet war – einem seiner alten Freunde, Carl Friedrich Goerdeler, in seinem Hause Unterschlupf. Er wurde zum zweiten Male verhaftet und im Januar 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen ohne Gerichtsurteil erschossen.¹

Unter den vier Söhnen von Benedikt Elsas tat sich früh sein am 10. 3. 1858 geborener Sohn Max mit der meisten Initiative hervor. Max Elsas erhielt eine für damalige Zeitverhältnisse bemerkenswert gute Ausbildung: Er verließ die Realschule mit dem Zeugnis der Reife, anschließend besuchte er in Reutlingen die Textilfachschule, nach der dort abgeschlossenen Ausbildung absolvierte er noch eine kaufmännische Ausbildung. Früh betätigte sich Herr Max Elsas auf kommunalpolitischem Gebiet. Lange Jahre war er Stadtrat der Demokratischen Partei, im Ersten Weltkrieg versah er die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters, der ausgerückt war, und leitete während der Kriegsjahre die Geschicke der Stadt: »ehrenamtlich, so wie es sich für einen guten Bürger jener Zeit gehörte«, so lautete der Kommentar eines seiner Nachfahren, der um all die Scheußlichkeiten, die passiert sind, weiß und sie teilweise am eigenen Leib erfahren mußte. Herr Max Elsas hatte viele Ämter kommunaler Art inne: er war

¹ Stuttgarter Zeitung, Nr. 231/26 v. 5. 10. 1963



Max Elsas etwa 1926

Mitglied der Handelskammer, Gemeinderat, im Vorstand der Ortskrankenkasse, der Angestelltenversicherung – die Liste ließe sich noch lange fortsetzen.

Zu seinem 70. Geburtstag bringt die Ludwigsburger Zeitung am 9. 3. 1928 folgende Würdigung:

Zum 70. Geburtstag von Gemeinderat Max Elsas. – Morgen begeht Herr Max Elsas, Fabrikant und Gemeinderat, seinen 70. Geburtstag. Wir dürfen diesen Feiertag nicht vorübergehen lassen, ohne ihm dazu auch im Namen der Bürgerschaft die herzlichsten Glückwünsche dargebracht zu haben.

Aus einer alteingesessenen Familie hervorgegangen, in der Charakterfestigkeit zum Familienerbteil geworden ist, hat sich auch Gemeinderat Max Elsas immer durch ein geradliniges und bewusstes Wirken ausgezeichnet.

Mit 24 Jahren trat Herr Max Elsas in Erfüllung seiner Bürgerpflicht, die bei ihm nie eine Phrase war, der Feuerwehr bei, der er von 1882 bis 1907 angehörte. In den Jahren 1905 bis 1908 berief ihn das Vertrauen seiner Mitbürger in den Bürgerausschuß. Von da an hat er seine Erfahrung und sein Können dem Gemeinderat zur Verfügung gestellt. Während des Krieges war er bis zur Aufhebung des Bürgerausschusses 1. Stellvertreter des Stadtvorstandes. Wertvolle Mitarbeit leistete er besonders im Verwaltungsausschuß, im technischen Ausschuß, sowie im Gasausschuß, wo er überall durch seine Fachkenntnis ratend und tuend mithelfen konnte. Als Mitglied des Handelsschulrates hat er sich mit den Aufgaben dieses Institutes eingehend vertraut gemacht. An führender Stelle stand Gemeinderat Elsas besonders auf sozialem Gebiet; so im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt, der Invalidenversicherung, als Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse und als Vorsitzender der Angestelltenversicherung. Durch seine langjährige Tätigkeit in den Steuerauschnüssen beim Finanzamt leistete er wertvolle Mitarbeit vor allem für die Industrie, Gewerbe und Handel. Während des Krieges war er Vorsitzender der Kriegshilfe für Stadt und Bezirk, wobei allen Bedrängten positive Unterstützung zuteil wurde. Viele Jahre hindurch verwaltete er auch das Schatzmeisteramt von Industrieverband, Gewerbeverein und Kanalverein.

Seit 1918 ist er Seniorchef der alteingesessenen Buntweberei Elsas & Söhne.

Ich wünsche dem Jubilar von Herzen, daß er sich noch bester Gesundheit erfreuen darf, noch viele Jahre seine kraftvolle und umfassende Tätigkeit im Interesse der Allgemeinheit und nicht zuletzt auch seiner Firma ausüben kann und wünsche ihm zu seinem morgigen Festtag viel Glück und Freude.

An seinem 75. Geburtstag, es ist inzwischen das Jahr 1933, sucht man vergeblich nach einer kleinen Notiz, obwohl es sonst usus ist, daß jeder 75jährige genannt wird.

Von seinem Eintritt in die Firma der Familie bis zu deren Liquidierung durch die Nazis 1938/1939 gehörte er der Geschäftsführung an.

Am 10. November 1938 wurde auch er verhaftet, aber seines hohen Alters wegen nach zweitägiger Haft im *Blockhaus* des Gefängnisses Ludwigsburg wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bis zum 20. 12. 1941 lebte er in seinem Haus in der Marstallstraße 4. Als sich für seinen Sohn Bernhard im Juni 1941 noch die Möglichkeit auftat, in die USA zu emigrieren, konnte er seines hohen Alters wegen diesen Strapazen nicht mehr ausgesetzt werden. Mit Bestimmtheit nahm die Familie an, er würde – zwar unter dürtigsten Verhältnissen, aber dennoch unter menschenwürdigen Bedingungen in seinem Haus sein Leben beschließen dürfen.

Vergessen waren die Verdienste, die er sich um seine Heimatstadt erworben hatte: Am 20. 12. 1941 wurde Herr Max Elsas in das *Jüdische Altersheim* Eschenau bei Heilbronn *umgesiedelt*. Es ist bekannt, daß am Tage seiner Deportation eine Besichtigung seines Hauses, das beschlagnahmt war, durch Herren des Bürgermeisteramtes und der Kreisleitung stattfand. Man kannte Max Elsas ebensogut, wie seine Verdienste, man hatte kein Wort für ihn.

Eschenau ist nicht die letzte Station für ihn: Am 22. 8. 1942 wurde er in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Dort verstarb er am 30. 9. 1942. Frau Toni Orthal, geborene Elsas, die Tochter seines Bruders Adolf, die ebenfalls zu dieser Zeit in Theresienstadt inhaftiert war und dort ihren Krankenschwesterberuf ausübte, pflegte ihn in seinen letzten Tagen. Dankbar weiß man, daß er eines natürlichen Todes sterben

durfte – der Zeitpunkt allerdings wird durch die vorausgehenden Ereignisse mitbedingt sein.

Seine Gattin Ida, geborene Fellheimer, starb bereits am 7. 4. 1939 in Ludwigsburg an einem Herzschlag. Dieser frühe Tod dürfte ebenfalls, und zwar mit großer Wahrscheinlichkeit, auf die Zeitverhältnisse zurückzuführen sein.

Zwei Söhne hatte Max Elsas: der ältere, Bernhard, trat in die Firma des Vaters ein, der jüngere, Ludwig, absolvierte ein Medizinstudium und ließ sich als Lungenspezialist in Ludwigsburg nieder.

3. Das Schicksal eines Emigranten

Am 4. Februar 1891 wurde Max Elsas ein erster Sohn geboren, er nannte ihn Bernhard. Bernhard Elsas absolvierte in Ludwigsburg die Oberrealschule. Danach schloß sich eine kaufmännische Ausbildung bei der *Württ. Glühstrumpffabrik und Chem. Labor Dr. Wilhelm Schmid – Ludwigsburg* an. Nach der kaufmännischen Ausbildung folgte eine weitere zum Textiltechniker in Reutlingen. Zur Vervollkommnung der – man darf wohl mit Fug und Recht noch *Bildung* sagen – schickte man ihn danach noch für einige Jahre nach Paris. Als 22jähriger kam er 1913 zurück.

1914 zog er als Kriegsfreiwilliger in den Ersten Weltkrieg, den er als Unteroffizier mitmachte. Er wurde mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnet.

Im Namen des Führers und Reichskanzlers wurde Bernhard Elsas am 29. Dezember 1934 das von Hindenburg gestiftete *Ehrenkreuz für Frontkämpfer* verliehen. Wären 1941 nicht einige glückliche Umstände zusammengetroffen, wie hätte dann sein und das Schicksal seiner Familie ausgesehen?

Nach dem Ersten Weltkrieg trat Bernhard Elsas als Geschäftsführer in den väterlichen Betrieb ein und gehörte ihm bis zur *Arisierung*, der Liquidierung durch das Naziregime 1938/39 an.

Nach der *Kristallnacht* wurde auch er fünf Wochen im Konzentrationslager Welzheim, das zu dieser Zeit offiziell *Polizeigefängnis Welzheim* hieß, inhaftiert. Nach einer Woche erfuhr die Familie, daß der Vater lebte und sich in Welzheim befand: In diesen Wochen wurde die Liquidierung der Firma betrieben, und man zwang den Seniorchef, Max Elsas, zusammen mit den *Ariseuren* nach Welzheim zu fahren und dort zusammen mit seinem Sohn den *Kaufvertrag* zu unterzeichnen. Bei dieser Gelegenheit traf er mit seinem Sohn zusammen und erfuhr, daß sein zweiter Sohn ebenfalls in Welzheim gefangen gehalten wurde.

Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager mußte Bernhard Elsas zusammen mit seinem hochbetagten Vater die ordnungsgemäße Übergabe der Firma abwickeln. In einem Schreiben *Der Württ. Wirtschaftsminister*, das an die neue Firmenleitung gerichtet und das mit *Im Auftrag Dr. Stalcker* unterzeichnet war, hieß es:

...*Die Übernahme des Betriebes zu den im Vertrag vom 8. November 1938 vereinbarten Bedingungen genehmige ich nach § 1 der neben genannten Anordnungen mit der Auflage, daß die Beschäftigung des Herrn Elsas auf den 31. Dez. 1938 befristet wird. ...*

Obwohl Bernhard Elsas sich bemühte, Arbeit zu finden, wie bereits beschrieben, blieb er von 1939 bis 1941 praktisch arbeitslos. Die Anstrengungen, für seine Familie

TRIPPLICATE

(To be given to declarant when originally issued; to be made a part of the petition for naturalization when petition is filed; and to be retained as part of the petition in the records of the court)

UNITED STATES OF AMERICA

No. 3560

DECLARATION OF INTENTION (Invalid for all purposes seven years after the date hereof)

United States of America } In the United States District Court
Northern District of Texas } ss: of Nor. Dist. of Texas, at Dallas

(1) My full name is Bernhard Elsas
(2) My place of residence is 5602 Tremont, Dallas, Tex
(4) I was born at Ludwigsburg, Germany my age is 51 years. (3) My occupation is Textile Mills
(5) My national origin is German

(6) My personal description is:
Race German; sex Male; color White; complexion Fair; color of eyes Brown
color of hair Grey; height 5 feet 5 inches; weight 139 pounds; visible distinctive marks
scar on forehead (7) I have Not heretofore made a declaration of intention:
Number 0 on 0 at 0

(8) I am married. The name of my wife or husband is Della Elsas, nee Burchard (a) he resides at
Dallas Texas; we were married on July 25, 1923 at Bad Naustatt, Germany
(b) he was last in Burgproppach, Germany May 15, 1906 (c) I have 2 children,
New York N Y June 30, 1941
and the name, date, and place of birth and place of residence of each of said children are as follows:
Elsas, Oscar, June 12, 1924, Stuttgart, Germany, New York City
Elsas, Marie, June 8, 1927, Stuttgart, Germany, New York City

(10) My last foreign residence was Ludwigsburg, Germany I emigrated to the United States of America from
Tisbon New York N Y under the name of Elsas, Bernhard (Bernhard Elsas)
on June 30, 1941 My last entry certificate for permanent residence in the United States was at
June 30, 1941 on the vessel SS Excalibur
as shown by the certificate of my arrival.

(11) I am not an anarchist. I am not a polygamist nor a believer in the practice of polygamy. I declare that it is my intention in good faith to become a citizen of the United States of America; that I will, before being admitted to citizenship, renounce absolutely and forever all allegiance and fidelity to any foreign prince, potentate, state, or sovereignty, of whom or of which I may be at the time of admission to citizenship a citizen or subject; and that it is my intention to reside permanently in the United States.

I do swear (affirm) that I know the contents of this declaration of intention subscribed by me; that the same are true to the best of my own knowledge, except as to matters therein stated to be alleged upon information and belief, and that as to those matters I believe them to be true; that this declaration was signed by me with my full, true name; and that the photograph affixed to the duplicate and triplicate of this declaration of intention is a likeness of me; SO HELP ME GOD.

Bernhard Elsas
Subscribed and sworn to (affirmed) before me in the form of oath shown above in the office of Clerk of said Court at Dallas, Texas

this 7 day of July, anno Domini, 1942 I hereby certify that Certification No. 2-21899 from the Commissioner of Immigration and Naturalization, showing the lawful entry for permanent residence of the declarant above named on the date stated in this declaration of intention, has been received by me, and that the photograph affixed to the duplicate and triplicate hereof is a likeness of the declarant.

Geo. W. Parker Court.
Clerk of the U.S. District Court.
By Max Couger Deputy Clerk.



No. 768755

FORM 2292-L-13
U. S. DEPARTMENT OF JUSTICE
IMMIGRATION AND NATURALIZATION SERVICE
(Edition 4-26-40)

Einwanderungsvormerkung durch die USA für Bernhard Elsas (Declaration of Intention)

u. a. eine Auswanderungsgenehmigung nach Chile oder Australien zu erhalten, scheiterten. Sein Sohn schilderte die Vorstellung bei der australischen Einwanderungskommission in München: *Man musterte uns, wie man Tiere mustert; man taxierte die zu erwartende Arbeitsleistung.* Die Kräfte des Vaters waren durch die Sorgen und Strapazen der Jahre von 1933 an restlos verbraucht, der Sohn war noch zu jung. Es wurde ein abschlägiger Bescheid erteilt.

Not less than 2 nor more than 7 years after the date the original of this declaration was made you may file a petition for naturalization (or second papers). To file such petition it will be necessary for you to make application, in person or by letter, to the nearest clerk of court exercising naturalization jurisdiction, or to a representative of the Immigration and Naturalization Service, for an application Form A-2214. You should not delay doing this until near the close of the 7-year period, because if you do not file your petition with the court prior to the expiration of this 7-year period it will be necessary for you to file a new declaration of intention and wait at least another 2 years thereafter before you can file your petition for naturalization. A petitioner for naturalization who is married to a citizen of the United States is not required to make a declaration of intention as a basis for filing a petition for naturalization.

The Federal text book on citizenship—"Our Constitution and Government"—has been prepared by the Immigration and Naturalization Service for declarants who attend citizenship classes in the public schools.

16-11543

Seit 1938 war die Familie beim amerikanischen Konsulat Stuttgart mit der Nummer 17 354 für eine Auswanderung in die USA registriert. Das Konsulat Stuttgart konnte über eine jährliche Quote von 6000 Visen verfügen, das bedeutete somit eine voraussichtliche Wartezeit von drei Jahren!

Im Mai 1941 gelang es, noch ein Visum zu erhalten und aus Deutschland praktisch in allerletzter Minute auf legalem Wege zu entkommen.

Der Bruder, Dr. Ludwig Elsas, hatte die Registrierungsnummer 21 029, die vor dem Auswanderungsstop nicht mehr ausgerufen wurde. Er mußte den Weg in die Konzentrationslager des Ostens antreten.

Die Familie verließ Deutschland und Europa über Berlin, Paris, San Sebastian, Lissabon. Zurück blieb der alter Vater Max Elsas, zurück blieb der Bruder Dr. Ludwig Elsas. Was dies in der Zeit allerhöchster Bedrohung für die in die Freiheit Gelangenden und für die Zurückbleibenden bedeutet haben mag, kann man nicht ahnen.

Der Weg wird in einem plombierten Wagen zurückgelegt. An der Grenzstation Hendaye, zwischen Frankreich und Spanien – hier endete der Macht- und Einflußbereich Hitlers – wurden zwei Menschen zur genauen Kontrolle, zur Leibesvisitation herausgegriffen: Vater und Sohn Elsas. Man fand nichts bei ihnen, was eine Handhabe für eine Festnahme hätte liefern können; sie kehrten nach 20 Minuten zu ihren Gefährten zurück. Was haben aber die unmittelbar Betroffenen in diesen 20 Minuten durchgestanden, Mutter, Vater, Tochter und Sohn.

Nach einem dreiwöchigen Aufenthalt in Lissabon – während dieser Zeit tauchten alle erdenklichen Schwierigkeiten auf, die Familie schwebte ständig zwischen der Hoffnung, gerettet zu werden, und der Angst, nach Deutschland zurück zu müssen: das Schiff, auf dem gebucht war, kam nicht, das Geld ging aus, Menschen waren bestechlich und wurden bestochen, Menschen waren käuflich und wurden gekauft, die Beamten waren Könige – gelang es der Familie, einen Platz auf einem Schiff zu finden: Es war die *Excalibur*.

Nach der Landung in New York ging Bernhard Elsas mit seiner Familie in die Südstaaten, nach Texas; er hoffte, als Textilfachmann dort am ehesten Arbeit zu finden. Für die völlig mittellose Familie war der Anfang sehr schwer. Bernhard Elsas war der Landessprache nicht mächtig und außerdem hatte ein 50jähriger Mann in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg in den USA sowieso kaum eine Chance, beruflich Fuß fassen zu können. Das Land hatte die Folgen der Weltwirtschaftskrise noch nicht überwunden und rang um seine Existenz. Dies ist auch einer der Hauptgründe, warum die USA nicht noch bereiter und großzügiger deutsche jüdische Flüchtlinge einwandern ließen.

Nach vier Monaten gelang es dann endlich, von einer Weberei als Hilfsarbeiter angestellt zu werden. Die Arbeit bestand darin, Webstuhlersatzteile für die Monteure zu schleppen – eine schwere körperliche Arbeit. Das Entgelt entsprach dem für die USA damals vorgeschriebenen sozialen Mindestsatz: 32,5 Cent/Stunde, also 12 bis 13 Dollar in der Woche.

Die klimatischen Verhältnisse in den Südstaaten waren für einen Europäer sehr schwer zu ertragen, in den Sommermonaten stieg die Temperatur in den Lagerschuppen auf 45–50° C.

Auch Frau Della Elsas arbeitete in den USA – zunächst als Näherin und später als kaufmännische Angestellte, um den Unterhalt ihrer Familie mit zu bestreiten.

Gemeinsam mit vielen anderen jüdischen Emigranten besuchte Bernhard Elsas zusammen mit seiner Frau von Anbeginn des Aufenthaltes in den USA englische Sprachkurse. Nachdem er etwas Englisch gelernt hatte, belegte er mehrere Buchhaltungskurse und 1943 gelang es auf Grund der so erworbenen Kenntnisse, von einer Firma als Lagerbuchhalter angestellt zu werden. Bis 1945 arbeitete er in verschiedenen Firmen, wobei es immer möglich war, die Position etwas zu verbessern.

Es gab auch in den Jahren der Emigration kein jüdisches Proletariat, erklärte mir der

Sohn der Familie, *eigentlich gab es nie ein jüdisches Proletariat* – vielleicht ist es doch so, daß *Proletariat* eine Geisteshaltung ist. Der jüdische Mensch konnte es sich in keinem Jahrhundert erlauben, ungeistig zu leben. *Wir Juden konnten nie auf eine Autorität zurückgreifen, möge die nun Papst oder Luther heißen. Von uns war immer gefordert, uns persönlich zu entscheiden.* Im Verlauf von Jahrhunderten mag dies eine geistige Prägekraft geworden sein.

Bernhard Elsas starb am 28. 9. 1945 an den Folgen eines Gehirnschlages. Sein früher Tod muß unmittelbar auf die Verfolgung zurückgeführt werden.

Den Kindern der Familie gelang es etwas leichter, sich unter den gegebenen Umständen zurecht zu finden.

Die Tochter, Marie Therese, mußte als achtjähriges Kind die Ludwigsburger Volksschule verlassen und von 1935 bis 1941 täglich nach Stuttgart in die jüdische Volksschule fahren.

In den USA besuchte sie ab Sommer 1941 die Oberschule. Zunächst verstand sie kaum ein Wort English; 1945 absolvierte sie die Schule als Zweitbeste und erhielt dadurch ein Stipendium für die Universität. Sie belegte Wirtschaftswissenschaften an der Southern Methodist University of Dallas. 1947 mußte sie das Studium allerdings ohne Examen vorzeitig abbrechen, weil der Bruder inzwischen ebenfalls ein Studium begonnen hatte, die wirtschaftliche Situation der Familie aber so schlecht war, daß die Mittel für ein Studium beider Kinder, obwohl beide ein Stipendium erhielten, nicht ausreichten. Marie Therese Elsas arbeitete bis zur ihrer Verheiratung als Buchhalterin.

Eine Woche nach Ankunft in Texas gelang es dem 17jährigen Sohn Oskar Elsas von einer Weberei als Akkordarbeiter angestellt zu werden. Er arbeitete von Juli 1941 bis März 1943 in dieser Firma: In der Nachtschicht von 16–2 Uhr mußten 36 Webstuhl-Automaten von ihm bedient werden. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug 54 Stunden. Ihm fiel die Aufgabe zu, die Familie zu unterhalten, da der Vater nach all den Schicksalsschlägen und bei den für die USA damals spezifischen Arbeitsverhältnissen dazu nicht mehr in der Lage war. *Ich verdiente 35 bis 40 Dollar in der Woche, und das war damals sehr viel Geld.*

Die Arbeitsbedingungen in den USA waren in jenen Jahren wesentlich anders als wir sie heute, reguliert durch die Gewerkschaften, kennen. Die Woche hatte sechs Arbeitstage. Während der Arbeitszeit gab es keine Pause, es gab keine bezahlten Feiertage, keine bezahlten Urlaubstage, im Krankheitsfall gab es keinerlei Vergütung, ebensowenig wie eine Krankenkasse.

Auch wenn man von einer Firma fest angestellt war, hatte man keinerlei Sicherheit, dort seine Arbeit auch täglich verrichten zu dürfen. Die Firma, bei der Oskar Elsas arbeitete, hatte vielleicht für 80 Weber Arbeit, angestellt waren bei ihr aber etwa 85 Weber. Nun konnte es passieren, daß vor Schichtbeginn 84 Weber vor dem Fabriktor warteten. Zu den vier Webern, die die Firma zuletzt angestellt hatte, wurde dann gesagt, daß sie an diesem betreffenden Tag nach Hause gehen sollten, am nächsten Tag jedoch wieder kommen könnten. *Das geht in Amerika ganz ruhig, ohne jede Feindseligkeit.* Oskar Elsas erlebte dies etwa zwei- oder dreimal während der Zeit, in der er bei dieser Firma arbeitete. Aber, es gab diese Möglichkeit!

Es kam dazu, daß man an einem Tag, an dem man nichts verdiente, zweimal sieben Cent Fahrgeld umsonst ausgegeben hatte: *Sieben Cent, das waren damals 28 Pfennige, das war ein Sandwich!*

Nach dem Kriegseintritt der USA 1941 änderte sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt grundlegend.

Durch die ungünstige Arbeitszeit war für Oskar Elsas der soziale Start in den USA besonders schwierig. Es war nicht möglich, Kurse zu besuchen, ebensowenig konnte er sich jungen Menschen anschließen. In dieser Zeit belegte er den ersten Korrespondentenkurs für die Ausbildung zum Textilingenieur.

Die Familie besaß damals die »First Papers«, dies bedeutete die Deklaration der Absicht, die amerikanische Staatsbürgerschaft erwerben zu wollen.

Nach dem Kriegseintritt der USA im Dezember 1941 meldete sich Oskar Elsas im Jahre 1942 freiwillig zur amerikanischen Armee, wurde aber abgelehnt, da er die amerikanische Staatsbürgerschaft noch nicht besaß, technisch also noch *feindlicher Ausländer* – enemy alien – war!

Im Februar 1943 erhielt er dann doch einen Gestellungsbefehl und lehnte die U. K.-Stellung ab. Nach kurzer Dienstzeit schlug man ihn zum Offiziersanwärter vor, jedoch lehnte ihn die Prüfungskommission ab. Oskar Elsas meinte, *weil mein Englisch zu dieser Zeit noch so schlecht war*, aber auch er nimmt doch als wirklichen Grund den an, daß er noch immer *enemy alien* war. Man riet ihm, er solle, wenn er die Bürgerrechte hätte, sich wieder melden.

Im Oktober 1943 wurde er wegen der bevorstehenden Verschiffung nach Übersee – es war wieder die *Excalibur*, die ihn an die Front brachte – eingebürgert. Er machte die Feldzüge in Neu-Guinea, auf Niederländisch-Indien und auf den Philippinen mit. Nach dem Tode seines Vaters wurde er im November 1945 entlassen.

Die USA war großzügig und weitsichtig genug, um allen Kriegsveteranen, die zu einem Studium befähigt waren und die Ausbildung vor dem Krieg nicht hatten beenden können, ein Stipendium zu gewähren. So konnte Oskar Elsas ebenfalls die Southern Methodist University in Dallas, Texas, beziehen, um dort Wirtschaftswissenschaften zu studieren.

Nach zweieinhalb Jahren beendete er im März 1948 das Studium mit einer Abschlußprüfung, die normalerweise erst nach einem vierjährigen Studium abgelegt wird. Er erwarb den ersten akademischen Grad, der in den angelsächsischen Ländern verliehen wird, es ist der BBA, Bachelor of Business Administration mit summa cum laude, und zwar für zwei Fächer, für *Industrial-Administration* sowie für *Statistics*.

Herr Elsas beabsichtigte an sich, den »Master of Arts« in Nationalökonomie zu machen, brach aber dann das Studium ab, denn *da ging wieder einmal das Geld aus!* Es kam noch dazu, daß in diesem Moment die starke Motivation fehlte, erklärte er *Ich habe nicht mehr lernen können* – in den vorausgehenden Semestern habe er so viel gelernt, mehr habe er damals einfach nicht mehr aufnehmen können.

In Forth Worth, in der Nähe von Dallas, übernahm er bei einer Versicherungsgesellschaft die Stelle eines verantwortlichen Ingenieurs für Planung, Rationalisierung und Methoden.

In dieser Zeit fiel ihm auch die Aufgabe zu, für seine Familie in Deutschland von 1946 bis 1950 den materiellen Wiedergutmachungsanspruch zu vertreten. 26jährig kam er 1950 wieder nach Deutschland, um die Leitung des Betriebes seiner Familie, den er nach seinen Vorstellungen organisierte, zu übernehmen.

4. Das Schicksal eines Deportierten

Ludwig Elsas wurde am 10. Mai 1893 als zweiter Sohn des Fabrikanten Max Elsas geboren. Im Anschluß an den Besuch des Humanistischen Gymnasiums in Ludwigsburg studierte er in München, Heidelberg, Berlin und Tübingen Medizin. 1914 bestand er in Heidelberg das Physikum. Der Erste Weltkrieg unterbrach die Studien. Er meldete sich als Kriegsfreiwilliger und wurde als Volontärassistent im Offiziersrang eingezogen. 1920 schloß er in Tübingen sein Studium mit der Ablegung des Staatsexamens und der Erlangung der Doktorwürde und der Approbation ab. Schon während des Ersten Weltkrieges betreute er im Rotkreuzhospital III und IV des Infanterie-Regimentes 121 tuberkulosekranke Soldaten. Nach seinem Staatsexamen übernahm er von 1920 bis 1922 eine Anstellung im Sanatorium Übereh der Württembergischen Reichsversicherungsanstalt. Im Juli 1922 wurde er stellvertretender Direktor des Sanatoriums Lorch der Reichsversicherungsanstalt und des Sanatoriums Elisabethenberg der Reichsbahndirektion Stuttgart. Im Oktober 1922 ließ sich Dr. Elsas in Ludwigsburg als Facharzt für Lungenkrankheiten und Tuberkulose nieder und wurde zu allen öffentlichen und privaten Krankenkassen zugelassen. 1927 erhielt er die ehrenvolle Ernennung zum Vertrauensfacharzt der deutschen Reichsversicherungsanstalt in Berlin, im gleichen Jahr bestellte man ihn zum Gutachter der Reichsversicherungsanstalt Württemberg und zum Gutachter für die Versorgungskasse für Kriegsbeschädigte in Stuttgart.

Das Hitlerregime entzog Dr. Ludwig Elsas 1933 die Kassenzulassung und entthob ihn seiner Tätigkeit als Vertrauensarzt, 1938 untersagte man ihm jegliche ärztliche Tätigkeit. In der Zeit zwischen 1933 und 1938 unterhielt er im Hause seines Vaters noch eine bescheidene Praxis, die jedoch nur noch von vereinzelt Privatpatienten und von der jüdischen Bevölkerung Ludwigsburgs konsultiert wurde. Der überwiegende Teil der Patienten eines Lungenfacharztes rekrutierte sich damals mehr noch als heute naturgemäß aus Kassenpatienten – mit dem Entzug der Kassenzulassung verlor er 95 % seines Einkommens.

Ludwig Elsas arbeitete in jenen Jahren als Lagerist in der Firma seines Vaters. Vom Oktober 1938 an war auch er völlig arbeitslos. Die Zeit war damit ausgefüllt, daß man von Konsulat zu Konsulat lief, um sich um seine Auswanderung zu bemühen, damit, Bittschriften zu verfassen und Fremdsprachen zu erlernen.

Vom 10. November bis 12. Dezember 1938 wurde auch er im Konzentrationslager Welzheim in Haft gehalten.

Dr. Ludwig Elsas hatte nicht das Glück, dem Regime durch Emigration entkommen zu können: Am 28. November 1941 wurde er von der Gestapo in seiner Wohnung in Ludwigsburg, Marstallstraße 4, verhaftet und am 29. November 1941 zur Sammelstelle Lager Killesberg-Stuttgart gebracht. Zusammen mit 1050 württembergischen Juden wurde er in einem Sammeltransport in Richtung Osten »abgeschoben«.

Am 4. Dezember 1941 traf der Transport im Konzentrationslager Riga, Abteilung Jungernhof, ein. Dr. Ludwig Elsas durchlief in der Folgezeit die verschiedenen Abteilungen des Konzentrationslagers Riga: Lager Ghetto, Lager Straßenhof, Lager Kaiserwald.

Nach dem Durchbruch der russischen Armee im Baltikum wurde Dr. Ludwig Elsas am 7. August 1944 mit einer größeren Gruppe jüdischer Häftlinge auf dem Seeweg mit

dem Truppentransporter *Bremerhafen* vom Exporthafen Riga nach Deutschland zurückgebracht und in das Konzentrationslager Danzig-Stuthof der Leibstandarte Adolf Hitler eingewiesen. Nach einigen Tagen wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald-Zeltlager zur Quarantäne und zum *Herausfüttern* zum Arbeitseinsatz verlegt. Im September 1944 wurde er zum Arbeitseinsatz in die Braunkohle-Benzinwerke Zeitz-Brabak überstellt und in dem Vernichtungslager Troeglitz und im Konzentrationslager Rehmsdorf untergebracht.

Während dieser Jahre arbeitete Dr. Ludwig Elsas als praktischer Arzt, leitete eine Krankenstation mit 80 Betten, betreute in einer Infektionsbaracke mit 72 Betten Typhusranke, war aber gleichzeitig auch als Landarbeiter, als Gärtner, als Arbeiter in einer Wäscherei tätig, und mußte Gräben ausheben. Zuletzt betreute er die Ambulanz für jüdische Zwangsarbeiter in einem Kohle- und Erdölwerk.

Bedingt durch den Vormarsch der amerikanischen Truppen wurde Dr. Ludwig Elsas mit anderen Häftlingen am 10. April 1945 in Richtung Konzentrationslager Leitmeritz/Tschechoslowakei in Marsch gesetzt. Nach einem 10tägigen Todesmarsch erreichte die Gruppe am 20. April 1945 das Konzentrationslager Theresienstadt. Dieses Lager wurde in der Nacht vom 9./10. Mai 1945 von Soldaten der russischen Armee befreit. Nach der Befreiung erfolgte bei Dr. Ludwig Elsas am 22. Mai ein totaler physischer Zusammenbruch. Sein Gewicht betrug 44 kg.

In Theresienstadt herrschte Flecktyphus, Typhus und Ruhr, so daß die bei der Befreiung lebend angetroffenen Menschen unter Quarantäne gestellt werden mußten.

Am 20. Juni 1945 wurde Dr. Ludwig Elsas nach Stuttgart zurückgebracht, am 3. Juli lieferte man ihn mit einer Pleuritis in das Marienhospital ein und entfernte ihm bei einer Punktion einen Liter Flüssigkeit aus dem Brustkorb.

Die Gemahlin von Dr. Elsas überlebte die Deportation nicht, sie wurde am 4. August 1944 in Riga erschossen.

Mit knappen Worten und wenigen Sätzen charakterisiert der Neffe dieses Mannes seinen Onkel:

Er war ein Intellektueller, ein Mann des Geistes. Er hat sich immer mit Ideen auseinandergesetzt. Mit Ideen politischer, ökonomischer, religiöser, philosophischer Art. Es war nicht wichtig für ihn, seine Überlegungen zu einem Resultat zu bringen, wichtig waren die Überlegungen an sich.

Der Neffe meinte, daß die Tatsache, daß Dr. Ludwig Elsas den Weg durch die Konzentrationslager überlebte, neben einem Zufall dem Überlebenwollen zuzuschreiben sein muß. *Ob dieser Überlebenswille intellektuellen oder animalischen Ursprungs ist, das weiß ich nicht. Jedenfalls ist er eine bewußte Haltung. Ein Tier hat den Instinkt, leben zu wollen. Der Mensch hat die Möglichkeit, zu einem bestimmten Zeitpunkt den Willen, zu leben, preiszugeben.*

Nach 3½jährigem Aufenthalt in den Konzentrationslagern Hitlers stand Herr Dr. Elsas im November 1945 vor der Aufgabe, seine ärztliche Tätigkeit wieder aufzunehmen, um sich erneut eine Existenz aufzubauen. Er arbeitete von November 1945 bis zum September 1947 als Facharzt beim Gesundheitsamt Ludwigsburg. Im September 1947 ging er zur Familie seines inzwischen verstorbenen Bruders in die USA. Dort arbeitete er noch bis zum Sommer 1948 als »ärztlicher Helfer« in einem Sanatorium, da seine deutschen Examina in den USA nicht anerkannt wurden. Am 27. Januar 1949 starb er, noch nicht 56 Jahre alt. Zu dieser Zeit war weder der Familienbesitz zurückerstattet, noch war Dr. Ludwig Elsas letztlich rehabilitiert.

5. Deportierte und ermordete Familienangehörige

Aus einem Empfehlungsschreiben von der Methodistenkirche Ludwigsburg an die Methodistenuniversität in Texas für Dr. Ludwig Elsas vom 12. Oktober 1946 ging hervor, daß aus der Familie Elsas 19 Menschen durch die Verbrechen der nationalsozialistischen Zeit in den Konzentrationslagern den Tod gefunden haben.

Namentlich sind mir bekannt:

Herr Max Elsas
Frau Martha Elsas
Frau Jenny Elsas

Frau Antonie Orthal geb. Elsas
Herr Fritz Elsas
Frau Eugenie Elsas



Grab- bzw. Gedenkstein für Ida, Max und Martha Elsas auf dem Ludwigsburger Neuen Friedhof

IV. Appell der Emigranten an die jungen Deutschen

Beinahe in jedem Brief, der mich von Emigranten erreichte, werden wir jungen Deutschen angerufen, mit dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft die positiven Kräfte in der Menschheit wirksam werden. Mit großer Beschämung liest man, daß der selbstverständliche Beitrag zur Menschlichkeit mit Dankbarkeit belegt wird.

Herr I.: ... *Bevor ich diesen Brief beende, möchte ich Ihnen ganz besonders ans Herz legen, wenn Sie in einer glücklichen Stunde Ihren Lehrunterricht beginnen sollten, den Kindern immer wieder einzuprägen, welches Unglück Hitler mit seinem Rassenhaß und Greueln in Deutschland sowie in der gesamten Welt angerichtet hat...*

Herr Dr. E.: ... *Wie Sie wohl verstehen werden, hat das tragische Ende meiner Mutter meine Beziehungen zu den Deutschen sehr beeinflusst, so daß ich lange Jahre keine Beziehungen mit ihnen haben wollte. Auch heute möchte ich nicht gerne Deutschen aus meiner Altersklasse begegnen, denn ich weiß nicht, wie weit sie in die nationalsozialistischen Schandtaten mit Willen oder gegen ihren Willen verwickelt waren. Aber ich glaube nicht an eine »Erbsünde« und so bin ich der Meinung, daß wir Juden mit der neuen deutschen Generation, die nach dem Weltkrieg aufgewachsen ist, wieder Beziehungen aufnehmen und das Vergangene vergessen können.*

Herr W.: ... *Ich habe mir lange Zeit überlegt, ob ich Ihren Brief beantworten soll, da von unserem Standpunkt aus gesehen an dem Geschehenen ja nichts mehr zu ändern ist. Wie Sie wohl verstehen können, rühren wir nicht gern an dieses alte schreckliche Thema, noch weniger wollen wir darüber schreiben. – Aber vielleicht können wir wirklich, wie Sie sagen, ein ganz klein wenig dazu beitragen, daß die heutige Jugend aus unseren Erfahrungen etwas lernt, (obwohles nach hiesigen Zeitungsberichten über das jetzige Deutschland nicht gerade so aussieht)...*

Herr H.: ... *Ich habe mich entschlossen, Ihren Brief zu beantworten, weil ich überzeugt bin, daß die Jugend von heute wegen der Fehler der Eltern nicht beschuldigt sein kann... Zum Schluß möchte ich Ihnen sagen, daß, wenn Sie später junge Leute erziehen, vergessen Sie nicht, daß die Völker sich nicht hassen, sondern die Berufslügner, die an den Regierungen sind, impfen den Völker- und Rassenhaß den Völkern ein...*

Frau L.: ... *Ich hoffe mit Ihnen, daß die neuere Generation eine bessere Welt schaffen wird...*

Herr H.: ... *Hoffentlich sind Sie erfolgreich, der jungen Generation Klarheit zu verschaffen und vielleicht können Sie persönlich dazu beitragen, daß solche Verbrechen nicht mehr vorkommen werden...*

Herr E.: *Den Empfang Ihres w. Schreibens bestätigend, das Sie an meine Frau richteten, erlaube ich mir, dieses zu beantworten, da meine Frau so verbittert ist, wenn sie an diese schrecklichen Jahren denkt, daß sie sich weigert, darüber zu schreiben. Da aber auch ich der Ansicht bin, daß diese furchtbaren Erlebnisse nicht vergessen werden sollten, teile ich Ihnen mit, was meine Frau mir darüber von Ludwigsburg erzählt... Es war im Grunde in ganz Deutschland das Gleiche und jeder Jude hat dasselbe erlebt in etwas anderer Fassung... Sie können sich vorstellen, daß wir diese schreckliche Zeit nicht vergessen können. Möge nie wieder so etwas über Deutschland kommen. Um dazu beizutragen, habe ich mir die Mühe gemacht, Ihnen davon zu erzählen. (Leider hört man hier, daß dort die bösen Kräfte wieder wach werden.)...*

Frau J.: ... Und doch möchte ich Ihren Brief um der freundlichen Einstellung und der Sache willen beantworten, obwohl ich glaube, daß außer bei einem Teil der Jugend wenig Interesse mehr für die jüdische Frage vorhanden ist. Doch hat die Jugend ein Recht, die Wahrheit zu erfahren und zu bewahren ...

Frau M.: ... Es freut uns, aus Ihrem Brief zu lesen, daß die junge Generation Deutschlands Interesse an dem Schicksal der jüdischen Mitbürger hat ...

Herr W.: ... Von Herrn ... , ein sehr guter Bekannter von mir, bekam ich Ihren Brief und der Geist der aus Ihren Zeilen spricht, hat mich so mit Freude erfüllt, daß ich Herrn ... darum bat, Ihnen antworten zu dürfen ... Nun darf man sich nicht wundern, daß die Juden mißtrauisch gegen alles Deutsche geworden sind. Gewiß, es soll anerkannt werden, daß eine neue Generation die Fehler der Vergangenheit wieder gutmachen will. Es wird auch die materielle Wiedergutmachung anerkannt, aber der Riß und das vergewaltigte Recht war zu groß, um es in einer Generation schon vergessen zu können ...

Herr L.: ... Nachdem Sie, aus Ihren Zeilen zu entnehmen, volles Verständnis für unseren seelischen Zustand haben, möchte ich Ihnen sagen, daß ich mich verpflichtet fühle, Ihnen zu antworten ... Nun habe ich genug von uns gesprochen. Wir hoffen, Sie können etwas davon gebrauchen in Ihrer Arbeit. Und dann Ihre Gedanken übertragen zur nächsten Generation, daß die jungen Menschen zurückfinden zur wahren Menschlichkeit, und der Beitrag Ihrer und der kommenden Generationen möge »Liebe deinen Nächsten und Friede auf Erden« sein ...

Frau A.: ... obgleich ich von der heutigen deutschen Regierung eine kleine finanzielle Entschädigung bekomme, würde ich nie mehr nach dort zurück gehen. Andererseits freut es mich, daß junge Menschen, die damals noch nicht geboren waren, ein Schuldgefühl empfinden und versuchen, die jetzt heranwachsende Generation so zu erziehen, daß sie nicht Schande, sondern Achtung und Ehre ihrem Lande bringen werden. Dazu wünsche ich Ihnen, als zukünftige Lehrerin, alles Glück ...

Herr R.: ... Wie Sie sagen, ist es sehr wichtig, daß die heutige Generation von Deutschen versteht, wie es war, daß ein Land, welches in kulturellen Sachen sehr fortschrittlich war, konnte in politischen Sachen so rückständig sein. Deshalb werde ich versuchen, Ihnen zu beschreiben, wie es der ... Familie ging ... Auf der anderen Seite komme ich manchmal mit deutschen Industriellen geschäftlich zusammen, und jedesmal, wenn sie ausfinden, warum ich deutsch sprechen kann, kommt eine unverlangte und unnötige Erklärung »aber wir waren keine Nazis, und haben von vielem nichts gewußt«. (Dieses von Leuten zwischen 45 und 60 Jahren alt!) ... Wir glauben, daß es heute viele Probleme gibt, die nicht nur Deutschland, aber auch Amerika und die ganze Welt angehen. Nur hoffen wir, daß die jungen Deutschen nicht vergessen, daß es wieder passieren kann, wenn die Leute nur nach ihrem eigenen Wohlbestand sehen und denken »was geht mich das an, mir geht's gut«. Aber das ist nicht nur in Deutschland so ...

Herr A.: ... Ich hoffe und wünsche, daß Ihre Bemühungen und Ihre Arbeit über die Juden in Ludwigsburg auf der dortigen Seite ebenso positiv zur Besserung der Einzelnen und damit zur Erläuterung und Auskehrung evtl. bestehender Veranlagung in der Jugend dienen können, die – bei Auftreten neuer schlecht gesinnter »Trommler und Verführer – erneut in falsche, grausame Richtung gebracht werden könnten ... Ich freue mich über Ihr Unternehmen, ich wünsche Ihnen die nötige Ausdauer um es richtig durchzuführen, ich helfe Ihnen gern, wenn ich es irgendwie



Gedenkstein für die Synagoge in Ludwigsburg

kann, und ich danke Ihnen, wenn Sie dazu beitragen, Wahrheit und Klarheit, richtige Beurteilung d. h. also Verstehen und Eintracht unter den Menschen, zu denen ich gehöre und den Andern, die wir alle zusammen gleiche Wesen sind, auf daß wir gleichermaßen guten Sinnes werden . . .

Herr H.: . . . Ihr Schreiben hat schmerzliche Erinnerungen in mir wach gerufen an Dinge, die wir zwar nicht vergessen können, die wir aber doch aus unserem Gedächtnis zu verdrängen suchen, um uns dadurch etwas scheinbare innere Ruhe zu sichern. Daher glaube ich, daß das Echo auf Ihren Brief etwas spärlich ausgefallen ist . . . Auch ich habe lange mit der Antwort gezögert . . . Wenn ich damit dazu beitragen kann, die Möglichkeit einer Wiederholung solcher Vorgänge zu verringern, so ist der Zweck

erreicht... Ich sehe Ihre Hauptaufgabe in Ihrem Beruf darin, Ihren künftigen Schülern nicht nur den Unterschied zwischen Recht und Unrecht beizubringen, sondern ihre Urteilsfähigkeit zu entwickeln und ihnen Sinn für moralisches Rückgrad zu geben. Dies wird die Voraussetzung dafür schaffen, daß sich derartige nicht wiederholen kann...

Herr A.: ... Erst heute komme ich dazu, Ihren Brief zu beantworten. Der Inhalt berührte mich so wohltuend, daß ich ihn einigen Bekannten zu lesen gab, die genau wie ich selbst von Ihrem Vorhaben begeistert waren, Ihre künftigen Schüler so zu lehren und aufzuklären, daß so schreckliche Verbrechen nicht mehr vorkommen sollen...

Herr J.: ... Ich schreibe Ihnen dies alles, um die junge Generation zu warnen, auf falsche Führer und deren Propagandisten wiederum hereinzufallen. Denn alle recht-schaffenen Menschen ohne Unterschied der Religion oder Rasse sind gleich...

V. Namensliste der 1933 und danach in Ludwigsburg ansässigen jüdischen Bürger

Lfd. Nr.:	Name Beruf	Geburtstag Geburtsort	in Ludwigsburg ansässig seit	weiteres Schicksal emigriert	Schicksal deportiert
1	Alexander Melanie Hausmädchen	Neckargemünd 28. 10. 1888	vor 1933		26. 4. 1942 nach Izbica, verschollen
2	Alexander Alice geb. Horowitz	Plauen 1. 7. 1912	nach 1933	1939 nach Südamerika	
3	Alexander Betty geb. Wolff	Labiau/Ostpr. 9. 9. 1884	vor 1933	1938 nach Kolumbien	
4	Alexander Heinz Reisender	Dresden 21. 6. 1914	vor 1933	1938 nach Kolumbien	
5	Alexander Marianne	Dresden 4. 1. 1923	Juli 1933	1938 nach Kolumbien	
6	Alexander Marie geb. Gissin	Stuttgart 18. 2. 1910	März 1937	1938 nach Kolumbien	
7	Alexander Siegfried Kaufmann	Niedermarsberg 8. 10. 1881	vor 1933	Mai 1938 nach Kolumbien	
8	Alexander Wolfgang Kaufmann	Dresden 12. 11. 1909	vor 1933	1936 nach Stuttgart ver- zogen. 1938 in die Tschecho- slowakei, 1939 nach Panama	
9	Baer Edmund Kaufmann	Roth b. Nürnberg 10. 9. 1869	1934/35 (nur vorüber- gehend in Ludwigsburg)	weiteres Schicksal unbekannt	
10	Baer Karoline	Kleinsteinach 3. 1. 1873	1934/35 (nur vorüber- gehend in Ludwigsburg)	weiteres Schicksal unbekannt	
11	Beretz Julie geb. Kirchhausen	Freudental 28. 8. 1900	vor 1933	1934 nach Argentinien	
12	Beretz Leopold Handelsmann	Essenheim/Mainz 2. 9. 1904	vor 1933	1934 nach Argentinien	
13	Beretz Ruth	Ludwigsburg 3. 2. 1929	vor 1933	1934 nach Argentinien	
14	Bissinger Heinrich	Ichenhausen 8. 3. 1861	17. 11. 40		nach Eschenau 1940, 22. 8. 1942 nach Theresien- stadt, 29. 9. 1942 nach dem Osten, ver- schollen

15	Blum Julius Kaufmann	Krautheim 28. 10. 1908	vor 1933	1938 in die USA	
16	Blum Martha	? 30. 3. 1898	15. 8. 35	1938 nach Künzelsau verzogen, wei- teres Schicksal unbekannt	
17	Blumenthal Paul Inspektor	Odessa 6. 5. 1871	vor 1933	privilegierte Mischehe, 1953 ver- storben	
18	Bruckner Marie	Mannheim 21. 1. 1898	26. 5. 35	privilegierte Mischehe, 1964 ver- storben	
19	Daniel Carla	Hachenburg	1934		1937 nach Kirchheim Schicksal un- bekannt
20	Decker Hedwig Zahnärztin	Wachenheim 26. 3. 1911	6. 6. 33	1935 wieder nach Wachen- heim verzogen	
21	Dreyfuß Albert Kaufmann	Freiburg 10. 7. 1912	vor 1933	1938 in die USA	
22	Dreyfuß Bella geb. Löwenthal	Odessa 13. 2. 1877	vor 1933	1940 in die USA	
23	Dreyfuß Berta geb. Löwenthal	Ludwigsburg 17. 11. 1883	vor 1933	1940 in die USA	
24	Dreyfuß Helene Sekretärin	Ludwigsburg 15. 5. 1906	vor 1933	1938 in die USA	
25	Dreyfuß Herbert Kaufmann	Stuttgart 3. 1. 1922	vor 1933	1941 in die USA	
26	Dreyfuß Julius Kaufmann	Gondelsheim 23. 2. 1888	vor 1933		1. 12. 1941 nach Riga, verschollen
27	Dreyfuß Klara	Ulm 21. 5. 1877	vor 1933		26. 4. 1942 nach Izbica, verschollen
28	Dreyfuß Lore	Freiburg 9. 11. 1910	vor 1933	1939 in die USA	
29	Dreyfuß Paula geb. Gundelfinger	Michelbach 29. 1. 1894	vor 1933		1. 12. 1941 nach Riga, verschollen
30	Dreyfuß Pauline geb. Israel	Ludwigsburg 28. 11. 1860	vor 1933	1937 gestorben im Asyl Sont- heim	

31	Dreyfuß Selma Haustochter	Ludwigsburg 15. 2. 1884	vor 1933	1935 in Ludwigsburg verstorben	
32	Dreyfuß Werner	Ludwigsburg 1. 7. 1935	nach 1933		1. 12. 1941 nach Riga, verschollen
33	Ebstein Julius Geschäftsinhaber	Stuttgart 26. 8. 1883	vor 1933	1939 in die USA	
34	Ebstein Margarethe	Rawitsch 12. 4. 1889	vor 1933	1939 in die USA	
35	Eichenwald Hedwig	Hohebach 21. 1. 1910	vor 1933	1937 nach Kolumbien	
36	Elsas Adolf Fabrikant	Ludwigsburg 17. 12. 1855	vor 1933	9. 9. 1933 in Ludwigsburg verstorben	
37	Elsas Bernhard Fabrikant	Ludwigsburg 14. 4. 1891	vor 1933	1941 in die USA; 1945 verstorben	
38	Elsas Della geb. Plaut	Burgpreppach 15. 5. 1900	vor 1933	1941 in die USA	
39	Elsas Fanny	Göppingen 4. 6. 1863	vor 1933	1939 nach Palästina	
40	Elsas Frida geb. Ottenheimer	Odenheim 21. 12. 1879	vor 1933	1939 in die USA	
41	Elsas Grete Kontoristin	Ludwigsburg 16. 2. 1905	vor 1933	1936 nach Palästina	
42	Elsas Hanna	Ludwigsburg 12. 8. 1926	vor 1933	1937 in die USA	
43	Elsas Hans Benedikt Kaufmann	Ludwigsburg	vor 1933	1939 in die USA	
44	Elsas Ida geb. Fellheimer	Stuttgart 12. 5. 1868	vor 1933	1939 in Ludwigsburg gestorben	
45	Elsas Jenny geb. Nathan	Stuttgart 22. 4. 1885	vor 1933		26. 4. 1942 nach Izbica, verschollen
46	Elsas Käthe	Ludwigsburg 15. 9. 1923	vor 1933	1937 in die USA	
47	Elsas Lina geb. Gerstle	Cannstatt 11. 5. 1896	vor 1933	1937 in die USA	
48	Elsas Ludwig Fabrikant	Ludwigsburg 7. 6. 1862	vor 1933	1935 in Ludwigsburg verstorben	
49	Elsas Ludwig Baumeister	Ludwigsburg 11. 9. 1914	vor 1933	nach Südafrika	

50	Elsas, Dr. Ludwig Lungenfacharzt	Ludwigsburg 10. 5. 1893	vor 1933		1. 12. 1941 nach Riga, später Danzig, Buchenwald, Theresien- stadt, 1945 durch russ. Armee befreit
51	Elsas Maria Therese	Ludwigsburg 8. 6. 1927	vor 1933	1941 in die USA	
52	Elsas Martha geb. Baer	Roth b. Nürnberg	1934/35		1. 12. 1941 nach Riga, ermordet
53	Elsas Martin Kaufmann	Ludwigsburg 12. 11. 1912	vor 1933	nach Süd- afrika, 1945 gefallen als Soldat der Republik Süd- afrika	
54	Elsas Max Fabrikant	Ludwigsburg 10. 3. 1858	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, dort verstorben 30. 9. 1942
55	Elsas Oskar Leo	Ludwigsburg 12. 6. 1924	vor 1933	1941 in die USA	
56	Elsas Richard Kaufmann	Ludwigsburg 12. 2. 1910	vor 1933	1938 in die USA	
57	Elsas Theodor Fabrikant	Ludwigsburg 7. 5. 1881	vor 1933	1937 in die USA	
58	Elsas Walter Siegfried Kaufmann	Ludwigsburg 21. 8. 1907	vor 1933	1937 in die USA	
59	Ferscht Albert A. Kaufm. Angest.	Ludwigsburg 2. 1. 1918	vor 1933	Juni 1934 in die USA	
60	Ferscht Albert S. Bürstenmacher	Warschau 12. 4. 1885	vor 1933	Mai 1935 in die USA	
61	Ferscht Helene Schneiderin	Warschau 27. 9. 1913	vor 1933	Mai 1935 in die USA	
62	Ferscht Ida Kontoristin	Warschau 8. 10. 1911	vor 1933	Mai 1935 in die USA	
63	Ferscht Marja geb. Allargant	Warschau 15. 3. 1889	vor 1933	1936 nach Palästina	
64	Frank Adolf	Diez/Lahn 24. 12. 1923	vor 1933	1936 nach Palästina	
65	Frank Betty geb. Spier	Wesel 23. 11. 1892	vor 1933	1936 nach Palästina	
66	Frank Joanna	Flacht/ Lahn 10. 4. 1928	vor 1933	1936 nach Palästina	

67	Frank Leopold	Flacht/Lahn 17. 2. 1887	vor 1933	1936 nach Palästina	
68	Frischauer Armin	Brünn 23. 1. 1891	1. 12. 1935	1937 nach Frankreich	
69	Frischauer Gertrud	Stuttgart 13. 4. 1921	vor 1933	1937 nach England	
70	Frischauer Hans Fabrikant	Brünn 24. 12. 1883	vor 1933	1938 nach Prag	1942 über Theresien- stadt nach Izbica, ver- schollen
71	Frischauer Meta geb. Weil	Ludwigsburg 27. 5. 1895	vor 1933	1938 nach Prag	1942 über Theresienstadt nach Izbica, verschollen
72	Frischauer Robert Leopold	Stuttgart 7. 12. 1922	vor 1933	1938 nach Prag	1942 über Theresienstadt nach Izbica, verschollen
73	Frischauer Walter Leopold	Stuttgart 25. 8. 1929	vor 1933	1938 nach Prag	1942 über Theresienstadt nach Izbica, verschollen
74	Gallizier Flora Buchhalterin	Ludwigsburg 1. 9. 1869	vor 1933	1940 in Ludwigsburg verstorben	
75	Glaser Isaak Geschäftsinhaber	Libau 23. 10. 1895	vor 1933	1933 nach Palästina	
76	Glück Paula	Mannheim 24. 10. 1874	vor 1933		22. 10. 1940 nach Gurs, Deportation überlebt
77	Greilsamer Hanna	Stuttgart 11. 7. 1928	vor 1933	1939 nach England	
78	Greilsamer Heinz Willy	Stuttgart 22. 2. 1926	vor 1933	1939 nach England	
79	Greilsamer Jakob Kaufmann	Breisach 12. 11. 1877	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 28. 10. 1944 in Auschwitz er- mordet
80	Greilsamer Klara	Ludwigsburg 24. 4. 1895	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 28. 10. 1944 in Auschwitz er- mordet

81	Groß Hans Alfred	Mannheim 22. 12. 1921	21. 5. 1935		1. 12. 1941 nach Riga, 1944 nach Stutthof und Buchenwald, 15. 4. 1944 auf der Flucht er- schossen
82.	Gutmann Jenny	Libau 1. 6. 1903	Februar 1933	1933 nach Palästina	
83	Henle Flora	Lehrensteinsfeld 14. 3. 1920	1938	1939 nach England, 1940 in die USA	
84	Henle Jenny geb. Weil	Laupheim 19. 4. 1894	1938		1. 12. 1941 nach Riga, ver- schollen
85	Henle Leopold	Lehrensteinsfeld 30. 6. 1877	1938	1940 in Ludwigsburg verstorben	
86	Hess Doris Verkäuferin	Heidelberg 11. 10. 1914	1936/37	1938 in die USA	
87	Heymann Jenny Studienrätin	Stuttgart 28. 10. 1890	vor 1933	1939 nach England	
88	Hirschfeld Ida	Ludwigsburg 30. 12. 1893	vor 1933	4. 7. 1941 in Ludwigsburg Selbstmord	
89	Hommel Lina Hausgehilfin	Münzesheim 2. 11. 1908	1. 6. 1933	1936 nach England	
90	Jordan Heinz	Freudental 20. 5. 1926	vor 1933	1937 in die USA	
91	Jordan Julius Händler	Freudental 5. 9. 1890	vor 1933	1937 in die USA	
92	Jordan Manette geb. Barth	Flehingen 17. 12. 1896	vor 1933	1937 in die USA	
93	Jordan Ruth	Freudental 2. 11. 1922	vor 1933	1937 in die USA	
94	Israel Manette geb. Stein	Craillsheim 25. 10. 1869	23. 4. 1936		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 26. 9. 1942 nach Maly Trostinec, ver- schollen
95	Israel Otto Kaufmann	Ludwigsburg 18. 12. 1880	vor 1933	1937 in Ludwigsburg verstorben	
96	Israel Sigmund Holzhändler	Ernsbach	1936	22. 10. 1939 in Ludwigsburg Selbstmord	

97	Israel Selma	Öhringen 20. 6. 1898	1936		1. 12. 1941 nach Riga, ver- schollen
98	Kahn Hermann	Gemmingen 30. 5. 1853	vor 1933	1939 in Ludwigsburg verstorben	
99	Kahn Lina	Ludwigsburg 13. 7. 1886	vor 1933	1939 in die Schweiz	
100	Kahn Margarethe geb. Friedmann Verkäuferin	Altstadt 23. 11. 1907	1935	1938 nach Kolumbien	
101	Kahn Salomon	Niederzissen 1. 1. 1904	1937	1938 nach Kolumbien	
102	Katz Hermann Handelsvertreter	Lubaczow/Polen 22. 12. 1880	vor 1933	Oktober 1938 nach Polen ausgewiesen	verschollen
103	Katz Rosa Hilde	Karlsruhe 21. 2. 1913	vor 1933	Oktober 1938 nach Polen ausgewiesen	verschollen
104	Katz Selma geb. Friedmann	Darmstadt 29. 3. 1886	vor 1933	Oktober 1938 nach Polen ausgewiesen	verschollen
105	Kaufmann Ellen Erika	Ludwigsburg 20. 6. 1937	vor 1933	1939 nach Chile	
106	Kaufmann Fritz	Ludwigsburg 13. 5. 1921	vor 1933	1939 nach England	
107	Kaufmann Hermann Handelsvertreter	Binau 27. 6. 1896	vor 1933	1939 nach Chile	
108	Kaufmann Jettchen geb. Bodenheimer	Göppingen 1. 7. 1902	vor 1933	1939 nach Chile	
109	Kaufmann Julia	Lehensteinsfeld 21. 12. 1884	vor 1933	1939 nach Holland	1943 nach Westerbork, in Auschwitz er- mordet
110	Kaufmann Julius Erwin	Binau 1. 3. 1898	vor 1933	1936 nach Palästina	
111	Kaufmann Ludwig	Ludwigsburg 10. 10. 1912	vor 1933	1939 nach Holland	1943 nach Westerbork, in Auschwitz er- mordet
112	Kaufmann Salomon Kaufmann	Binau 10. 1. 1876	vor 1933	1939 nach Holland	1943 nach Westerbork, in Auschwitz er- mordet
113	Kaufmann Walter Kaufmann	Ludwigsburg 8. 5. 1907	vor 1933	1938 nach Südamerika	

114	Kirchhausen Selma geb. Levi	Freudental 15. 2. 1879	vor 1933	1938 nach Stuttgart ver- zogen, ver- mutlich 1939 nach Argenti- nien	
115	Körner Hanni Anna geb. Raab	Jarcslau/Polen 21. 10. 1900	vor 1933	1933 nach Palästina	
116	Körner Judith Ida	Stuttgart 10. 1. 1927	vor 1933	1933 nach Palästina	
117	Körner Kurt Alois	Stuttgart 4. 5. 1924	vor 1933	1933 nach Palästina	
118	Körner Victor Kaufmann	Linszarnow/Polen 17. 12. 1895	vor 1933	1933 nach Palästina	
119	Körner Wilhelm	Ludwigsburg 1. 4. 1925	vor 1933	1933 nach Palästina	
120	Kusiel Fanny geb. Gutmann	Ichenhausen 5. 1. 1869	vor 1933	1939 nach Holland	1943 üb. Westerbork nach Sobibor, dort ermordet
121	Kusiel Gertrud	Straßburg 4. 5. 1901	vor 1933	1937 in die USA	
122	Kusiel Justin Kaufmann	Ludwigsburg 28. 8. 1895	vor 1933	1937 in die USA	
123	Kusiel Pauline geb. Gerstle	Ichenhausen 29. 12. 1864	vor 1933	1941 in die USA	
124	Kusiel Peter	Stuttgart 10. 4. 1933		1937 in die USA	
125	Kusiel Salomon Vertreter	Hochberg 22. 6. 1866	vor 1933	1939 nach Holland	1943 im KZ Schribroek ermordet
126	Lang Arthur Kaufmann	Michelfeld 26. 12. 1891	vor 1933	1938 nach Argentinien	
127	Lang Berthold	Michelfeld 28. 8. 1893	1935	1940 nach Bruchsal,	22. 10. 1940 nach Gurs de- portiert, 1942 über Afrika in die USA
128	Lang Gerda geb. Kirchhausen	Freudental 21. 8. 1899	vor 1933	1938 nach Argentinien	
129	Lang Hannchen geb. Zimmern	Michelfeld 3. 11. 1866	1935	1939 in das Jüdische Altersheim Heilbronn weiteres Schicksal un- bekannt (ver- mutlich noch im Inland ver- storben)	

130	Lang Hubert Julius	Stuttgart 12. 12. 1922	vor 1933	1938 nach Argentinien	
131	Lang Irene Karola	Stuttgart 11. 6. 1924	vor 1933	1938 nach Argentinien	
132	Lang Max	Michelfeld 16. 8. 1862	2. 5. 1935		1939 Jüd. Altersheim Heilbronn, am 22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 29. 9. 1942 nach Maly Trostinec, ver- schollen
133	Laupheimer Emma Geschäftsinhaberin	Laupheim 3. 8. 1874	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, dort gestorben 26. 9. 1942
134	Laupheimer Frieda	Laupheim 23. 10. 1872	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, ver- schollen
135	Laupheimer Regina Hausgehilfin	Laupheim 4. 1. 1868	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, dort gestorben 26. 9. 1942
136	Lichtenstein Isabella geb. Ottenheimer	unbekannt 19. 4. 1899	vor 1933	1937 nach Frankreich	
137	Lipp Hildegard Hausangestellte	Bamberg/Polen 29. 2. 1920	19. 4. 1937	1938 nach Bamberg/ Polen	weiteres Schicksal unbekannt
138	Marx Bella geb. Stein	Freudental 14. 11. 1896	vor 1933	1938 nach Palästina	
139	Marx Ludwig genannt Emil	Hechtsheim/Mainz 22. 7. 1856	nach 1933	1943 in Ludwigsburg verstorben »Privilegierte Mischehe«	
140	Marx Friedel Säuglings- schwester	Schriesheim 10. 12. 1911		12. 6. 1935 zurück nach Schriesheim, 1937 in die USA	
141	Marx Inge	Ludwigsburg 28. 6. 1928	vor 1933	22. 3. 1938 nach Palästina	

142	Marx Martha geb. Blum	Freudental 30. 3. 1898	15. 8. 1935	1938 nach Künzelsau weiteres Schicksal unbekannt	
143	Marx Max	Freudental 1. 4. 1889	vor 1933	1938 nach Palästina	
144	Marx Susanne Haustochter	Ludwigsburg 3. 12. 1922	vor 1933	1938 nach Palästina	
145	Matheis Margarete geb. Löwenstein	Hagen 24. 12. 1900	16. 6. 1935	1940 nach München »Privilegierte Mischehe«	
146	Metzger Nina	Crailsheim 5. 11. 1885	vor 1933	1939 nach Kolumbien	
147	Metzger Ruth	Ludwigsburg 12. 1. 1911	vor 1933	1939 nach Kolumbien	
148	Metzger Samuel Religionslehrer	Berlichingen 23. 11. 1879	vor 1933	1939 nach Kolumbien	
149	Meyer Arthur	Bibra 19. 5. 1901	vor 1933	1939 nach Argentinien	
150	Meyer Rita	Bibra 23. 8. 1906	vor 1933	1939 nach Argentinien	
151	Meyer Fanny	Thalheim 5. 11. 1877	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt im Februar 1945 »losgekauft«
152	Meyer Sigmund Viehhändler	Bibra 23. 3. 1869	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 2. 2. 1943 in Ausch- witz gestorben
153	Nerjes Antonie geb. Himmelsstern	Karlsruhe 23. 4. 1887	vor 1933	»Privilegierte Mischehe«	
154	Neuburger Albert Kaufmann	Stuttgart 19. 6. 1912	20. 3. 1936	1939 in die USA	
155	Neuburger Frida geb. Wertheimer	Bretten 17. 4. 1886	vor 1933	1941 in die USA	
156	Neuburger Josef Handelsmann	Hochberg 8. 3. 1884	vor 1933	1941 in die USA	
157	Nördlinger Sigmund	Rexingen 6. 11. 1854	vor 1933	1933 in den USA ver- storben	
158	Oppenheimer Ruth	Nürnberg 19. 12. 1901	1934	1936 in die USA	

159	Orthal Antonie geb. Elsas	Ludwigsburg 23. 11. 1887		1934/35	22. 8. 1942 nach Theresienstadt, 19. 4. 1944 nach Auschwitz, ermordet
160	Orthal Berthold	Nürnberg 23. 8. 1916	1934/35	1935 nach Palästina	
161	Orthal, Dr. Eugen Jurist	Nürnberg 1. 9. 1911	1935	1935 nach Palästina	
162	Ottenheimer Adolf Vertreter	Gemmingen 4. 2. 1870	vor 1933		22. 8. 1942 nach Theresienstadt, 29. 9. 1942 nach Maly Trostinec, ver- schollen
163	Ottenheimer Albert Vertreter	Ludwigsburg 4. 8. 1883	vor 1933	1941 in die USA	
164	Ottenheimer Alice geb. Kusiel	Hochberg 20. 9. 1893	vor 1933	1941 in die USA	
165	Ottenheimer Anneliese	Ludwigsburg 13. 7. 1922	vor 1933	1938 in die USA	
166	Ottenheimer Antonie geb. Rosenthal	Leerfelden 7. 8. 1883	vor 1933	1939 in die USA	
167	Ottenheimer Else geb. Moos	München 23. 11. 1894	vor 1933	1938 in die USA	
168	Ottenheimer Eugenie geb. Levi	Buttenhausen 10. 4. 1870	vor 1933	1940 nach China	
169	Ottenheimer Floriana geb. Bloch	Randegg 20. 6. 1876	vor 1933	1939 Heil- anstalt Zwi- efalten	1940 in Grafeneck ermordet (Eu- thanasie)
170	Ottenheimer Fritz	Stuttgart 15. 4. 1924	vor 1933	1941 in die USA	
171	Ottenheimer Gretel	Stuttgart 24. 3. 1923	vor 1933	1937 in die USA	
172	Ottenheimer Hans	Stuttgart 29. 6. 1921	vor 1933	1939 in die USA	
173	Ottenheimer Henriette geb. Haber	Speyer 6. 11. 1869	vor 1933	1940 in Stutt- gart-Bad Cannstatt ver- storben	
174	Ottenheimer Henriette geb. Eichengrün	Gehrden 23. 10. 1878	vor 1933		22. 8. 1942 nach Theresienstadt, 29. 9. 1942 nach Maly Trostinec, verschollen

175	Ottenheimer Jacob Viehhändler	Gemmingen 4. 12. 1853	vor 1933	1933 in Ludwigsburg verstorben	
176	Ottenheimer Jakob	Ludwigsburg 7. 2. 1896	vor 1933	1939 nach Bolivien	
177	Ottenheimer Josef Kaufmann	Ludwigsburg 23. 8. 1861	vor 1933	1940 in Ludwigsburg verstorben	
178	Ottenheimer Josef	Gemmingen 21. 3. 1864	vor 1933	1939 in Stuttgart ver- storben	
179	Ottenheimer Julius	Ludwigsburg 2. 10. 1895	vor 1933	1937 nach Argentinien	
180	Ottenheimer Lina geb. Löwenstein	Rexingen 7. 3. 1862	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 23. 9. 1942 nach Maly Trostinec, verschollen
181	Ottenheimer Ludwig Kaufmann	Ludwigsburg 16. 6. 1896	vor 1933	1937 in die USA	
182	Ottenheimer Max	Ludwigsburg 10. 3. 1882	vor 1933	1938 in die USA	
183	Ottenheimer Moses Metzgermeister	Gemmingen 4. 8. 1863	vor 1933	1935 in Ludwigsburg verstorben	
184	Ottenheimer Pepi geb. Kusiel	Ludwigsburg 20. 9. 1900	vor 1933	1937 in die USA	
185	Ottenheimer Richard Josef	Stuttgart 6. 3. 1926	vor 1933	1938 in die USA	
186	Ottenheimer Ruth verehl. Hirsch Kontoristin	Ludwigsburg 15. 2. 1900	vor 1933	1937 in die USA	
187	Ottenheimer Sara geb. Ottenheimer	Gemmingen 20. 5. 1870	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 29. 10. 1944 in Auschwitz ermordet
188	Ottenheimer Stefanie	Ludwigsburg 4. 8. 1907	vor 1933	Schicksal unbekannt	
189	Pintus Helene geb. Jacobi	Stuttgart 9. 8. 1883	vor 1933	1941 nach Südamerika	
190	Pintus, Dr. Walter prakt. Arzt	Berlin 27. 9. 1880	vor 1933		13. 11. 1938 im KZ Dachau umgekommen

191	Proskauer Hannelore	Ludwigsburg 11. 5. 1930	vor 1933	1933 nach Leipzig weiteres Schicksal unbekannt	
192	Proskauer Ruth geb. Berndt	Leipzig 5. 9. 1902	vor 1933	1933 nach Leipzig weiteres Schicksal unbekannt	
193	Proskauer Willy	Leipzig 17. 5. 1896	vor 1933	1933 nach Leipzig weiteres Schicksal unbekannt	
194	Reichenbach Liselotte	Kornwestheim 6. 4. 1920	2. 10. 1933	1935 in die Schweiz	
195	Reichenbach Philipp Kaufmann	Flawyl/Schweiz 25. 8. 1884	2. 10. 1933	1938 in die Schweiz	
196	Richter Lina Helene geb. Laupheimer	Laupheim 13. 10. 1875	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, ge- storben 21. 11. 1943
197	Säbel Heinrich	Oberdorf 18. 12. 1912	vor 1933	1939 nach Schweden	
198	Säbel Jakob Reisender	Oberdorf 23. 3. 1909	vor 1933	1937 in die USA	
199	Säbel Marie geb. Rosenzweig	Kobierzyn/Galizien 13. 4. 1876	vor 1933	1939 nach Czenstochau, 1940 in die USA	
200	Scheuer Gerhard Rolf	Gießen 13. 2. 1921	1936	1939 in die USA	
201	Scheuer Heinrich Kaufmann	Gießen 16. 3. 1892	1936	1939 in die USA	
202	Scheuer Thekla geb. Israel	Öhringen 8. 10. 1894	1936	1939 in die USA	
203	Schmal Bella geb. Israel	Ludwigsburg 22. 2. 1877	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 1945 von den russ. Truppen befreit
204	Schmal, Dr. David prakt. Arzt	Nordstetten 14. 10. 1870	vor 1933		22. 8. 1942 nach There- sienstadt, 16. 5. 1944 nach Ausch- witz, ermordet

205	Schmal Heinrich	Ludwigsburg 12. 12. 1907	15. 12. 1939	1939 in die USA	
206	Schmal Julius Rechtsanwalt	Nordstetten 5. 10. 1871	vor 1933	1935 in Stuttgart verstorben	
207	Schmal Selma geb. Emanuel	Obrigheim 21. 7. 1882	vor 1933		1942 nach Theresien- stadt, 16. 5. 1944 nach Auschwitz, er- mordet
208	Schmerl Fritz landw. Arbeiter	Berlin 9. 9. 1917	17. 5. 1937	1938 nach Stuttgart verzogen Schicksal unbekannt	
209	Stein Isak Kaufmann	Freudental 9. 5. 1891	1936	1938 nach Palästina	
210	Stein Klara geb. Seligmann	Konstanz 12. 4. 1899	1936	1938 nach Palästina	
211	Stern Lothar Kaufmann	Ludwigsburg 12. 3. 1908	vor 1933	1933 nach Frankreich, 1945 in die USA	
212	Stern Ludwig Kaufmann	Heddesheim 19. 6. 1872	vor 1933	1939 in die Schweiz, 1940 in die USA	
213	Stern Mathilde geb. Kahn	Buchheim 30. 7. 1875	vor 1933	1939 in die Schweiz, 1940 in die USA	
214	Stern Walter	Nürtingen 12. 7. 1902	vor 1933	1934 in die Schweiz, 1940 in die USA	
215	Stiefel Meta	Mentzingen 26. 4. 1887	vor 1933		1. 12. 1941 nach Riga, ver- schollen
216	Strauss Alfred Pferdehändler	Heimsheim 3. 8. 1900	vor 1933	1936 nach Argentinien	
217	Strauss Barbara Kaufm. Angestellte	Niederwiesen 24. 3. 1910	vor 1933	1934 nach Niederwiesen Schicksal unbekannt	
218	Strauss Eva	Lehensteinsfeld 15. 5. 1874	13. 8. 1935	1939 nach Palästina	
219	Strauss Gertrud geb. Strauss	Ödheim 6. 4. 1912	vor 1933	1936 nach Argentinien	
220	Strauss Jakob Handelsmann	Heimsheim 30. 10. 1868	13. 8. 1935	1939 nach Palästina	

221	Strauss Martha Haustochter	Heimsheim 5. 11. 1905	13. 8. 1935	1939 nach Palästina	
222	Strauss Max Kaufmann	Heimsheim 29. 4. 1912	vor 1933	1933 nach Palästina	
223	Strauss Werner Uri	Ludwigsburg 28. 4. 1935		1936 nach Argentinien	
224	Szilit Alfred	Stuttgart 24. 5. 1925	vor 1933	1939 nach England	
225	Szilit Anna geb. Säbel	Podgorze/Galizien 26. 4. 1899	vor 1933	1939 nach Czenstochau	1942 in Auschwitz ermordet
226	Szilit Max	Stuttgart 31. 7. 1938	20. 5. 1939	1939 nach Czenstochau	1942 in Auschwitz ermordet
227	Szilit Samuel Händler	Brzeznicza/Polen 13. 10. 1888	vor 1933	1938 nach Polen »abge- schoben«	1942 in Auschwitz er- mordet
228	Thalmessinger Stefanie	Ulm 2. 7. 1861	vor 1933	1938 in Ludwigsburg verstorben	
229	Vollweiler Fritz Kaufmann	Kirchheim 11. 7. 1917	2. 1. 1935	1936 nach Stuttgart, von dort 1938 nach Argentinien	
230	Waitzfelder, Dr. Jakob Jurist	Augsburg 27. 6. 1904	vor 1933	1938 in die USA	
231	Waitzfelder Ruth geb. Goldberg	Landau 19. 5. 1914	vor 1933	1938 in die USA	
232	Walcker Katharina geb. Horrath	Berlin 27. 10. 1903	vor 1933	»Privilegierte Mischehe«	
233	Weil Berthold Fabrikant	Ludwigsburg 15. 3. 1898	vor 1933	1938 nach Italien	1944 KZ Fos- soli/Italien, 1944 in Birke- nau oder Dachau er- mordet
234	Weil Eva Doris	Stuttgart 9. 7. 1932	vor 1933	1938 nach Italien	1944 KZ Fos- soli/Italien, in Birkenau oder Dachau er- mordet
235	Weil Hans Werner	Stuttgart 5. 6. 1927	vor 1933	1938 nach Italien	1944 KZ Fos- soli/Italien, in Birkenau oder Dachau er- mordet
236	Weil Lina Hausangestellte	Bruchsal 11. 1. 1887	1936		1. 12. 1941 nach Riga, verschollen

237	Weil Mina	Laupheim 11. 7. 1899	vor 1933	1938 nach Italien	1944 KZ Fos- soli/Italien, in Birkenau oder Dachau er- mordet
238	Weis Fritz	Ludwigsburg 27. 7. 1913	vor 1933	1938 nach England	
239	Weis Karl Fabrikant	Ludwigsburg 30. 10. 1875	vor 1933	1939 nach England	
240	Weis Kurt	Ludwigsburg 28. 8. 1910	vor 1933	1938 nach England	
241	Weis Laura	Tauberbischofs- heim 25. 4. 1886	vor 1933	1939 nach England	
242	Weiss Lotte geb. Pintus	Stuttgart 29. 9. 1907	vor 1933	1941 nach Argentinien	
243	Weltmann Berta	Lublinik/Oberschl. 15. 5. 1853	10. 10. 1936	1938 in Ludwigsburg verstorben	
244	Wertheimer Emilie	Bretten 16. 4. 1873	vor 1933	1939 in Heilbronn- Sontheim ver- storben	
245	Wertheimer Ernst Fabrikant	Straßburg 7. 2. 1900	vor 1933	1938 in die USA	
246	Wertheimer Ernst Stefan	Stuttgart 21. 1. 1935		1938 in die USA	
247	Wertheimer Hannelore	Stuttgart 12. 9. 1926	vor 1933		26. 4. 1942 nach Izbica, verschollen
248	Wertheimer Hans Schlosser	Stuttgart 21. 12. 1921	vor 1933	1940 in die USA	
249	Wertheimer Ida geb. Geismar	Breisach 1. 1. 1889	vor 1933		26. 4. 1942 nach Izbica, verschollen
250	Wertheimer Josef Handelsmann	Bretten 20. 1. 1878	vor 1933		26. 4. 1942 nach Izbica, verschollen
251	Wertheimer Margund	Kehl/Rhein 1921	2. 5. 1941		1. 12. 1941 nach Riga, 1945 befreit
252	Wertheimer Ruth geb. Wertheimer	Straßburg 27. 1. 1912	15. 5. 1933	1938 in die USA	
253	Wertheimer Selma geb. Weis	Ludwigsburg 16. 12. 1872	vor 1933	1941 über Spanien in die USA	

254	Will Johanna Hausangestellte	Schönlauke/Netze 21. 7. 1912	21. 7. 1912	1937 nach Stuttgart weiteres Schicksal unbekannt
255	Wolf Jakob	Baisingen 26. 4. 1874	30. 9. 1937	»Privilegierte Mischehe« 1954 in Ludwigsburg verstorben
256	Wolf Selma geb. Kaufmann	Binau/Baden 21. 8. 1904	vor 1933	»Privilegierte Mischehe«

Dokumentenanhang

(Vorlagen mit Ausnahme von Nr. 8: Hauptstaatsarchiv Stuttgart J 355)

Nr. 1

Erlaß des Sicherheitsdienstes des Reichsführers-SS Abschnitt Württemberg an alle seine Außenstellen vom 6. Mai 1936 – II 112 Rschr. 3 – betr. Bearbeitung des Judentums

Um das Judentum erfolgreich bearbeiten und bekämpfen zu können, ist sachliche Kenntnis der politischen Struktur und Eindringen in die Zielsetzung der einzelnen jüdisch-politischen Gruppen unbedingt erforderlich.

Es werden deshalb beiliegende Berichte und Pläne über die politische Gliederung des Judentums übersandt, an Hand derer sich jeder Außenstellenleiter über den derzeitigen jüdisch-politischen Stand in Deutschland genau informieren kann. Da jedoch an Orten mit zahlreichen Juden eine intensive Bearbeitung und Überwachung neben anderen Aufgaben unmöglich ist, sind dort Spezial-VM* auszuwählen und heranzuziehen, welche sich ausschließlich mit dem Judentum befassen.

Dadurch muß es möglich werden, jede jüdische Veranstaltung zu überwachen und darüber hierher zu berichten, was gleichzeitig die Schulung der VM und besseres Eindringen in die Ziele und Ideen der betreffenden jüdischen Gruppen mit sich bringt.

In Zukunft ist an jedem 1. eines Monats ein Lagebericht hierherzugeben, in welchem rein örtliche, nicht jüdisch-politische Fälle, z. B. Rassenschande, Betrüge-reien, Gerichtsurteile usw. summarisch aufgeführt sind und in denen über die Tätigkeit der jüdischen Organisationen im dortigen Bereich berichtet wird. In Bezirken, in denen keine Juden und jüdische Organisationen vorhanden sind, ist über jüdische Arbeit usw. natürlich nur bei entsprechenden Vorkommnissen von Fall zu Fall zu berichten. Die dort jeweils aufgestellten Spezial-Juden-VM sind bis 1. 6. 1936 zu melden.

Nr. 2

Erlaß der Geheimen Staatspolizei / Staatspolizeileitstelle Stuttgart an den Polizeipräsidenten in Stuttgart, die Landräte, Polizeidirektoren usw. vom 8. Mai 1937 Nr. 5/756/1486 betr. Rassenschande in jüdischen Sanatorien, Hotels und Pensionen

Es ist beobachtet worden, daß in jüdischen Sanatorien, Hotels und Pensionen in größerem Umfange Rassenschande mit den dort tätigen deutschblütigen Angestellten getrieben wird. Da die Beschäftigung deutschblütiger Angestellter in jüdischen Hotels und Pensionen gesetzlich zulässig ist, ist nötigenfalls eine entsprechende Änderung der gesetzlichen Bestimmungen beabsichtigt. Ich ersuche bis spätestens 1. 6. 1937 um Bericht, ob und welche Beobachtungen in dieser Beziehung im dortigen Bezirk gemacht worden sind. Fehlanzeige ist nicht erforderlich.

* VM = Verbindungsmänner, Gestapospitzel

Gaststättenverbot für Juden

NS-Kurier, 3./4. September 1938, Nr. 412, S. 6

»Juden unerwünscht« in Gaststätten
Juden, die trotzdem kommen, begehen Hausfriedensbruch

An den Türen von Gaststätten und Hotels findet man vielfach den Hinweis, daß »Juden unerwünscht« sind. Wenn aber nun trotzdem Juden kommen? Diese Frage hat schon öfters zu Unklarheiten geführt und war vielfach Inhalt von Anfragen an den »NS-Kurier« . . .

Der Hinweis »Juden unerwünscht« bedeutet, daß der Inhaber des Lokals nicht nur keinen Wert auf jüdische Gäste legt, sondern daß er diesen ausdrücklich den Zutritt verbietet. Die Auslegung, daß zwar »Juden unerwünscht« seien, daß man aber gegen einen dennoch erfolgenden Besuch nichts einwenden wolle, ist schlechtweg undenkbar.

»Juden unverwünscht« bedeutet nichts anderes als: »Den Juden ist der Zutritt verboten«. Man kann sich nur für das eine oder das andere entscheiden, ein Mittel-ding gibt es nicht.

Der Jude, der trotzdem das Lokal aufsucht, macht sich demgemäß des Hausfriedensbruchs schuldig (§ 123 StGB), denn er dringt in die Geschäftsräume eines anderen widerrechtlich ein. Der Eintritt erfolgt gegen den dem Juden bekannten Willen des Gastwirts. Ein Irrtum oder ein Versehen ist völlig ausgeschlossen, da ja das Verbotsschild groß und deutlich jeweils am Eingang des Lokals angebracht ist.

Wie wird der Jude nun aber zur Rechenschaft gezogen, wer zeigt ihn an und wer stellt ihn fest? Zur Feststellung des Juden ist jeder deutsche Volksgenosse befugt. Jeder Volksgenosse kann feststellen und den Juden, falls er Auskunft über seine Persönlichkeit verweigert, auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festnehmen (§ 127 StPO). Jeder Volksgenosse kann also den Juden, falls er Auskunft über Name und Anschrift verweigert, auffordern, mit ihm zur Polizei zu gehen. Zweckmäßigerweise wird sich der Volksgenosse zunächst mit dem Inhaber des Lokals ins Benehmen setzen und diesen auffordern, den Juden festzustellen. Aber auch ohne Unterrichtung des Gastwirts ist das Vorgehen gegen den Juden zulässig und gerechtfertigt.

Der Hausfriedensbruch wird nun nur auf Antrag des Berechtigten verfolgt, d. h. die Behörde wird nur tätig, wenn ein entsprechender Strafantrag des Gastwirts oder seines Bevollmächtigten oder Stellvertreters vorliegt.

Es genügt aber durchaus, wenn derjenige, der den Juden zur Feststellung bringt, gleichzeitig bei der Polizei oder Staatsanwaltschaft den Strafantrag wegen Hausfriedensbruch stellt.

Es ist höchste Zeit, daß der jüdischen Frechheit auch in den Gaststätten ein »Halt« geboten wird. Hinaus mit den Juden aus den Gaststätten, wohlgemerkt, in denen sie nicht erwünscht sind!

Bericht des »NS-Kurier« über das Berufsverbot für jüdische Ärzte

NS-Kurier, Nr. 475, 11. Oktober 1938, S. 3

Unser Gau frei von jüdischen Ärzten
55 Juden verloren ihre Bestellungen

Am 27. Juli dieses Jahres hat, wie bereits mehrfach im »NS-Kurier« berichtet, der Führer auf Grund des Reichsbürgergesetzes verordnet, daß die Bestellungen der jüdischen Ärzte mit Wirkung vom 30. September erlöschen. Auf Grund dieser vierten Verordnung zum Reichsbürgergesetz schieden zu diesem Zeitpunkt im Bereich der Ärztekammer des Gaues Württemberg-Hohenzollern fünfundfünfzig jüdische Ärzte aus. Dreißig von ihnen waren Kassenärzte; zwanzig davon hatten ihre Praxis in Stuttgart und Bad Cannstatt, die übrigen zehn verteilen sich auf verschiedene Kreise des Gaues.

Über das verderbliche Wirken der jüdisch-freimaurerischen Ärzte liefert die Geschichte vieler Völker zu allen Zeiten erschütternde Beweise. Stets hat sich das Judentum gegen das arteigene Lebensgesetz der Wirtsvölker gerichtet und sich dabei des medizinischen Studiums als einer der wesentlichsten Einbruchstellen bedient. Besonders nach dem Siebziger-Kriege begannen die Juden in verstärktem Maße in die medizinischen Fakultäten einzudringen.

Als im Jahre 1933 der Führer die Macht im Reiche übernahm, hatte die Verjudung des Ärztestandes einen erschreckenden Höhepunkt erreicht. Besonders kraß war es in Berlin, wo zum Beispiel nach der Berufszählung von 1925 47,9 Prozent aller Ärzte Juden waren. Die schrecklichen Auswirkungen sind uns noch in bester Erinnerung. Jüdische Ärzte wurden als sogenannte »Kapazitäten« zu den Bahnbrechern moralischer Verlüderung und zu planmäßigen Zerstörern der Volksgesundheit. In der typisch jüdischen Manier unter der Maske des Biedermannes ergäunerten sich immer wieder jüdische Ärzte das Vertrauen der oft urteilslosen Bevölkerung.

Durch diese Verordnung des Führers wurde mit diesem Unwesen aufgeräumt. Die Betreuung der deutschen Volksgesundheit liegt nunmehr restlos in den Händen der Kräfte, die dazu berufen sind: in den Händen deutscher Ärzte.

Funkspruch des Württ. Innenministeriums an die Polizeidirektionen Ulm, Friedrichshafen und Heilbronn zur Weitergabe an die Landräte, Polizeidirektoren und Polizeiamtsvorstände vom 27. Oktober 1938 22.45 Uhr. Vermerk: Dringend, ohne Verzug weiterzuleiten!

Auf Weisung des Reichsführers der SS im Reichsministerium des Innern ist sofort gegen sämtliche Juden beiderlei Geschlechts polnischer Staatsangehörigkeit, die im Besitze gültiger Pässe sind, ein Aufenthaltsverbot für das Reichsgebiet mit

Frist bis 29. 10. 1938 auszusprechen. Etwaigen Beschwerden ist die aufschiebende Wirkung versagt. Die Betroffenen sind sofort unter Aushändigung formularmäßiger Aufenthaltsverbote in Abschiebungshaft zu nehmen und bis spätestens Freitag, den 28. Oktober 1938, nachmittags 16 Uhr, ins Polizeigefängnis II, Büchsenstraße, einzuliefern. Die Maßnahmen sind unter Einsatz aller Kräfte der Sicherheits- und Ordnungspolizei und unter Zurückstellung anderer Aufgaben durchzuführen. Wegen der Kürze der Zeit wird die Festnahme durchweg noch im Laufe der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 1938 durchgeführt werden müssen, zumal dann am ehesten die Aussicht besteht, die Festzunehmenden in der Wohnung anzutreffen.

Vollzugsmeldung ist am 28. Oktober 1938 fernmündlich an Württ. Innenministerium – Fernsprecher 9 91 11, Apparat Nr. 25 03 – zu erstatten.

Die nach dem 28. Oktober 1938 durchzuführende Weiterbeförderung an die polnische Grenze besorgt das Polizeipräsidium Stuttgart.

Nr. 6

Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an die Unterrichtsverwaltungen der Länder vom 15. November 1938 – E I b 745 (b) – betr. Schulunterricht an Juden

Nach der ruchlosen Mordtat von Paris kann es keinem deutschen Lehrer und keiner deutschen Lehrerin mehr zugemutet werden, an jüdische Schulkinder Unterricht zu erteilen. Auch versteht es sich von selbst, daß es für deutsche Schüler und Schülerinnen unerträglich ist, mit Juden in einem Klassenraum zu sitzen. Die Rassentrennung im Schulwesen ist zwar in den letzten Jahren im allgemeinen bereits durchgeführt, doch ist ein Restbestand jüdischer Schüler auf den deutschen Schulen übriggeblieben, dem der gemeinsame Schulbesuch mit deutschen Jungen und Mädeln nunmehr nicht weiter gestattet werden kann.

Vorbehaltlich weiterer gesetzlicher Regelung ordne ich daher mit sofortiger Wirkung an:

1. Juden ist der Besuch deutscher Schulen nicht gestattet. Sie dürfen nur jüdische Schulen besuchen. Soweit es noch nicht geschehen sein sollte, sind alle zur Zeit eine deutsche Schule besuchenden jüdischen Schüler und Schülerinnen sofort zu entlassen.

2. Wer jüdisch ist, bestimmt § 5 der ersten Verordnung vom 14. November 1935 zum Reichsbürgergesetz (Reichsgesetzbl. I S. 1333).

3. Diese Regelung erstreckt sich auf alle mir unterstellten Schulen einschließlich der Pflichtschulen.

Nr. 7

Schreiben des Finanzamts (Finanzkasse) Ludwigsburg an die Gothaer-Feuerversicherungsbank A.G. vom 2. Februar 1939

Gemäß Erlaß d.H.R.M.d.F. sind Zahlungen aus Versicherungsansprüchen, die auf Grund der Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen

Gewerbebetrieben vom 12. 11. 1938* zugunsten des Reiches beschlagnahmt sind, unverzüglich an das für den Abgabepflichtigen zuständige Finanzamt zu leisten.

Nach Angaben des Salomon Kaufmann, Ludwigsburg, Mathildenstraße 8, hat dieser die Kosten für die Wiederinstandsetzung der Schaufenster in dem Geschäftshaus Ludwigsburg, Wilhelmstr. 8, im Betrag von 2 383.70 RM schon am 2. Dezember 1938 bezahlt. Die Versicherungsentschädigung ist jedoch bis jetzt nicht hier eingegangen.

Ich ersuche daher die Angelegenheit baldmöglichst in Ordnung zu bringen.

Nr. 8
(Privatbesitz)

Dr. Ludwig Elsas M.D.
Ludwigsburg

Ludwigsburg July 4 th 1939

Mersey-Side Coordinating Committee for Refugees.
Special Case Committee.
The University Settlement Nile Str.

Liverpool 1

I am very obliged to you for your letter of 14 th and have to thank you for your signs of sympathy. Enclosed you may find the wanted papers.

to I) My registration Nr 21 029 of the american consulate of Stuttgart. from Sept 6.38 will not be called up till 1942/43.

to II) The affidavit for USA, given by Mr Charles W. Adler of Cineinatti/Ohio 4051 Beechwood Av., reached me in Nov. 38 in the custody confinement. I should not like this warrant to be troubled with my financial affairs from your side.

On the other hand, Mr Theo Elsas, New York, 314 West, 100 Str. is willing to present me with a gift of 400 Dollars. He cannot give a larger sum, for he is an emigrant himself.

to III) The immigration to *Australia* could not be obtained by the Australia House in London, I had not the necessary landingmoney of 200 pounds.

The immigration to *India* is impossible, the Jewish Relief Association in Bombay has refused the personal warrant.

In the same way the Committee of german speaking Jews in Buenos Aires has declined a help for immigration in *Argentine*.

Just so the entrance to *Brazil* was not allowed by the Brazilia Consulate in Hamburg.

At present a petition is running to *Haiti* and an other one to *New Zealand* with a landingmoney of 100 P (400 Doll).

* § 2 Abschnitt 2 dieser Verordnung lautet: »Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reichs beschlagnahmt.«

Besides I have made a petition to the Quakers Committee in *Philadelphia*, although of jewish religion.

After this Odyssee you have been troubled by me and I beg your pardon. I know too exactly the difficulties, you have to master. You will propose me for a new study of tropical medicine (for 1 or 2 years) with an English warrant. It sounds too miraculous for me and naturally I am ready to do so and to follow your advices.

But you have to consider, that you have an man with experience, but without any means befor you. I have to leave behind me my equipment (X apparatus etc) and a fortune after having payed the immigrant taxes and the additional tribute for the events November. The wartime, the inflation and the frequent changes in the public mentality here made me too doubtfull to believe, that any foreign person should be ready, to be burdened voluntarily with my financial affairs and future. Perhaps you have more experience and better opinion of the human natur there.

I should even be satisfied, if you will lend me your help for going abroad in a position as assistant or *nurse* with free board and lodging without payment. In this sense, all my petitions were written. Nevertheless I was not lucky enough to have success. I am looking forward to your answer.

Please accept my deepest feeling fo gratitude for your interest and, whatever you may undertake, I shall be in your dept.

Yours respectfully

Dr. Ludwig Elsas

Übersetzung

Dr. Ludwig Elsas
Ludwigsburg

Ludwigsburg, 4. Juli 1939

Mersey-Side Coordination Committee for Refugees.
Special Case Committee.
The University Settlement Nile Str.

Liverpool 1

Ich danke Ihnen vielmals für Ihren Brief vom 14. und für die Zeichen Ihrer Sympathie. Beiliegend finden Sie die gewünschten Papiere.

zu I) Meine Registrierungsnummer 21 029 des amerikanischen Konsulates in Stuttgart vom 6. September 1938 ist erst 1942/43 an der Reihe.

zu II) Die Bürgschaft für die USA, die von Mr. Charles W. Adler, Cincinnati/Ohio, 4051 Beechwood Av., für mich gegeben wurde, erreichte mich im November 1938 im Konzentrationslager.

Ich möchte nicht, daß dieser Bürge von Ihnen mit meinen finanziellen

Angelegenheiten belästigt wird.

Zum andern ist Mr. Theo Elsas, New York, 314 West, 100 Str. bereit, mir 400 Dollar zur Verfügung zu stellen. Er kann keine größere Summe aufbringen, denn auch er ist Emigrant.

Auf andere Menschen oder Freunde kann nicht zurückgegriffen werden.

zu III

Die Emigration nach Australien konnte von dem Australia House in London nicht bewerkstelligt werden, da ich das nötige Landegeld von 200 Pfund nicht hatte.

Die Einwanderung nach Indien ist unmöglich, die Jewish Relief Association on Bombay hat die persönliche Bürgschaft abgelehnt.

Ebenso hat das Komitee der deutschsprachigen Juden in Buenos Aires Hilfe für die Einwanderung nach Argentinien abgelehnt.

Ebenso wurde die Einwanderung nach Brasilien von dem brasilianischen Konsulat in Hamburg nicht erlaubt.

Zur Zeit ist ein Gesuch nach Haiti unterwegs, ein anderes nach Neuseeland mit einem Landegeld von 100 P (400 Dollar).

Außerdem habe ich mich mit einer Bittschrift an das Quäker Komitee in Philadelphia gewandt, obwohl ich jüdischer Religion bin. Nach dieser Odyssee habe ich Sie belästigt und ich bitte Sie um Verzeihung. Ich kenne die Schwierigkeiten, die Sie zu bewältigen haben nur zu gut. Sie wollen mich für ein zusätzliches Studium der Tropenmedizin (1 oder 2 Jahre) vorschlagen mit einer englischen Bürgschaft. Es klingt zu wunderbar für mich, selbstverständlich bin ich bereit, diesen Vorschlag anzunehmen und Ihren Ratschlägen zu folgen.

Sie müssen jedoch bedenken, daß Sie zwar einen Mann mit Erfahrungen, aber ohne finanzielle Mittel vor sich haben. Ich muß meine Einrichtung (Röntgenapparat usw.) und ein Vermögen zurücklassen, wenn ich die Emigrationsgebühren und die durch das Novemberpogrom entstandenen zusätzlichen Abgaben entrichtet habe.

Der Krieg, die Inflation und der häufige Gesinnungswechsel der Menschen hier hat in mir zuviel Zweifel erweckt, als daß ich glauben könnte, irgendein fremder Mensch könne freiwillig bereit sein, die Bürde meiner finanziellen Angelegenheiten und meiner Zukunft auf sich zu nehmen. Vielleicht haben Sie in dieser Hinsicht mehr Erfahrungen und eine bessere Meinung von den Menschen dort. Ich wäre auch zufrieden, wenn Sie mir helfen würden, im Ausland eine Stelle als Assistenzarzt oder als Pfleger zu bekommen, mit freier Kost und Verpflegung, ohne Bezahlung. Alle meine Bittschriften waren in diesem Sinne geschrieben, dennoch hatte ich keinen Erfolg.

Ich erwarte Ihre Antwort.

Bitte nehmen Sie für Ihr Interesse meine tiefste Dankbarkeit entgegen und, wie auch immer Sie sich entscheiden werden, ich werde immer in Ihrer Schuld sein.

Hochachtungsvoll!

Dr. Ludwig Elsas

*Erlaß der Geheimen Staatspolizei / Staatspolizeileitstelle Stuttgart
an die Landräte und Polizeidirektoren vom 18. November 1941
Nr. II B 2 1147/41 betr. Abschiebung von Juden
in das Reichskommissariat Ostland. Vermerk: Eilt sehr!*

I. Im Rahmen der gesamteuropäischen Entjudung gehen z.Z. laufend Eisenbahntransporte mit je 1000 Juden aus dem Altreich, der Ostmark und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Reichskommissariat Ostland. Württemberg und Hohenzollern ist daran zunächst mit einem Transport von 1000 Juden beteiligt, der am 1. 12. 1941 von Stuttgart aus abgeht. (Näheres siehe Ziffer III.)

II. Die in Frage kommenden Juden wurden bereits hier zahlenmäßig und personell erfaßt. Maßgebend war dafür § 5 der Ersten VO zum Reichsbürgergesetz vom 14. 11. 1935 - RGBl. I, Seite 1333. Ausgenommen wurden

1. in deutsch-jüdischer Mischehe lebende Juden;
2. Juden ausländischer Staatsangehörigkeit;
3. Juden im Alter von über 65 Jahren.

In Einzelfällen wurde allerdings dieser Rahmen durchbrochen.

Die aus dem dortigen Bereich für die Evakuierung in Betracht kommenden Juden sind aus der Anlage 1 ersichtlich. Einzelne Änderungen, die durch die parallel laufende Umsiedlung der restlichen Juden innerhalb Württembergs, durch besondere Verhältnisse, Krankheit usw. unvermeidlich sind, werden laufend mitgeteilt. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß auf keinen Fall von der für den dortigen Bereich vorgesehenen Kopfzahl, sowohl nach oben als nach unten, abgewichen werden darf. Überzählige Juden werden wieder in ihre früheren Wohnorte zurückgeschickt. Ausfälle (durch Selbstmord usw.) sind unverzüglich mitzuteilen.

III. Der für die Beförderung der Juden vorgesehene Eisenbahnzug fährt fahrplanmäßig am 1. Dezember 1941 zwischen 7 und 9 Uhr von Stuttgart ab.

Die zu evakuierenden Juden sowohl aus Stuttgart als auch aus dem Lande werden in einem Durchgangslager auf dem Gelände der früheren Reichsgartenschau (Killesberg) in Stuttgart vom 27. 11. 1941 ab konzentriert.

IV. Es darf pro Person mitgenommen werden:

a) Zahlungsmittel bis zu RM 50.- in Reichskreditkassenscheinen. Die Beschaffung dieser Zahlungsmittel erfolgt von hier aus, so daß die dortigen Juden praktisch keine Zahlungsmittel beim Transport hierher mit sich führen dürfen.

b) 1 oder 2 Koffer mit Ausrüstungsstücken (kein sperriges Gut). Dieses Gepäck darf das Gewicht von 50 kg nicht überschreiten.

c) Bettzeug, bestehend aus 1-2 Wolldecken, 2 Leintüchern und für 2 Personen 1 vollständige Matratze (jedoch ohne Kopfkeil).

d) Vollständige Bekleidung (besonders warmes Überzeug und ordentliches Schuhwerk).

e) Mundvorrat für 1-2 Tage. Für die übrige Verpflegung aller Transportteilnehmer ist bereits von hier aus ausreichend Vorsorge getroffen.

f) Eßgeschirr (Teller oder Topf mit Löffel).

Nicht mitgenommen werden dürfen: Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher usw., Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin mit Ausnahme des Eherings), lebendes Inventar.

Die ab 1. 12. 1941 gültigen Lebensmittelkarten sind vorher gegen Aushändigung einer Bescheinigung beim zuständigen Ernährungsamt abzugeben. Diese Bescheinigung ist im Sammellager hier vorzulegen.

Die Arbeitsbücher sind einzuziehen und dem örtlichen Arbeitsamt zu übergeben.

V. Vor Überstellung der in den einzelnen Landkreisen zusammengestellten Transporte nach hier ist durch die Ortspolizeibehörde eine eingehende Durchsuchung nach Waffen, Munition, Sprengstoffen, Gift, Devisen, Schmuck usw. vorzunehmen. Das dabei erfaßte Vermögen ist listenmäßig dem örtlichen Finanzamt zu übergeben (im übrigen siehe Ziff. VI).

VI. Um etwaigen Vermögensverschiebungen vorzubeugen, wird das Vermögen der abzuschiebenden Juden in seiner Gesamtheit staatspolizeilich beschlagnahmt. Ich ersuche hiernach um praktische Durchführung dieser Maßnahme. Über die Jüdische Kultusvereinigung ist den Juden bereits das als Anlage beigefügte Formular einer Vermögenserklärung zugegangen, in dem sie ihr Vermögen restlos aufzuführen und das Verzeichnis bis spätestens 25. 1. 1941 dem jeweiligen Bürgermeisteramt vorzulegen haben. Die Bürgermeister haben die Verzeichnisse stichprobenweise nachzuprüfen und dem zuständigen Finanzamt einzusenden.

Das gesamte Vermögen dieser Juden wird generell eingezogen. Die Einziehungsverfügungen werden den einzelnen hier im Sammellager zugestellt. Die Liquidation führt der Oberfinanzpräsident in Württemberg durch die örtlichen Finanzämter durch. Ich ersuche daher, sofort mit diesen wegen der Versiegelung der Wohnungen und sonstigen Maßnahmen in Fühlung zu treten. Diese Behörden werden eine entsprechende Anzahl Beamter zur Durchführung dieser Maßnahmen zur Verfügung stellen.

VII. Die zur Evakuierung kommenden Juden wurden aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und der Einheitlichkeit wegen auf meine Anordnung durch die Jüdische Kultusvereinigung heute durch das in Mehrfertigung beiliegende Rundschreiben (Einschreibbrief) verständigt. Jedem dieser Juden ist durch diese Mitteilung eine Transportnummer gegeben, die sich mit der auf beiliegender Anlage deckt. Ich bitte daher der Einfachheit halber bei irgendwelchen Rückfragen und bei der Zusammenstellung des dortigen Transportes jeweils diese Nummer anzuführen.

Bei der beschränkten Zahl der zur Verfügung stehenden Güterwagen ersuche ich besonders darauf zu achten, daß sich das Gepäck der einzelnen streng im Rahmen des Vorgeschriebenen hält.

Ins Auffanglager in Stuttgart und auf den Reiseweg dürfen nur das allernotwendigste Handgepäck sowie 1-2 Woldecken von den einzelnen mitgeführt werden.

Zur Sammlung des übrigen, zum Teil schweren Gepäcks habe ich für den ganzen Bereich Württemberg und Hohenzollern die Firma Barr, Moering u. Co., Stuttgart, beauftragt. Sie hat im Benehmen mit der dortigen Behörde das anfallende Gut aus den einzelnen Kreisen zusammenzuziehen und zum Abgangsbahnhof zu befördern. Ein Vertreter dieser Firma wird demnächst persönlich dort vorsprechen und die Durchführung im einzelnen regeln.

Ich ersuche ferner zu veranlassen, daß eine genaue Bezeichnung, insbesondere die Anbringung der Transportnummer der Eigentümer auf den Gepäckstücken deutlich angebracht wird.

Weil in dem Siedlungsgebiet zur Errichtung eines Ghettos nicht das geringste Material sowohl zum Aufbau als zur Lebenshaltung selbst vorhanden ist, ersuche ich

ferner etwa durch Einschaltung eines jüdischen Mittelsmannes zu veranlassen, daß eine sich nach der jeweiligen Kopfbzahl richtende Menge von Baugerät, Werkzeugkästen, ferner Küchengerät für Gemeinschaftsverpflegung, z. B. Kessel, sowie Öfen, Eimer und Sanitätskästen vorhanden sind. Diese Gegenstände werden zusammen mit dem größeren Gepäck befördert.

Dabei ist ungefähr folgender Maßstab anzulegen: Auf je 10 Personen einen Eimer, auf je 10 Personen eine Schaufel oder Spaten, auf je 10 Personen einen Pickel, ein scharfes Beil oder eine Axt, auf je 20 Personen eine Säge, auf je 50 Personen einen Ofen mit Ofenrohr und Ofenblech und Sanitätskasten, auf je 100 Personen einen Kochkessel und 1 Nähmaschine, auf je 20 Personen einen größeren Werkzeugkasten. Ein Neuerwerb von Gegenständen soll jedoch unterbleiben.

VIII. Dortige Aufgabe ist es also, die Juden rechtzeitig zu sammeln, im Benehmen mit den Finanzbehörden das Vermögen sicherzustellen, die Wohnungen zu versiegeln, evtl. Hausverwalter zu bestellen, die einzelnen Personen durchsuchen zu lassen, das Gepäck zu kontrollieren und mit einer entsprechenden Anzahl von Beamten die Juden am 27. bzw. 28. 11. 1941 (wegen des genauen Termins für die Einlieferung in das Sammellager ergeht noch ein besonderer Erlaß) im Sammellager in Stuttgart einzuliefern.

Soweit für den Personentransport nach Stuttgart im Hinblick auf die Zahl der zu befördernden Personen besondere Eisenbahnwagen benötigt werden, ist das Erforderliche von dort aus zu veranlassen. Der Transportführer (Beamter) hat hier eine genaue Transportliste, die die Transportnummer, die Personalien, den Beruf und die Kennnummer enthält, in vierfacher Fertigung vorzulegen.

Etwaige Kosten werden durch die Jüdische Kultusvereinigung in Stuttgart getragen und aus einem Sonderfonds bezahlt.
Rückfragen bitte ich fernmündlich über T.-Anschluß 2 97 41, 2 81 41, Anschluß 25 79 oder 25 79, zu erledigen.

In Vertretung:
Mußgay

Nr. 10

*Erlaß der Geheimen Staatspolizei / Staatspolizeileitstelle Stuttgart
vom 14. August 1942 Nr. II B 2-586/42 betr. Abschiebung von Juden.
Vermerk: Eilt sehr!*

Am 22. 8. 1942 geht von Stuttgart aus ein Transport mit Juden nach dem Protektorat. Zu diesem Transport sind vom dortigen Kreis die in beiliegender Liste namhaft gemachten Juden eingeteilt. Diese werden inzwischen von der Jüdischen Kultusvereinigung, Stuttgart, schriftlich von der Evakuierung verständigt. Die Juden werden in einem Sammellager (Killesberg) in Stuttgart zusammengefaßt.

Ich ersuche, sämtliche namhaft gemachten Juden dort zu sammeln und am Donnerstag, den 20. 8. 1942*, nach Stuttgart (Hauptbahnhof) zu überstellen. Für den

* Mit Bleistift ist Donnerstag und 20. durchgestrichen und mit Mittwoch und 19. überschrieben.

Abtransport der Juden aus den Gemeinden Laupheim, Dellmensingen, Oberstotzingen, Haigerloch, Tigerfeld, Rexingen, Eschenau, Oberdorf, Baisingen, Weissenstein, Göppingen, Buttenhausen und Buchau sind die auf den beiliegenden Fahrübersichten angegebenen Züge zu benützen, da von der Reichsbahndirektion Stuttgart zu diesem Zwecke Beförderungsmöglichkeiten geschaffen wurden. Der Transportleiter hat jeweils mit dem zuständigen Fahrdienstleiter in Verbindung zu treten.

Die genaue Abfahrtszeit und die Ankunftszeit des dortigen Transportes in Stuttgart ist bis spätestens Dienstag, den 18. 8. 1942, telefonisch mitzuteilen (Apparat 25 97). Ein Ausscheiden eines namhaft gemachten Teilnehmers aus irgendeinem Grunde, Krankheit, Gebrechlichkeit usw. kann nicht erfolgen. Vorkehrungen für den Transport der sogen. Transportunfähigen sind rechtzeitig zu treffen, so daß sämtliche eingeteilten Juden rechtzeitig in Stuttgart eintreffen.

Je Person ist mitzunehmen: Ein Koffer oder Rucksack mit Ausrüstungsgegenständen (kein sperrendes Gut), und zwar: vollständige Bekleidung (ordentliches Schuhwerk), Bettzeug mit Decke, Eßgeschirr (Teller oder Topf) mit Löffel, Mundvorrat für 2-3 Tage.

Nicht mitgenommen werden dürfen: Wertpapiere, Devisen, Sparkassenbücher, Bargeld usw., Wertsachen jeder Art (Gold, Silber, Platin – mit Ausnahme des Eheringes), lebendes Inventar, Messer und Gabeln, einschließlich Taschenmesser, Rasiermesser, Scheren, Zündhölzer und Feuerzeuge, Lebensmittelkarten.

Sämtliches Gepäck ist dort eingehend zu durchsuchen und zu überwachen, daß das Gepäck des einzelnen sich streng im Rahmen des Vorgeschriebenen hält.

Im übrigen ersuche ich, genau nach meinem Erlaß vom 25. 3. 1942 Nr. II B 2-189/42 – zu verfahren. Mußgay



Bildnachweis

- Foto-Röckle, Ludwigsburg: Seite 10, 25, 37, 93
Hauptstaatsarchiv Stuttgart: Seite 12, 15, 17, 20, 24, 34, 51, 63, 96
Stadtarchiv Stuttgart: Seite 19, 81
Hermann Aigner, Ludwigsburg: Seite 26
Stadtarchiv Ludwigsburg: Seite 43 und 44
Eva Heinrich, Ludwigsburg: Seite 56
Eugen Buhl, Ludwigsburg: Seite 58
Oskar Elsas, Ludwigsburg: Seite 72, 78, 80, 82, 83, 86, 87

